DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

337 29. JAHRGANG Oktober 2012 4,50 €

AUS DEM INHALT:

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Tausende von Frauen und Männern in Indien bereiten sich auf eine große Herausforderung vor: Anfang Oktober wollen 100.000 Landlose und Kleinbauern aus ganz Indien 350 km von Gwalior nach Neu Delhi marschieren. Gewaltlos, in der Tradition Gandhis, wollen sie die indische Regierung an ihre Versprechen erinnern: Landreform und Landzuteilung. Seite 3

ARCHIVE VON UNTEN

Der Workshop der Archive von unten ist vom Zweijahresrhythmus auf jährliche Treffen umgestiegen. Dahinter steckt das Bedürfnis nach fachlichem Erfahrungsaustausch, aber auch der Wunsch nach persönlichem Austausch mit Leuten, die in ihrem Archiv-Alltag eher vereinzelt um den Erhalt der Geschichte von unten kämpfen. Offensichtlich möchte man nicht immer nur isoliert zwischen geschichtsträchtigen Papierbergen sitzen, sondern sich auch der Sinnhaftigkeit vergewissern. In Arbeitsgruppen wurden archivfachliche Fragen erörtert, in zwei zentralen Plena wurde das Selbstverständnis des Workshops sowie der Umgang mit verbotenen Materialien diskutiert. Seite 4

SAMMELREZENSION

Die Städter drängt es nach neuem Grün. Vielmehr noch: die Städter drängt es zu neuem gärtnerischen Tun. Dafür sind sie bereit viel zu geben und ein Erhebliches an Freizeit und auch Finanzen zu investieren. Unsere Sammelrezension zum Thema auf Seite 5

GENETIK

Der AK-Biopolitik ist aus einem Diskussionszusammenhang zur Kritik der EXPO 2000 in Hannover entstanden. Seine Mitglieder kommen aus unterschiedlichen, basisdemokratisch orientierten linken Zusammenhängen und halten eine grundsätzliche Systemkritik nach wie vor für zentral. In unserem Interview schildert der AK u.a. seine Erfahrung mit der Gestaltung einer satirischen Seite zur Kritik aktuellen Genmarketings für den Gen-Ethischen-Informationsdienst. Seite 6

ÖKONOMIE

»Die Finanzkrise ist eine Krise der Arbeitsgesellschaft«, so Norbert Trenkle in seinen sieben Thesen zur Wirtschafts- und Finanzkrise.

Robert Kurz beschäftigte sich mit der doppelten Entwertung: Was ist der tiefste Grund von ökonomischen Krisen? Oft wird gesagt, der produzierte Wert könne mangels Kaufkraft nicht realisiert werden. Aber warum gibt es zu wenig Kaufkraft? Weil in Wirklichkeit zu wenig Wert produziert wird und deshalb die regulären Löhne und Profite zu gering sind. Beide Beiträge auf Seite 12.

www.contraste.org

MEDIEN SELBER MACHEN II

Medien für eine bessere Welt

Im Januar hatten wir im Schwerpunkt »Wessen Medien? – unsere Medien!« unter anderem Hans Christian Voigt interviewt, einen der Herausgeber des kollaborativ entstandenen Handbuchs »Soziale Bewegungen und Social Media«, sowie die Zeitschrift »analyse & kritik«, das Radio »alleweltonair« und das »WSF-TV« vorgestellt. Hier nun eine Fortsetzung.

Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Jenseits der erdrückenden Medienmacht systemstabilisierender, werbefinanzierter Konzerne gibt es eine Fülle selbstorganisierter Medien, die sich auf unterschiedlichste Art für eine andere, bessere Welt einsetzen. Dabei ist es keineswegs selbstverständlich, überhaupt über die Mittel und Möglichkeiten zu verfügen, die erforderlich sind, um eine solche Gegenöffentlichkeit schaffen zu können. CONTRASTE vollbringt seit 28 Jahren das Wunder, Monat für Monat zu erscheinen, obwohl die Abo-Einnahmen nie ausreichen, um die Kosten zu decken. Es finden sich aber immer wieder solidarische Menschen, denen dieses Zeitungsprojekt so wichtig ist, dass sie mit einer Spende das Fortbestehen der CONTRASTE ermöglichen.

Einen anderen Weg geht das seit Anfang 2010 zweimonatlich erscheinende Magazin »Oya«: Eine wachsende Genossenschaft von ZeitschriftenmacherInnen und LeserInnen deckt aus den Einlagen ihrer Mitglieder die Defizite der Startphase. Mit LeserInnentreffen versucht Oya über das Zeitungmachen hinaus Menschen zusammen zu bringen, die praktisch oder theoretisch an Lösungen für gesellschaftliche Fragen arbeiten.

Während »Oya« immerhin geringe AutorInnenhonorare zahlt, die erhöht werden sollen, wenn es die wirtschaftliche Situation zulässt, hat CONTRASTE sich von Anfang an dagegen entschieden. Abgesehen davon, dass gar kein Geld für Honorare da wäre, soll durch unbezahltes Schreiben sicher gestellt werden, dass Artikel aus Engagement und nicht aus Erwerbsabsicht entstehen. Allerdings erschwert dies für prekär Lebende die Mitarbeit bei der Zeitung, weil im Zweifel die Erwerbsarbeit an anderer Stelle Vorrang hat. Zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit verzichtet CONTRASTE auch weitgehend auf Anzeigen. Oya beschränkt den Platz für Anzeigen, die jedoch einen Teil der Gesamtfinanzierung darstellen.

Die unterschiedliche Handhabung des Copyright hat wohl vor allem damit zu tun, wann die Zeitungsprojekte gegründet wurden. 1984 gab es noch keine Copyleft-Debatten, die Rechte an den CONTRASTE-Beiträgen liegen bei den AutorInnen. Oya-Artikel stehen demgegenüber grundsätzlich unter einer CC-Lizenz (Creative Commons), können also bei Nennung der UrheberInnen veröffentlicht und verändert werden. Sie erscheinen auch online auf der Oya-Website. CONTRASTE setzt ihre Beiträge einige Zeit nach dem Erscheinen auf eine Gruppen-Website (1) und in das CL-Netz (2), woraufhin sie dann ebenfalls online lesbar sind. Darüber hinaus gibt es eine CONTRASTE-Archiv-CD.

Für eine andere, bessere Welt sind sowohl selbstorganisierte Projekte, als auch der Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse notwendig. So sind zum Beispiel in den Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 mehrere unabhängige Medien entstanden. Sie berichten online mit Video, Radio und Blogs, sowie mit Printprodukten längst nicht mehr ausschließlich nur über die Skandale um den geplanten Tiefbahnhof und die Proteste dagegen, sondern thematisieren die vielen Zumutungen der Krise.

In Argentinien ist neuerdings gesetzlich geregelt, dass zukünftig ein Drittel der Radiofrequenzen alternativen Radios zur Verfügung gestellt werden soll. Der Film »Sachamanta« dokumentiert die Bedeutung selbstorganisierter Radios von Indigenen in der nordargentinischen Region Santiago del Estero.

Foto: Alexander Schäfer, www.schaeferweltweit.de

Live-Straemer von »Cams21« an einer Montagsdemonstration in Stuttgart

Mit dem Mittel der partizipativen Kameraführung zeigt er, wie freie Radios als Instrumente in den Auseinandersetzungen um Land eingesetzt werden.

Unsere Auswahl aus der Fülle engagierter Medienprojekte orientiert sich vor allem daran, wo wir selbst als AutorInnen beteiligt sind, persönliche Beziehungen haben oder gerade spannende Entwicklungen beobachten. An dieser Stelle daher die Einladung an die LeserInnen der CONTRASTE: Wenn Ihr interessante Medien oder andere selbstverwaltete Projekte und Initiativen kennt, die bisher noch nicht in unserer Zeitung vorgestellt wurden, dann macht uns darauf aufmerksam oder noch besser: Schreibt selbst etwas darüber.●

1) http://de.groups.yahoo.com/group/contraste-list
2) www.nadeshda.org

SCHWERPUNKTTHEMA

Warum ausgerechnet Schreiben? Vom Sinn des Schreibens und vom Wunder CONTRASTE Seite 7

Mediengenossenschaft OYA »Alle für Alle«: Optimismus als Geschäftskonzept – und als thematische Ausrichtung Seite 8

Bewegung macht Fernsehen »Taktische Medien sind immer involviert« Seite 9

Stuttgart: Medien von unten Seite 9

Sachamanta: Partizipative Kameraführung und kollektiver Vertrieb Seite 10

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

Anzeige

PROTESTE IN BERLIN

Die BerlinerInnen lassen sich nicht alles gefallen

Seit Ende Mai 2012 protestieren Menschen aller sozialen und ethnischen Herkünfte und jeden Alters gegen ihre drohende Verdrängung durch steigende Mieten, indem sie vor ihren ehemals öffentlichen, nun privatisierten Sozialwohnungen am Kottbusser Tor kampieren.

Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● In Pankow haben im Juni 2012 SeniorInnen ihr Freizeitzentrum in der Stillen Straße besetzt, nachdem das Bezirksamt die Schließung angekündigt hat. Sie wollen zusammenbleiben, statt an verschiedene andere Einrichtungen verwiesen zu werden.

Seit Anfang August 2012 campen Flüchtlinge auf dem Kreuzberger Heinrichplatz. Sie streiken und protestieren damit gegen ihre Unterbringung und für einen menschenwürdigen Aufenthaltsstatus. Denn immer noch müssen Flüchtlinge in Heimen leben, manche werden nach bürokratischen Torturen nachts oder frühmorgens aus dem Bett gerissen und in eine ungewisse, mitunter tödliche Zukunft deportiert.

Niemand kann behaupten, nichts davon zu wissen, aber kaum jemand spricht darüber, und nur wenige versuchen etwas dagegen zu tun. Wenn die Karawane der Flüchtlinge, die am 8. September von Würzburg aus gestartet ist, im Oktober in Berlin ankommt, wollen die Asylstreikenden auf den größeren Oranienplatz umziehen, um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen.

Aus der Berliner Kreativszene entstand die »Initiative Stadt Neudenken«, die eine weitere Privatisierung öffentlicher Immobilien verhindern möchte und stattdessen fordert, dass diese für selbstorganisierte Projekte günstig zur Verfügung gestellt werden. Auch der bundesweite Verein »Gemeingut in BürgerInnenhand« (GiB), der vor allem in Berlin aktiv ist, engagiert sich gegen Privatisierungen, insbesondere gegen PPP (Public Private Partnership) und für eine Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand.

Der »Berliner Wassertisch« hat mit seinem Volksbegehren durchgesetzt, dass die Geheimverträge zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserwerke offengelegt werden müssen. Jetzt kauft der Berliner Senat das Wasserwerk zurück – zum überhöhten Preis, wie der Wassertisch feststellt – statt den dubiosen Privatisierungsvertrag für ungültig zu erklären. Auch die Rekommunalisierung hat ihre Tücken, wenn dabei – ebenso wie bei der Privatisierung – die Interessen der Konzerne Vorrang haben.

Die Zeitschrift »Lunapark« hat gemeinsam mit dem »S-Bahn-Tisch« ein Extraheft »S-Bahn-Krimi Berlin« herausgebracht. Dieses einst beliebte Berliner Verkehrsmittel wurde für den geplatzten Börsengang der Deutschen Bahn kaputtgespart und ist durch desaströse Verspätungen und Ausfälle zum täglichen Ärgernis geworden. Die Deutsche Bahn gehört zwar dem Staat, agiert jedoch als privatwirtschaftlicher Konzern. Es kommt also nicht nur darauf an, wer das Eigentum hat, sondern vor allem auf die Art und Weise, wie ein Unternehmen betrieben wird.

Der aktuell dritte Tisch ist der »Berliner Energietisch«. Er will die Stromnetze, die derzeit von Vattenfall betrieben werden, nach Auslaufen der Konzession 2014 in die öffentliche Hand überführen und die Energieversorgung der Stadt demokratisch, sozial und ökologisch gestalten. Die erste Stufe eines entsprechenden Volksbegehrens wurde mit mehr als 30.000 gültigen Stimmen im Juli 2012 erfolgreich abgeschlossen. Ab Februar 2013 müssen 170.000 Unterschriften gesammelt werden, um zum endgültigen Volksentscheid zugelassen zu werden.●

Mehr zu soldarökonomischen Initiativen und Projekten in Berlin-Brandenburg in der Radiosendung »Geld oder Leben«:
www.contraste.netz-bb.de

AKTION 2012

Das Wunder CONTRASTE ...

... beschreibt unsere Berliner Redakteurin Elisabeth Voß in ihrem Artikel auf Seite 7. Dieses Wunder hält nun schon beinahe 28 Jahre an, denn auch in diesem Jahr haben wir es wieder fast geschafft. Nur noch 175 EUR fehlen uns zur Deckung des zu erwartenden Defizits in diesem Jahr. Unserer nächsten Ausgabe wird wieder ein Spendenaufruf für das Folgejahr 2013 beiliegen. Unsere wirtschaftliche Situation hat sich durch hinzugekommene Abos etwas stabilisiert, dadurch sinkt der Spendenbedarf für 2013 leicht. Herzlichen Dank an alle SpenderInnen und Fördermitglieder, die das Erscheinen unserer kleinen Zeitung ermöglicht haben!

Redaktion Heidelberg ● Im Monat September gab es zwei neue Abos, leider aber auch die Kündigungen von drei Abos und das Auslaufen zweier Geschenkabos. Wir benötigen nun noch 113+ Abos.

Auf unser Spendenkonto wurden weitere 200 EUR überwiesen, so dass uns derzeit noch 175 EUR für das Jahr 2012 fehlen.

Die Spenden:

- Wolfgang Weisshuhn, ??? (50 EUR)
- Kaffeekollektiv Aroma Zapatista, Hamburg (80 EUR)
- Kai Böhne, Göttingen (70 EUR)

Adressänderungen

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die CONTRASTE trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags, wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die ZustellerIn entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere LeserIn mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort Eure neue Anschrift mitzuteilen!

TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 EUR.

Eine Umstellung von einem Normalabo auf eine Fördermitgliedschaft im CONTRASTE e.V. stabilisiert unser Projekt. Fördermitglieder erhalten CONTRASTE kostenlos und das Finanzamt muss in diesem Fall auf die Mehrwertsteuer verzichten (näheres zur Fördermitgliedschaft im Coupon unten auf dieser Seite).

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto siehe Kasten auf dieser Seite (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

Werbung

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@online.de.

Unsere Werbeflyer gibt es auch zum herunterladen und ausdrucken unter:
www.contraste.org/werbeflyer.htm
Ihr findet dort einen 2-seitigen Flyer im A4-Format und eine Schnupperabowerbung mit je 4 Bestellcoupons zum ausschneiden.●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2012

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2012: 175 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 113+ Neuabos

Change of Address !

Einstürzendes Hochhaus

Das Bild darf aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht gezeigt werden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

elis.corner

DIY oder Fremdversorgung?

Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● DIY (Do It Yourself) ist mächtig im Trend: Urbane Gärten, Kreativmärkte, Strick- oder Kochgruppen und selbstgemachte Medien überall. Raus aus der Entfremdung, nicht Teil einer großen Maschinerie sein, sondern das Ergebnis der eigenen Tätigkeit direkt und unmittelbar sehen können. Das kratzt am herkömmlichen Arbeitsbegriff, auch wenn der bewusst gesellschaftverändernde Impuls und der Grad der Subversion je nach Projekt recht unterschiedlich ist.

Wäre es nicht schön, wenn die ganze Gesellschaft als großes DIY-Projekt funktionieren würde? Raus aus der global-destruktiven Konzernökonomie, rein ins Lokale – Möhrchen aus dem eigenen Garten statt Flüge nach New Yorck? Und mit dem Klimawandel wird das mit den Bananen aus Brandenburg auch noch klappen. Aber Spaß beiseite: Seit einiger Zeit geistert da dieser Begriff durch globalisierungs- und wachstumskritische Debatten: »Fremdversorgung«. Um zukunftsfähig zu werden, sollen wir weg von der Fremdversorgung hin zu einer subsistenzbasierten Gesellschaft.

In diesen Diskursen werden viele wichtige Argumente formuliert. Aber bei dem Wort »Fremdversorgung« läuft es mir kalt den Rücken herunter. Aus einer Abgrenzung des »Eigenen« gegen das »Fremde« ist noch nie etwas Gutes entstanden. Und welches Welt- und Menschenbild steckt in einem solchen Bergriff? Soll wirklich jede und jeder für sich selbst sorgen müssen? Der Mensch wird als sorgebedürftiges Wesen geboren, und ist zeitlebens auf ein soziales Umfeld angewiesen. Ganz besonders, wenn sie oder er wegen einer Erkrankung, Behinderung oder einfach altersbedingt Unterstützung braucht. Aber auch zur Befriedigung all der Bedürfnisse, die kein Mensch allein für sich befriedigen kann, weil zum Beispiel qualifizierte und spezialisierte Arbeiten oder größere technische Anlagen dafür erforderlich sind.

Auf dieser Abhängigkeit basiert die Daseinsvorsorge, deren zunehmende Privatisierung eine Befriedigung grundlegender Bedürfnisse in Frage stellt. Es kann keine Alternative sein, alles selbst zu machen, ganz allein oder im kleinen Kreis. Die Idee, ein Mensch, oder auch eine kleine Gemeinschaft könne ausschließlich für sich selbst sorgen, empfinde ich als patriarchale Machbarkeitsphantasie, in der Verantwortung für andere bestenfalls in Form freiwilliger Wohltätigkeit einen Platz hat. Meine Idee von einer solidarischen Gesellschaft geht stattdessen in die Richtung einer neuen Gesellschaftlichkeit, in der ausnahmslos jede und jeder, unabhängig von Leistungsfähigkeit, sozialer oder ethnischer Herkunft das Recht und die reale Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum hat. Wo die Versorgung also gerade nicht an die Zugehörigkeit zu einer Familie oder Gemeinschaft gebunden ist.

DIY kann schön und befreiend sein, und ist sicher ein wichtiger Teil einer Postwachstumswirtschaft. Aber es eignet sich weder als umfassendes Lebenskonzept noch als gesellschaftliches Leitbild. Denn auch wenn es in Grenzen und unter Nutzung ausrangierter Materialien für einige wenige Menschen eine Zeit lang funktioniert, so ist es doch viel zu klein gedacht, um als Wirtschaftsmodell für eine globalisierte Welt zu taugen. Eine stärker dezentralisierte, lokale und regionale Selbstversorgung ist notwendig, schon weil sie ressourcenschonender und demokratischer organisierbar ist als eine zentralistische Ökonomie. Aber das begründet sich aus sich selbst heraus, und bedarf keiner Ablehnung einer »Fremdversorgung«.●

»VOICES OF TRANSITION«

Gemeinschaftlich in Städten ökologische und solidarische Nachbarschaften aufbauen – das ist das Ziel der Transition-Town-Bewegung. Der englische Begriff »Transition Towns« bedeutet Städte im Übergang. Im Mittelpunkt steht die Idee vermehrter Selbstversorgung und einer Stärkung des Miteinanders als Grundlage einer neuen postfossilen Kultur, ob mit innerstädtischen Gärten, BürgerInnen-Solaranlagen, Tauschringen oder der Kooperation mit landwirtschaftlichen Höfen.

Der deutsch-französische Filmemacher Nils Aguilar hat mit »Voices of Transition« einen Mut machenden Dokumentarfilm über die Transition-Towns-Bewegung geschaffen. Mit Beispielen aus Frankreich, Großbritannien und Kuba zeigt er, wie es lokale Initiativen schaffen können, den Herausforderungen von Klimawandel, Ressourcenverknappung und drohenden Hungersnöten zu begegnen. Zu Wort kommen LandwirtInnen, WissenschaftlerInnen, PermakulturdesignerInnen und PionierInnen der Transition-Town-Bewegung, deren Eigeninitiative und Lebensfreude inspirieren. Deutlich wird, wie lokale Lösungen globaler Probleme einen positiven Wandel gesellschaftlicher Strukturen mit sich bringen und zu einem lebenswerten Miteinander führen können.●

Kino-Termine unter: www.voicesoftransition.org
Trailer: www.vimeo.com/12692660

COMMONS

Elinor Ostrom

Gibt es Alternativen zum herrschenden Wirtschaftssystem? Elinor Ostrom hat sie gefunden. Einen Großteil ihres Lebens hat sie dieser Suche gewidmet. 1933 geboren, verstarb sie vor kurzem am 12. Juni 2012.

Ab 1973 erforschte sie Commons, zu deutsch Allmenden. 2009 bekam sie hierfür als erste Frau den Nobel-Preis für Wirtschaftswissenschaften. Wir reden heute gerne wieder von Commons und denken dabei an Zukunftsprojekte wie z.B. die Wissensallmende – eine Weide, die jede Person unentgeltlich nutzen kann. Ostroms Untersuchungen beziehen sich allerdings auf eine gemeinschaftliche Nutzung von Gütern, wie sie zum Teil schon vor 1.000 Jahren existierte. Dabei sind Allmenden mit bis zu 15.000 Nutzern.

Elinor Ostrom war keine Linke. Allerdings hatte sie sich auch nicht an einer bürgerlichen Mainstream-Theorie orientiert. Sie hat vor allem empirische Feldforschung betrieben und ihre Erkenntnisse interdisziplinär verwertet. Bei der Allmende handelt es sich um ein System, wo öffentliche und private Elemente vermischt sind. Ostroms Verdienst ist es, genau zu unterscheiden was ein rein öffentliches Gut und was ein Allmendegut ist. Bei einem rein öffentlichen Gut gibt es keine Rivalität in der Nutzung. Z.B. gibt es für ein offenes Computerprogramm keine Übernutzung, egal wie viele es anwenden. Nehme ich aber einen Apfel vom Baum, so steht dieser für einen anderen Nutzer nicht mehr zur Verfügung. Bei den von Ostrom untersuchten Allmenden besteht immer diese Rivalität. Es geht unter anderem um Weidenutzung, Wassernutzung in wasserarmen Gebieten und um Fischfang. Dabei werden Ressourceneinheiten dem System entnommen. Wie viel, in welchem Raum und in welcher Zeit ist für die Nachhaltigkeit des Systems wichtig. Dies ist auch das private Element, denn dieser Ertrag kommt allein dem Nutzer zugute. Auf der anderen Seite geht es um die Bereitstellung des Allmendeguts. Da dies wieder durch die Nutzer geschieht, finden sich diese auf der Seite einer kollektiven Öffentlichkeit wieder. Letztendlich muss sich der Aufwand der Bereitstellung und Ressourcenentnahme die Waage halten. Dieser Steuerungsprozess ist höchst sensibel und nur durch Regeln und Grenzsetzungen erfolgreich aufrecht zu erhalten. Unablässig laufen im Materiellen, Kulturellen und Institutionellen Prozesse ab. Elinor Ostrom hat für den langfristig erfolgreichen Bestand von Allmenden folgende Bauprinzipien herausgefunden:

- Klar definierte Grenzen und einen wirksamen Ausschluss von externen Nichtberechtigten;
- Regeln bezüglich der Aneignung und der Bereitstellung der Allmenderessourcen müssen den lokalen Bedingungen angepasst sein;
- Die Nutzer können an Vereinbarungen zur Änderung der Regeln teilnehmen, so dass eine bessere Anpassung an sich ändernde Bedingungen ermöglicht wird;
- Überwachung der Einhaltung der Regeln;
- Abgestufte Sanktionsmöglichkeiten bei Regelverstößen;
- Mechanismen zur Konfliktlösung;
- Die Selbstbestimmung der Gemeinde wird durch übergeordnete Regierungsstellen anerkannt;

Warum interessiert das heute überhaupt noch? Weil auch heute wieder Genossenschaften gegründet werden – nahe Verwandte zu ihren historischen Vorläufern.●

Alois Wilhelm

Literatur:
Elinor Ostrom: Die Verfassung der Allmende – Jenseits von Staat und Markt, Mohr-Siebeck, Tübingen, 1999, 315 S.

INDISCHE LANDLOSEN-BEWEGUNG »EKTA PARISHAD«

Indien in Bewegung
Der große Marsch für Wahrheit und Gerechtigkeit

Während ich diese Zeilen schreibe, bereiten sich Tausende von Frauen und Männern in Indien auf eine große Herausforderung vor: Anfang Oktober wollen 100.000 Landlose und Kleinbauern aus ganz Indien 350 km von Gwalior nach Neu Delhi marschieren. Gewaltlos, in der Tradition Gandhis, wollen sie die indische Regierung an ihre Versprechen erinnern: Landreform und Landzuteilung.

Von Brigitte Czyborra (alleweltonair) ● Seit fünf Jahren bereiten sie sich auf den großen Marsch vor: Männer und Frauen aus Kleinbauernfamilien, Landlose, Dalits – die sogenannten Unberührbaren – oder Adivasi, Indiens Urbevölkerung. Jahrelang haben sie täglich eine Rupie und eine Handvoll Reis in eine Schale in ihrem Haus gelegt, um einen Vertreter auf den Marsch schicken zu können.

Vor fünf Jahren hatte der erste Marsch stattgefunden, der Janadesh, auf dem damals 25.000 Landlose ihr Recht einforderten. Auch damals friedfertig und gewaltlos. In langen Reihen liefen Männer und Frauen, Alte und Junge, mit Schuhen oder barfuss, im Gänsemarsch hintereinander – auf Straßen und Wegen, selbst auf der Autobahn, wo sie nachts auf dem Zwischenstreifen ihr provisorisches Lager aufschlugen.

»It is a struggle about land and land resources of the poor people, this is a common agenda across the globe.«

»Es ist ein Kampf um Land und Landressourcen der Armen, das ist ein Problem rund um den Globus. Und »land grabbing« ist mit der Globalisierung ein großes Problem geworden. Durch das Aufkommen der Globalisierung sind über die ganze Welt hin große multinationale Konzerne dazu übergegangen, nicht nur das Land an sich zu reißen, sondern diese drei lebenswichtigen Grundlagen: Land, Wald und Wasser.

Dieses Entwicklungsmodell wird die Landbevölkerung in die Städte und die Slums treiben!«

(Rajagopal)

Auch 2007 hatte »Ekta Parishad« sie aufgerufen, die indische Landlosenbewegung, eine riesige Bewegung, vergleichbar dem MST, dem Movimiento Sem Terrra, der Landlosenorganisation in Brasilien. Die brasilianische Landlosenbewegung ist weltweit durch ihre Landbesetzungen bekannt geworden; ganze Familien besetzen – vorbereitet und organisiert im MST – Landstücke, die oft genug Großgrundbesitzern gehören und teilweise kaum bewirtschaftet sind. Sie kämpfen mit dem Rückhalt des MST um das Recht, auf diesen Parzellen ihre Hütten zu bauen und dort von ihrer Hände Arbeit zu leben.

Auch die indischen Landlosen brauchen Land, Land zum Überleben, für sich und ihre Familien. Ganz der Tradition Gandhis folgend, bringen sie ihr Anliegen und ihre Bedürfnisse in starken Massenmobilisierungen zum Ausdruck, sind zugleich aber immer bereit zum Gespräch mit Landes- oder Bundesregierung und allen anderen Akteuren. »Kooperiere wo Du kannst und leiste Widerstand wo Du musst!« (Gandhi)

Im Interview mit alleweltonair nennt Rajagopal beeindruckende Zahlen: 700.000 Menschen haben nach dem ersten Marsch Land zugeteilt bekommen. Für uns eine enorme Zahl, aber für Indien nichts als ein Tropfen. »700.000 Menschen haben Land bekommen seither, es ist auch ein guter Kommissionsbericht auf dem Tisch des Premierministers, mit Vorschlägen, was man machen kann, was sinnvoll ist...«

Auf der anderen Seite haben in den letzten 20 Jahren – so wird geschätzt – wohl rund 200.000 indische Kleinbauern Selbstmord begangen. »Das Hauptproblem ist die Armut«, sagt Rajagopal.

»So the agenda is not to wait for any government to come and change your life. If you want to change your life, begin here.«

»Es geht also nicht darum, zu warten, bis irgendeine Regierung kommt und dein Leben ändert. Wenn du dein Leben verändern willst, fang damit an. Ich glaube, diese Philosophie gibt es auf der ganzen Welt. Die Menschen warten auf die Regierung, und die Regierung wird dadurch immer mächtiger, und die Leute werden ohnmächtig. Indem du die Menschen mächtig machst, kannst du die Demokratie mächtig machen und die Regierung zum Arbeiten bringen. Was wir tun müssen, ist die Energie der Menschen organisieren.«

(Rajagopal)

Ihre Organisation ist »Ekta Parishad«, übersetzt als »Gemeinsamer Rat« oder »Solidarischer Bund«, ein Bund, dem jede/r beitreten kann, der die gemeinsamen Regeln anerkennt. Die Aktivisten verpflichten sich den Prinzipien der Wahrheit, der Gerechtigkeit und vor allem der Gewaltlosigkeit. Der Gründer von Ekta Parishad ist Rajagopal P.V., der bewusst auf den Spuren des großen Lehrmeisters Gandhi wandelt. In den 1970er Jahren war Rajagopal in den Norden Indiens gezogen, wo er zunächst lokale Selbsthilfeorganisationen aufbaute, meist unterstützt von den Frauen der Dörfer. »Wir haben mit den Menschen in den Dörfern angefangen über ihre Bedürfnisse zu sprechen. Mit der Zeit gelang es uns immer mehr Dörfer zu vernetzen. Heute sind wir in mehr als siebzehn Teilstaaten verankert«, so schildert Rajagopal die Anfänge der Bewegung. Zu Beginn der 1990er Jahre kam es dann zur Gründung von »Ekta Parishad«, als einem übergreifenden Forum mit neuen Strukturen.

Nach der ersten Mobilisierung vor fünf Jahren versprach die indische Regierung, etwas zu unternehmen. Es wurde eine Kommission einberufen, die Vorschläge erarbeitete, die seither in der Schublade ruhen. Die Überlebensprobleme der indischen Bauern scheinen der Regierung nicht wichtig.

In Indien leben rund 70% der Bevölkerung auf dem Land, im Vergleich sind es in Deutschland 2%, die von der Landwirtschaft leben. Indien ist ein Land im Umbruch. Auf der einen Seite steht eine rasante wirtschaftliche Entwicklung, aber zugleich die Bilder, die wir alle kennen: Hunger, Armut, Elend. Menschen ohne Perspektive. Gerade auf dem Land sind die Probleme massiv.

Viele Kleinbauern haben keine formalen Titel auf ihr Land und sind ein leichtes Opfer von Landraub, *land grabbing*, sie werden von ihren Parzellen vertrieben oder verkaufen sie für einen Groschen, unter Druck gesetzt, beeinflusst, bedroht, zum Teil auch mit direkter Gewalt. In einer Bürgerfunksendung hat »alleweltonair«, die Radiogruppe des »Allerweltshaus« Köln (siehe CONTRASTE Nr. 328) über so einen Fall berichtet: »Der Mord an Birju Baiga«, ein Mann vom Stamm der Baiga und örtlicher Ekta Parishad-Sprecher, wurde in seinem Dorf vor den Augen seiner Frau erschlagen.

Knapp 9% der indischen Bevölkerung werden den »Adivasis« zugerechnet, der Urbevölkerung, zu der auch der Stamm der Baiga gehört. Die Baiga sind mit dem Wald verwurzelt, leben im und vom Wald. Der indischen Verfassung nach haben die Adivasis ein Recht auf den Wald. Das Waldgebiet Indiens gehört den Adivasis, wobei dies nicht Privatbesitz ist. Wie sie das Land verwalten, ist nicht festgelegt... aber »den Adivasis gehört der Wald«, sagt die Verfassung, zumindest auf dem Papier. In der Realität werden immer mehr Adivasis von ihrem Land vertrieben, wie Birju und seine Frau Jugri Bai vom Stamm der Baiga.

Oft haben die kleinen Bauern einfach keine Urkunden, mit denen sie nachweisen können, dass das Land, das ihre Familien seit langem bebauen, ihr Eigentum ist. Es wird ohne Rücksicht auf sie verkauft, mit der hilfreichen Hand bestochener Beamter, oder zum Naturschutzgebiet deklariert, wo auf einmal die Menschen, die im und vom Wald leben, zu Eindringlingen erklärt werden. Oder sie werden mit Gewalt vertrieben, wie die Baiga in Dharipara.

Marsch der Landlosen nach Dehli 2007 Foto: Barbara Schnetzler

Die neoliberale Wachstumspolitik seit den 90er Jahren war für die Kleinbauern eine Katastrophe. Rund 1,5 Millionen Menschen sind schon von ihrem Land vertrieben und haben damit die Möglichkeit verloren, sich und ihre Familie zu ernähren.

Seit dem 2. Oktober 2011 – Gandhis Geburtstag – laufen die Mobilisierungen. Julius Reubke vom Kölner Verein der »Freunde von Ekta Parishad« schildert die Vorbereitungen: »... und dann geht es eben ein Jahr lang durch Indien und soll alle bewegen. Die Idee war: wir fahren durch die Orte und die Menschen machen sich alle auf den Weg und dann sind es 100.000 am 2. Oktober 2012. Und diese 100.000 Leute gehen gemeinsam 33 Tage lang nach Delhi und da bleiben sie sitzen – so lange, bis die Regierung sagt: Wir kommen und reden mit euch.«

Der »Jan Satyagraha 2012« soll Indiens größte Mobilisierung für das Recht auf Land werden. Wir alle sind aufgefordert, die indische Landrechtsbewegung zu unterstützen.●

Dieser Artikel basiert auf Interviews und Gesprächen für unsere Bürgerfunk-Sendungen.

Die kompletten Sendungen zum Themenschwerpunkt Indien in Bewegung zum Nachhören oder Download unter: www.alleweltonair.de.

Die Reihe »Indien in Bewegung« wird gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW, vom EED und Engagement Global.

OFFENER BRIEF

Der Kampf um Land und Landrechte ist ein internationaler Kampf. Ekta Parishad bittet Freunde und UnterstützerInnen weltweit, einen Offenen Brief an den indischen Premierminister zu unterschreiben. Auszug:

Sehr geehrter Herr Premierminister,

ich war sehr erfreut, als Ihre Regierung als Reaktion auf den Janadesh Marsch im Jahr 2007 ein Komitee einberufen hat, um die Landreformen zugunsten der Armen und Ausgegrenzten umzusetzen. Sie haben versprochen, den Landlosen durch eine nationale Landreformpolitik eigenes Land zu garantieren.

Seit der Veröffentlichung des Berichts des Komitees im Oktober 2009, hat Ihre Regierung jedoch keine Maßnahmen ergriffen. (...)

Mit diesem Schreiben ermutige ich Sie und Ihre Minister, in Dialog zu treten mit den Vertretern der Jansatyagraha-Kampagne und Ihre Unterstützung für die Umsetzung ihrer Ziele zuzusagen. In der Tradition des gewaltfreien Handelns setzt sich die Kampagne für den Zugang der armen Bevölkerung zu deren existenzsichernden natürlichen Ressourcen ein. In dieser Absicht wurden (...) Empfehlungen formuliert. Sie beinhalten:

1. Eine umfassende Landpolitik, deren wirkungsvolle Umsetzung sowie Überwachungseinrichtungen, welche den landlosen, heimatlosen und ausgegrenzten Gemeinschaften den Zugang zu Land und existenzsichernden Ressourcen garantieren. (...)
2. Frauen sollten als Bäuerinnen anerkannt, ihre Rechte auf Land und ihre Existenzsicherung gesichert werden, und sie sollten Zugang erhalten zu allen den Bauern zustehenden Leistungen und Programmen. (...)
3. Natürliche Ressourcen wie Land, Wasser, Wälder und Bodenschätze, die als Existenzsicherung einer Gemeinschaft dienen, dürfen nicht für andere Zwecke entwendet werden. (...)
4. Der Verstoß von Verwaltungsbeamten gegen armutsorientierte Gesetze oder das Verwehren des fundamentalen und rechtmäßigen Anrechts auf Land, Wasser, Wälder und Bodenschätze sollen als strafbare Vergehen geahndet werden. (...)

Jansatyagraha 2012 ist eine Initiative von Hunderten von Organisationen des Freiwilligensektors, die das Ziel verfolgen, eine Gesellschaft zu schaffen, die frei ist von Hunger, Angst und Korruption. Ich wende mich an Sie, um eine positive Antwort auf die Forderungen der Kampagne zu erhalten, die eine echte Hoffnung für größere Ernährungssicherheit, Bekämpfung von Armut und Gerechtigkeit in Indien darstellt.●

Unterstützung:
http://js2012.wordpress.com

Was erreicht Gewaltlosigkeit? Diese Frage stellte sich Rajagopal als junger Mann und arbeitet seither an diesem Experiment. Im von Armut und Gewalt in ihren verschiedenen Formen geprägten Indien aufgewachsen, begann er im Sinne Mahatma Gandhis mit ganz eigenen Experimenten mit der Wahrheit. Als Autodidakt in Gewaltlosigkeit studierte Rajagopal im Zusammenleben und -arbeiten mit Adivasi und Dalits die Armut und die Formen der Gewalt, die zur Bedrohung des Lebens, der Lebensgrundlage und der Daseinsfreude führen.

Seit 21 Jahren kämpft Rajagopal zusammen mit der von ihm begründeten, strikt gewaltfreien Volksbewegung »Ekta Parishad« für die Durchsetzung der Gesetze, die die Rechte der Adivasi, der Dalits, der Nomaden und aller an den Rand der Gesellschaft gedrängten Gruppen schützen sollen.

Er hat erkannt, dass wir alle in die globalen Netze der Gier und der gewalttätigen Ausbeutung der Ressourcen des Planeten mitverstrickt sind. Deshalb hat er am 2. Oktober eine einjährige Mobilisierungstour durch ganz Indien, den Samwad Yatra, begonnen und ruft zum großen Jansatyagraha 2012 auf. 100.000 Landlose werden einen 350 km Fußmarsch nach Delhi unternehmen, um der Forderung auf die Durchsetzung der Landrechte Nachdruck zu verleihen. Weil die lokalen Probleme Indiens mit den globalen Verhältnissen so eng verknüpft sind, sind wir zur Globalisierung der Solidarität im gewaltfreien Kampf für Sarvodaya, das Wohlergehen aller Menschen, aufgerufen.

Dr. Julius Reubke,
»Freunde von Ekta Parishad e.V.«

Anzeige

iz3w
332
Hello City – wem gehört die Stadt?
Außerdem: ▸ Uranabbau in Afrika ▸ Krieg in Syrien ▸ Putsch in Paraguay ▸ Flüchtlinge in Israel ▸ Krise im Kongo... 60 Seiten, € 5,30 + Porto
auch als PDF-Download
iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org
iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

DER 6. WORKSHOP DER ARCHIVE VON UNTEN

Verbotene Materialien in Freien Archiven

Der Workshop der Archive von unten ist vom Zweijahresrhythmus auf jährliche Treffen umgestiegen. Dahinter steckt das Bedürfnis nach fachlichem Erfahrungsaustausch, aber auch der Wunsch nach persönlichem Austausch mit Leuten, die in ihrem Archiv-Alltag eher vereinzelt um den Erhalt der Geschichte von unten kämpfen. Offensichtlich möchte man nicht immer nur isoliert zwischen geschichtsträchtigen Papierbergen sitzen, sondern sich auch der Sinnhaftigkeit vergewissern. In vier Arbeitsgruppen wurden archivfachliche Fragen erörtert, in zwei zentralen Plena wurde das Selbstverständnis des Workshops sowie der Umgang mit verbotenen Materialien diskutiert.

Von Jürgen Bacia, afas-archiv duisburg ● Rund 35 Mitarbeiter/innen aus 22 Archiven hatten den Weg ins »Grüne Gedächtnis«, das seit 2003 den Workshop ausrichtet, gefunden. Jeweils 1/3 kam aus Frauenarchiven und den Archiven sozialer Bewegungen, der Rest verteilte sich auf die Bereiche Umwelt, Frieden, Internationalismus, DDR-Opposition und Schwule. Aus Wien waren zwei Frauen angereist: sie repräsentierten die Bibliothek von unten und ein Projekt an der Wiener Universität, das sich mit Frauennachlässen beschäftigt.

Welches Selbstverständnis hat der Workshop?

Im letzten Jahr kam es auf dem Abschlussplenum zu einem Konflikt über die Einladungspraxis zum Workshop. Während sich vor allem das »Grüne Gedächtnis« dafür ausgesprochen hatte, auch Archive aus dem etablierten Spektrum und StudentInnen der Archivschule Marburg einzuladen, wollten die meisten anderen Archive das Treffen zur Verständigung untereinander nutzen. Diesmal wurde das Thema gleich am ersten Tag auf die Tagesordnung gesetzt. Die Grünen plädierten erneut für die Öffnung des Workshops: ihnen war die öffentliche Funktion wichtiger als die szeneinterne Kommunikation. Kurzzeitig schien es, als würden sie den Workshop in Zukunft nur dann weiter in ihren Räumlichkeiten durchführen, wenn er geöffnet würde. Doch da auch diesmal der überwältigenden Mehrheit der anwesenden Archive die interne Verständigung wichtiger war als die Öffnung, einigte man sich auf einen Kompromiss: künftig wird aktiv nur noch über die Liste der Freien Archive eingeladen; die Grünen weisen aber im Terminkalender der Heinrich-Böll-Stiftung auf die Veranstaltung hin.

Vier Arbeitsgruppen tagten während des Workshops:

- die AG »Digitalisierung«, die sich 2011 konstituiert hatte, setzte ihre Debatte über eine geeignete Software fort;
- die AG »Vor- und Nachlässe« beschäftigte sich mit Fragen nach Bedeutung, Beschaffung und Bewertung von Personen- und Gruppennachlässen;
- die AG »Nutzer/innen im Archiv« diskutierte über Nutzungsorientierung, Sperrfristen und Bestandserhaltung (dürfen Dokumente kaputtgelesen werden?);
- in der AG »Archivierung audiovisueller Dokumente« wurde über Projekte zur Digitalisierung von Tonkassetten (Thüringer Archiv für Zeitgeschichte) und Videokassetten (autofocus videowerkstatt) berichtet.

Über den Umgang mit verbotenem Material

Was sind eigentlich verbotene Materialien? Geht es dabei um militante Erklärungen und Aufrufe, die konspirativ arbeitende Gruppen in die linke Öffentlichkeit lancieren? Oder um Anleitungen für den Bau von Molotowcocktails oder Sprengsätzen? Dass es jenseits dieser Klischees ganz andere Materialien gibt, wurde auf dem Plenum zum Umgang mit verbotenem Material deutlich. Mit dem »Rote-Hilfe-Archiv«, dem »Archiv der sozialen Bewegungen Hamburg« und dem »Archiv des Schwulen Museums« berichteten drei sehr unterschiedliche Einrichtungen aus ihrem Alltag. Dabei wurde deutlich, dass der Begriff »verbotene Materialien« die Verschiedenheit der Dokumente, um die es geht, nicht gut benennt. Deshalb war viel von schützenswerten, internen, sensiblen, heiklen, illegalen oder nicht-öffentlichen Dokumenten die Rede.

Das »Hans Litten-Archiv« der »Roten Hilfe« besitzt keine verbotenen Materialien, aber eine Sondersammlung mit den Unterstützungsanträgen, die an die Rote Hilfe gestellt wurden. Darin geht es häufig um Demonstrationsdelikte, Widerstand gegen die Staatsgewalt oder Beamtenbeleidigung. Auf Demonstrationen kann es schnell passieren, dass die Weigerung, Gleise, Straßen oder Plätze zu verlassen, als Widerstand gegen die Staatsgewalt ausgelegt wird. Berichtet wurde von einem Verfahren gegen einen Demonstranten, der einen Polizeibeamten als »Pisser« bezeichnet haben soll. Bei der Roten Hilfe landen aber auch Materialien zu szene-internen Konflikten, zum Beispiel zwischen Antideutschen und Antiimps. All diese Dokumente enthalten, auch wenn ihr Zustandekommen einen politischen Hintergrund hat, schützenswerte Informationen über betroffene Personen. Deshalb stehen sie nicht zur öffentlichen Nutzung zur Verfügung, sie sind sogar außerhalb des Archivs an einem sicheren Ort aufbewahrt. Darüber, ob sie langfristig als zeitgeschichtliche Dokumente aufgehoben werden sollen, besteht in der Roten Hilfe keine Einigkeit.

Foto: Archiv

Ein Mitarbeiter des in der »Roten Flora« (Hamburg) beheimateten »Archivs der sozialen Bewegungen« fragte ganz grundsätzlich, ob Dokumente überhaupt illegal sein können. In dem Moment, in dem ein Flugblatt durch die Polizei konfisziert wird, wird es illegalisiert und darf nicht mehr verteilt werden. Für ein Archiv sei das aber kein Problem, weil dort auch illegalisierte Dokumente aufbewahrt werden dürfen. Im übrigen bevorzugte er die Unterscheidung in öffentliche und gruppeninterne Materialien. Nur die erstgenannten werden bei ihnen erschlossen. Zwar besitzt das Archiv auch gruppeninterne Unterlagen, doch werden diese nicht aktiv eingeworben – und über den Inhalt dieser Konvolute hat niemand einen detaillierten Überblick. Da es sich dabei um durchaus sensibles Material handeln kann, ist es nicht für die allgemeine Nutzung freigegeben. Vielmehr wird von Fall zu Fall entschieden, wer was einsehen darf; im übrigen vertraut man auf die Sensibilität der NutzerInnen. Der SpringerPresse wird die Nutzung generell verwehrt.

Der Archivar des »Schwulen Museums« berichtete vom Umgang seines Archivs mit Materialien aus der Pädophilenbewegung, die bis zur Missbrauchsdebatte Ende der 1990er Jahre innerhalb der Schwulen-Szene akzeptiert war. Das politische Material der Pädophilenbewegung kann uneingeschränkt eingesehen werden; schwierig wird es, wenn sich in Nachlässen Kinderpornografie befindet. Da juristisch nicht eindeutig geklärt ist, was unter Kinderpornografie zu verstehen ist, hat das Archiv dazu ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Vorsichtshalber werden die heiklen Dokumente unter Verschluss gehalten bzw. nur für wissenschaftliche Zwecke freigegeben. JournalistInnen bekommen keinen Zugang zu solchen Unterlagen und generell ist jegliches kopieren, scannen oder fotografieren untersagt.

Ein Unbehagen bei dieser Vorgehensweise bleibt allerdings, denn wo hört der Selbstschutz des Archivs bzw. des verantwortlichen Archivars auf und wo fängt die Selbstzensur an? Veranschaulicht wurde das Dilemma am Beispiel der Broschüre »Ein Herz für Sittenstrolche«, die die Schwulen in der Berliner Alternativen Liste 1983 veröffentlichten. Darin befinden sich Fotos, die aus juristischer Sicht als heikel bezeichnet werden können. Dennoch ist die Broschüre für die Nutzung freigegeben.

In der anschließenden Diskussion kamen weitere Problemfelder zur Sprache: wie geht ein Aufarbeitungsarchiv mit Stasi-Unterlagen um, die beim Stürmen der Stasi-Zentralen entwendet und einem unabhängigen Archiv übergeben worden sind, formal aber in ein offizielles Archiv gehören? Unstrittig waren dagegen einige Beispiele aus den Frauenarchiven: sowohl die Unterlagen aus Frauenhäusern als auch zu § 218-Kampagnen und illegalen Abtreibungsfahrten nach Holland werden selbstverständlich unter Verschluss gehalten.

Freie Archive bergen also durchaus Schätze, die im Moment nicht gehoben werden dürfen; doch zukünftige ForscherInnen werden sie zu schätzen wissen.●

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 34 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Verfassungsschutz bestimmt über Gemeinnützigkeit?

Nicht mit uns!

Die Änderung des Jahressteuergesetzestextes ist minimal, würde aber de facto den Verfassungsschutz zum Entscheidungsträger über die Gemeinnützigkeit einer Organisation machen. Geplant ist, das Wörtchen »widerlegbar« aus folgendem Satz zu streichen: »Bei Körperschaften, die im Verfassungsschutzbericht des Bundes oder eines Landes als extremistische Organisation aufgeführt sind, ist widerlegbar davon auszugehen, dass die Voraussetzungen des Satzes 1 nicht erfüllt sind«.

Eine derartige Änderung, hätte zur Folge, dass Organisationen, die in einem Verfassungsschutzbericht im Zusammenhang mit »Extremismus« genannt werden, die Gemeinnützigkeit ohne Prüfung oder Anhörung entzogen wird. Dabei werden immer wieder Organisationen in den Verfassungsschutzberichten als »extremistisch« eingestuft, ohne dass es dafür konsistente Kriterien geben würde. Schon die verwendete Benennung »Extremismus« bezeichnet keinen definierten Rechtsbegriff, wie mehrere Gutachten feststellten, darunter eines vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages. Dies mag einer der Gründe sein, weshalb es in keinem einzigen Gesetzestext verwendet wird – außer in der Abgabenordnung.

Wird einer Organisation die Gemeinnützigkeit aberkannt, darf sie keine Spendenbescheinigungen mehr ausstellen und fällt unter die volle Steuerpflicht, was für viele Organisationen das Aus bedeuten würde. Ab 2013 würde der Verfassungsschutz also zum Richter der Gemeinnützigkeit und erlangte eine erhebliche Macht über wichtige Teile der Zivilgesellschaft.

Diese groteske Änderung aufhalten – Offenen Brief an die Abgeordneten unterzeichnen!

Der Zustand des Inlandsgeheimdienstes insgesamt darf kritisiert werden. Durch die Selbstenttarnung einer Neonaziterrorgruppe ist deutlich geworden, wie intransparent und der demokratischen Kontrolle entzogen diese Behörde arbeitet. Selbst PolitikerInnen aller Parteien sind besorgt über den Zustand der Inlandsgeheimdienste und ihren Möglichkeiten, parteipolitische Arbeit im Sinne eines demokratischen Gemeinwesens zu kontrollieren. Die Bundesregierung ist versucht die Befürchtungen zur Gesetzesänderung zu zerstreuen. In ihrer Antwort auf die kleine Anfrage der Linken konstatiert sie, dass Organisationen vor den Verwaltungsgerichten gegen ihre Einstufung als »extremistisch« klagen könnten. Finanzämter und Finanzgerichte würden den Ausgang dieser Verfahren dann abwarten, damit bis zum rechtskräftigen Urteil kein irreparabler Schaden entstünde.

Abgesehen davon, dass Organisationen dadurch gezwungen wären juristische Schritte wirtschaftlich und organisatorisch zu stemmen, ist im Gesetzesentwurf diese Wartepflicht gar nicht vorgesehen. Der Entwurf zum Jahressteuergesetz müsste dementsprechend nochmals geändert werden. Des Weiteren erklärt sie, dass nur eine »eindeutige« Einstufung als »extremistisch« zum Entzug der Gemeinnützigkeit führen würde. Bei Verdachtsfällen, wie beispielsweise der rechtsradikalen Gruppe »Pro NRW«, würden wiederum die Finanzbehörden selbst ermitteln, ob die Organisation »extremistische« Ziele verfolgt und somit verfassungsschutzrechtliche Arbeit erledigen. Der Sinn der Reform des Jahressteuergesetzes ist offensichtlich irgendwo zwischen den Zeilen verloren gegangen.

Zusammen mit Robin Wood hat Attac einen offenen Brief an alle Abgeordneten des Bundestages initiiert (s. CONTRASTE Nr. 336, Seite 2), mit dessen Unterzeichnung einer Zulassung der Änderung entgegengewirkt werden soll. Unterzeichnet haben ihn bis jetzt (03.09.2012) 148 Organisationen u.a. Pro Asyl, BUND, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V., medico international, das Komitee für Grundrechte und Demokratie, CONTRASTE und Netzwerk Selbsthilfe.●

Weitere Informationen:
www.robinwood.de/Verfassungsschutz

Stella Napieralla

Netzwerk Selbsthilfe – der politische Förderfonds
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
www.netzwerk-selbsthilfe.de

SAMMELREZENSION

Von Samenbomben, Balkongärten, Hochbeeten und Selbstversorgung

Von Elisabeth Meyer-Renschhausen ● Die Städter drängt es nach neuem Grün. Vielmehr noch: die Städter drängt es zu neuem gärtnerischen Tun. Dafür sind sie bereit viel zu geben und ein Erhebliches an Freizeit und auch Finanzen zu investieren. Besonders cool ist das »Guerilla Gardening«. Junge oder auch Ältere bewerfen unansehnliche Brachen, Trümmergrundstücke, Müllhalden mit so genannten Samenbomben, auf dass die Natur den Schandfleck mit frischem Grün gnädig überziehen möge. Die Samenbälle werden aus Ton und Erde und etwas Wasser so geformt, dass sie der jungen Pflanze die erste Nahrung gleich mitliefern.

Die englische Gärtnerin Josie Jeffreys hat sich in ihrem Samenbombenbuch auf solche Pflanzen verlegt, die bei uns eine gewisse Chance haben. Einmal in die Wildnis ausgebracht, können sie ohne weitere Pflege wachsen. Josie Jeffrey empfiehlt einerseits Samenbälle zur Verschönerung der Landschaft, die bunte Blumen liefern und größtenteils aus Nichtessbarem bestehen wie Mohn, Fingerhut, Konrade oder Lichtnelke. Aber die Autorin hat auch Rezepte für »Menschenfutterbomben« parat, die Spinat-, Saubohnen-, Zucchini- oder Sauerampfersamen enthalten und essbare Pflanzen ergeben. Es ist natürlich die Frage, ob ich später überhaupt an sie rankommen werde, aber warum auch nicht auf verlassene Brachen jetzt schon essbare Pflanzen säen, damit sie in Notzeiten der Allgemeinheit zur Verfügung stehen.

In dem sehr bunt gestalteten Samenbomben-Buch werden 40 geeignete Wildblumen vorgestellt. Darunter wird daran erinnert, dass die Schlüsselblume früher als Salatersatz diente. Als Heilpflanze kam die Primel bei Lähmungen, Rheuma, Fieber oder Husten zum Einsatz. Wenn wir so gefährdeten Arten wie der Schlüsselblume, der Kornrade oder der Kornblumen zu einem Comeback verhelfen könnten, wäre das ja schon einmal etwas. Bessere Kandidaten für die wilde Aussaat sind Lichtnelke oder Heil-Ziest, die als Mehrjährige überwintern können. Oder Stauden wie Thymian, Acker-Minze oder Sauerampfer, die sich ohnehin gerne weiter ausbreiten.

Diese Form der Nachhilfe für die Natur ist nicht neu. Das Phänomen »Guerilla Gardening« ist alt, eine »Tru Trevellers – The Diggers« genannte Bewegung von protestantischen Agrarkommunisten bepflanzte z.B. 1649 in Südost-England Allmenden mit Gemüse, um es an Bedürftige verschenken zu können. Knappe 200 Jahre später sammelte in den USA Jonny »Apple-Seed« überall Apfelsamen, um sie an geeigneter Stelle wieder auszusäen. Die ersten im engeren Sinne »Guerilla Gardeners« war die Künstlergruppe um Liz Christy, die 1973 mit einer ungenehmigten Entrümplung und Bepflanzung einer hässlich vermüllten Brache an der Huston Street in Manhattan begann und schnell die Herzen der New Yorker gewann. Nebenbei bewarfen die »Green Guerillas« Mittelstreifen von überbreiten Straßen mit Samenbällen.

Muzzafers Beet in Berlin-Tempelhof Foto: Elisabeth Meyer-Renschhausen

Wenn der Naturhungrige Städter etwas ernten will, braucht es mehr Stetigkeit. Als in New York die ersten Gemeinschaftsgärten entstanden, brach in Berlin oder Wien die erste Welle von Balkonbegrünung aus. Heute wird die Balkongärtnerei von der nächsten Generation übernommen, die ehrgeiziger wie die Vorgängergeneration, dabei auch Gemüse erzeugen möchte. So handelt das »Handbuch Bio-Balkongarten« der Agraringenieurin Andrea Heistinger von der Kunst, auf beengtem Raum einen maximalen Ertrag an Kräutern und Gemüse zu erwirtschaften. Ohne Arbeit ist das nicht zu haben. Der/die LeserIn hat zu lernen, dass die vorgefertigten Pflanzenerden – auch wenn sie aus dem Bioladen kommen – im Prinzip nur für eine Saison konzipiert sind und alljährlich ausgetauscht werden sollten. Auf dem Balkon sollten möglichst leichte Pflanzgeräte stehen. Daher sind neben leichten Holzkisten Plastikgefäße aus dem Baumarkt nicht das Schlechteste. Bekommt der Balkon Sonne, sind die meisten Kräuter bis hin zu Tomaten, Zucchini und Kohl sowie fast alle Gemüse auch in Kisten zu ziehen. Andrea Heistinger berichtet von diversen Freundinnen und Freunden aus Wien, die ihre Balkons seit Jahren entsprechend nutzen und regelmäßig gute Ernten haben. Das Beste ist natürlich, wenn eine Tröpfchenberieselung der/die BalkongärtnerIn die anfallende regelmäßige Gießarbeit abnehmen kann. Dabei bedeutet die Balkongärtnerei keineswegs Verzicht auf das Wesentliche eines jeden Biogartens: Etwa ist das Kompostieren mit Würmern mittels geeigneter Gefäße sehr wohl möglich. Eine Kurzvorstellung interessanter alternativer Gartenprojekte in Wien, Berlin, Amsterdam und London schließt den schön bebilderten Band ab.

Wer keinen Balkon hat, hat eventuell doch Zugang zu einem Hinterhof, in den ab und an ein paar Sonnenstrahlen lugen. Wenn der Hinterhof bepflastert ist und man nicht weiß, ob man gärtnern darf oder nicht in den Boden gehen kann, weil der Hof unterkellert ist, empfehlen sich Hochbeete. Die Biologin Brigitte Kleinod hat im Darmstädter Pala Verlag zwei Bändchen »Das Hochbeet« (2009, 4. aktualisierte Auflage 2011) und »Neue Ideen für Hochbeete« (2011) vorgelegt, indem sie die Möglichkeiten von Hochbeeten durchgeht.

Hochbeete, die mobil bleiben müssen, weil sie eventuell bald an einen anderen Ort transportiert werden müssen, werden mit möglichst leichten Drainageschichten aus torfartigen Materialien oder Bims gefüllt. Besonders ertragreiche Hochhochbeete sind diejenigen, die man zugleich zum Kompostieren benutzt. Brigitte Kleinods Bücher richten sich besonders an Menschen, die sich für Hochbeete entscheiden, um den Rücken zu schonen, also aus ergonomischen Gründen. Oder an solche, für die Hochbeete das Beste sind, weil sie im Rollstuhl sitzen oder weil ihr Garten eine Hanglage hat. Natürlich kann man auch den Schnecken mittels Hochbeetbau ein Schnippchen schlagen. (Zumindest für ein, zwei Jahre, bis sie gelernt haben, auch die Wände von Hochbeeten hoch zu kriechen.) Stationäre Hochbeete empfiehlt die Autorin mit steinerner Drainage zu bauen. Denn der Hügelbeetaufbau aus verrottbarem Material hat den Nachteil, dass er in jedem Jahr erheblich zusammen sackt und insofern von oben immer neue Erde nachgefüllt werden muss. Wenn man mittels Vlies die Drainage-Kiesel in der Kiste daran hindert, hochzusteigen, hat man sich den im Fall von Hochbeeten stets fälligen Kaninchendraht gegen die Wühlmäuse gespart. Immerhin gibt es eine Menge etwa auch winterharte Obststräucher, die in einem Hochbeet von einem Quadratmeter Fläche jahrelang Früchte tragen können. Last not least lassen sich Hochbeete auch so bauen, das wilde Tiere darin Unterschlupf finden können, von der Spitzmaus bis zum Igel.

Wer wissen möchte, wie viel sich durch den Eigenanbau sparen lässt – zumindest wenn man einen eigenen Garten hat, in dem man sozusagen richtig in die Erde gehen kann, dem sei das Buch des französischen Lehrers Rodolphe Grosléziat empfohlen. Der Autor führt ein genaues Gartenarbeitstagebuch, indem er neben den investierten Stunden vor allem Ausgaben und Erträge notiert. Rodolphe Grosléziat kommt zu dem Schluss, dass so ein Selbstversorgergarten erhebliche Ersparnisse erbringt. Auch Billigsupermärkte könnten nicht mithalten. Wobei das natürlich insofern etwas relativ ist, als man Grundstück und Haus ja erst einmal finanziert haben muß. Dass Rodolphe Grosléziat und seine Frau ihren drei Kindern eine paradiesische Kindheit bescheren können, das wird niemand bestreiten, zumal dann nicht, wenn man die Fotos besieht, mit denen Freund Frank Boucourt das Experiment dokumentierte.

Interessant ist es schon, dass dieser Trend zum Gemüseanbau, biologisch, mit altem Saatgut zwecks Selbstversorgung eine Leidenschaft ist, die die Städter weltweit zu erfassen scheint. Die Verfasserin kann es nicht lassen, daran zu erinnern, dass vor ziemlich genau 100 Jahren die »gebildete Jugend« schon einmal ihre Hochschulen verließ, um sich dem Gärtnern zuzuwenden und es als verblüffendes Phänomen sogar bis in ein Lexikon geschafft hat.●

Die vorgestellten Bücher:

Brigitte Kleinod: Neue Ideen für Hochbeete, Pala Verlag Darmstadt 2011, mit Zeichnungen von Margret Schneevoigt, 135 Seiten 14 EUR

Andrea Heistinger/Arche Noah: Handbuch Bio-Balkongarten, Ulmer Verlag Stuttgart 2012, 302 Seiten, zahlreiche Abbildungen 29,90 EUR

Josie Jeffrey: Mit Samenbomben die Welt verändern. Für Guerilla Gärtner und alle die es werden wollen, Ulmer Verlag Stuttgart März 2012, zahlreiche Abbildungen, Glossar 14,90 EUR

Rodolphe Grosléziat: Unser Garten ist Gold wert: Eine Familie versorgt sich selbst, Ulmer Verlag Stuttgart 2011, 256 Seiten, mit Fotos, 24,90 EUR

Anzeige

ArchivCD.4

8 Jahre CONTRASTE auf CD-ROM!
1/2004 - 12.2010 und 10.1984 - 12.1985
zusätzlich:
BUNTE SEITEN 2012 - Das alternative Adressbuch
und
Reader der AlternativMedien - BRD/AUSTRIA/CH
Die CD kostet:
25 EUR (für CONTRASTE-AbonnentInnen)
20 EUR (für alle, die bei uns schon eine CD gekauft haben)
35 EUR (für Menschen ohne CONTRASTE-Abo)
+ jeweils 3 EUR (Ausland 4 EUR) Versandkosten
Info: www.contraste.org/archiv-cd.htm
Bestellungen an:
Zeitsprung-Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
zeitsprung-verlag@online.de

FORUM CLUB LITERATUR IN GRAZ

Ein Projekt gegen den Biedermeierschlaf der Gesellschaft

Vor 10 Jahren entstand in Graz, der Hauptstadt der Steiermark, ein Literaturprojekt »von unten«. Damals relativ unbekannte Autoren gründeten unter der Leitung von Michael Benaglio das »Forum Club Literatur«.

Von Gustav Knut ● Die an das »Forum Politische Bildung« angeschlossene Vereinigung machte es sich zur Aufgabe, gesellschaftskritische Literatur einem interessierten Publikum näher zu bringen. Entgegen postmoderner Beliebigkeit und der individualistischen Flucht vieler KünstlerInnen in entpolitisierte, abgehobene Welten, die ferne der Probleme und des Lebensalltags der meisten Menschen in dünner Luft vegetieren, will das »Forum Club Literatur« Menschen berühren, ihnen ihre Stellung in einer ausbeutenden neoliberalen Gesellschaft bewusst machen.

**»Verdunkelt Faschismus Sonnenlicht,
Verdunkelt er für eine Weile,
Ehe er erlischt.« (Benaglio)**

Pawel Shalmann und Ronja gestalten das Programm zum »Tag der Menschenrechte« Foto: ronja-musik

Dass dabei Politik im weitesten Wortsinn verstanden wird, Humor und Erotik bewusst nicht zu kurz kommen, schuf in all den Jahren ein offenes, undogmatisches Klima. Gelesen werden Werke von Michael Beanglio und dem eng mit ihm kooperierenden Programm-Mitgestalter Gerhard Dinauer, weiters werden zeitgenössische, auch jugendliche österreichische AutorInnen eingeladen. Bereits verstorbene Schriftsteller werden ebenfalls gelesen, denn die Literatur verfügt über ein reichhaltiges gesellschaftskritisches, antikapitalistisches Erbe.

Kooperiert wird mit der Grazer »Universität für Musik und darstellende Kunst«, die Kombination von Literatur und Musik hat sich als Erfolgskonzept erwiesen. Bereits zweimal, 2010 und 2011, fand in Zusammenarbeit mit steirischen NGOs wie dem für Menschenrechte aktiven »European Trainig Center« im Afro-Asiatischen Institut ein rebellischbesinnliches Programm zum Tag der Menschenrechte statt, in der die engagierten jungen MusikerInnen Pawel Shalman und Ronja aus Wien dem Programm die besondere Würze verliehen. Seit kurzem finden die Veranstaltungen im Zentrum von Graz statt, im Cafe »Stockwerkjazz« am Jakominiplatz.●

EIN INTERVIEW MIT DEM AK BIOPOLITIK

Wider den »Genetic Worldview«

CONTRASTE: Was ist der AK-Biopolitik?

AK: Der AK-Biopolitik ist aus einem Diskussionszusammenhang zur Kritik der EXPO 2000 in Hannover entstanden und existiert in seiner heutigen Zusammensetzung seit ca. 10 Jahren. Wir kommen aus unterschiedlichen, basisdemokratisch orientierten linken Zusammenhängen und halten eine grundsätzliche Systemkritik nach wie vor für zentral.

Womit befasst Ihr Euch?

Foucault fasst Biopolitik als die staatliche Politik, die auf den Bevölkerungskörper und den individuellen Körper gerichtet ist. Das waren historisch z.B. Arbeitshäuser zur Disziplinierung der einzelnen Körper der Arbeiter, also z.B. Tretmühlen, in denen bestimmte Formen von Arbeitsdisziplin überhaupt erst in die individuellen Körper eingeschrieben wurden, und das war und ist natürlich die Bevölkerungspolitik. Heute reicht das von medizinischen Diskursen, z.B. dem Präventionsdiskurs, über die medizinische individuelle Optimierung für den Arbeitsmarkt, bis hin zur Politik der Grenzregime (also Einwanderungspolitik). Alles Politiken, die darauf gerichtet sind, die einzelnen Körper und den Bevölkerungskörper für die kapitalistische Vernutzung zu optimieren.

Wir haben in den letzten Jahren primär zu medizinischen Diskursen und Politiken und zur Kritik der roten (medizinischen) Genetik gearbeitet.

Was macht Ihr aktuell?

Das letzte, was wir gemacht haben, war ein Spaßguerillaprojekt, das aber zu recht seltsamen Erfahrungen geführt hat.

Wieso?

Na ja, wir sind vom Gen-Ethischen-Informationsdienst aufgefordert worden, für ihre Jubiläumsausgabe eine satirische Seite zur Kritik aktuellen Genmarketings zu gestalten.

Unsere Idee war dann, das ganze etwas zu drehen. Die GenetikpropagandistInnen im Bereich der Medizin haben ja längst Kreide gefressen und fordern eine Art »kritische« Affirmation der Genetik. Wir haben kurzerhand den Bundesverband der Genologen gegründet, der sich gegen den Missbrauch genomischer Begrifflichkeiten und für die Förderung einer qualitativ abgesicherten Genomic ausspricht (www.genologen.de). Diese Satire ist uns auch gut gelungen, eine bayerische Genmedizinerin wollte gleich Mitglied bei uns werden. Dann wurde es aber unheimlich.

Warum, hört sich doch ganz witzig an?

Irgendwie haben alle die Satire ernst genommen und gar nicht begriffen. Satirische Artikel auf www.oekosmos.de – »Für eine ganzheitliche ökologische Genomik« (1) – und auf www.utopia.de – »Von der Public Health Genomic zur Öko Genomic« (2) –, in denen wir das genetische Gewäsch mit Ökofloskeln und Gaya-Esoterik vermischt haben, sind dort völlig unkritisch aufgenommen worden. Der Begriff Genologe, den wir erfunden haben, verbreitet sich inzwischen im Netz. Und parallel sind wir dann auf die Seiten von Prof. Angela Brandt und des Public Health Genomic Projektes der EU – www.phgen.eu/typo3/index.php – gestoßen. Die machen praktisch genau das, was wir uns satirisch ausgedacht hatten, nur meinen die das ernst.

Worum geht es da?

Auf der Oberfläche geht es darum, genetische Testverfahren und ihre Ergebnisse in praktisch alle medizinischen Behandlungen und insbesondere auch in die Prävention zu integrieren. Die Zukunftsvision der Public Health Genomic besteht darin, alle Menschen möglichst frühzeitig (am besten pränatal) mit genetischen Screenings zu erfassen und dann eine Art individuelle Genkarte zu erstellen, die Aussagen über genetische Defizite und Krankheitsdispositionen treffen soll. Die Menschen sollen von Anfang an entsprechend medikalisiert werden, bzw. mit entsprechenden disziplinatorischen Handlungsanweisungen konfrontiert werden, um diese Dispositionen auszugleichen.

Was macht das Public Health Genomic Projekt der EU konkret?

Das EU finanzierte Projekt arbeitet Empfehlungen für Rahmensetzungen und Aktionsprogramme zur Durchsetzung der Public Health Genomic auf EU Ebene aus (für: Juristische Rahmenbedingungen, Normen, Best Practice Richtlinien, Förderung, Zusammenarbeit, Marktintegration, usw.). Z.b. gibt es hier die Forderung, möglichst flächendeckende Genscreenings in die frühkindlichen medizinischen Untersuchungen zu integrieren.

Aber kommt das nicht den Menschen zugute?

Nein, der Genetic Worldview, der hier propagiert und teils auch mit staatlicher Macht durchgesetzt wird, stärkt zwei autoritäre Tendenzen massiv.

Erstens ganz trivial die Genetisierung/Biologisierung des Menschenbildes und damit Tendenzen, die wir in Deutschland aus der Rassenhygiene kennen und aktuell aus den Diskussionen um Sarrazin.

Und zweitens kommt es zu einer Verschärfung der Selbstoptimierungszwänge, die wir auch aus anderen Gesellschaftsbereichen (Bildung) kennen. Die Public Health Genomic vermittelt eine Ideologie, die besagt, dass du mit dem notwendigen genetischen Wissen bei »richtigem Verhalten« Krankheit vermeiden könntest. Die Kranken sind dann also zukünftig selber Schuld und entsprechend ist dies eine Legitimationsstrategie, ihnen die Versorgungsleistungen zu kürzen.

Aber stehen diese beiden Tendenzen nicht im Widerspruch? Für meine Biologie bin ich doch nicht verantwortlich.

Das stimmt, aber gerade diese Widersprüchlichkeit ist eine der Stärken der Propaganda, da nach Bedarf ein Wechsel zwischen diesen Positionen stattfindet. Der Trick besteht aus einer doppelten Lüge: Die erste Lüge ist, den Menschen einzureden, genetische Ursachen wären für so gut wie alles von zentraler Relevanz. Die zweite Lüge besteht darin, das darauf aufbauend die Möglichkeit einer biologisch/medizinischen Lösung aller möglichen Probleme vorgegaukelt wird.

Ich muss meine Kinder nur früh genug mit den richtigen Medikamenten usw. vollpumpen und sie entsprechend disziplinieren, dann werden sie nach dieser Ideologie nicht krank.

Wo seht Ihr dabei die Gefahr der genetischen Ausgrenzung?

Na ja, das mit der Medikalisierung und Disziplinierung wird in vielen Fällen gar nichts bringen. Dann kommt garantiert die genetisch rassistische Argumentation, dass bei diesen Menschen das Genom eben so schlecht wäre, dass nun einmal nichts zu machen wäre und es sich auch nicht lohnen würde. Außerdem wird es bei »knappen« Mitteln zu genetischen Diskriminierungen kommen.

Aber ist nicht ganz vieles vom Genom abhängig?

Nein, das ist aber auch zum Teil eine Frage danach, was eine Ursache ist, was normal ist, usw. Es gibt z.B. Schwankungen im Lungenvolumen, unter den Umweltbedingungen unter denen wir leben, sind diese Unterschiede für ein Großteil der Menschen irrelevant. Würden wir aber den Sauerstoffgehalt der Luft durch Umweltzerstörung drastisch reduzieren, könnte die Folge z.B. sein, dass nur noch die 10% mit dem maximalen Lungenvolumen überlebensfähig wären. Was würdest Du sagen, wenn jemand behaupten würde, dass die anderen 90% an krankhaftem Lungenvolumensdefizit gestorben sind?

Die Unterschiede im Genom der Menschen sind natürlicherweise vorhanden, sie zur Krankheitsursache zu erklären heißt, sie definitorisch aus einer Normalitätsnorm auszugrenzen. Dies ist eine völlig absurde Praxis der Verdrehung der Ursachen. Die Ursachen liegen in den Umwelt- und Gesellschaftsbedingungen, die die Menschen krank machen.

Wieso glauben die Menschen dann so etwas?

Die Genetik verspricht den Menschen einen Zuwachs an Handlungsoptionen. In einer Situation, in der viele aufgegeben haben, auch nur für die kleinsten politischen und sozialen Veränderungen zu kämpfen, z.B. am Arbeitsplatz, verspricht die genetische Medizin einfache biologische Lösungsmöglichkeiten. Bei Depression wirfst Du einfach die entsprechenden Pillen ein, bei entsprechender Disposition möglichst schon vorsorglich, die Mühe, deine persönlichen und die Gesellschaftsverhältnisse umzuwälzen, brauchst du dir dann nicht mehr zu machen – und alles ist gut.

Außerdem bietet die »genetic literacy« und die damit einhergehenden neuen Praxen des Umgangs mit dem eigenen Körper, die »souveräne« medizinische Selbstoptimierung, eine weitere Möglichkeit für das BürgerInnentum, sich von anderen Schichten abzugrenzen, vergleichbar den Hygienediskursen zu Beginn des 19ten Jahrhunderts. Das heißt, hier entsteht auch eine neue Praxis der Klassenabgrenzung. Deutlich wird dies z.B. im aktuellen Diskurs über die Fettleibigkeit der Unterschicht.

Eure Kritik führt ja aber noch tiefer.

Ja, bei Analyse der Hintergründe dieser EU Politik wird deutlich, dass es sich auch bei diesem Projekt um einen Teil der Lissabon-Strategie handelt. In der Lissabon-Strategie wurde als Ziel festgelegt, die EU zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum weltweit umzubauen. Im Gesundheitsbereich hat die EU deshalb als einen zentralen Maßstab für die Effizienz von Maßnahmen den Begriff der Healthy Life Years (HLY) eingeführt. Die HLY sind als Lebensjahre ohne Behinderung gefasst. Es geht dabei um die Lebenszeit, in der Menschen uneingeschränkt der Produktivität zur Verfügung stehen. Berechnet werden die HLY dadurch, dass die Lebensjahre mit einem Faktor gewichtet werden. Gesunde Lebensjahre werden auf diese Art und Weise höher bewertet als Lebensjahre mit eingeschränkter Gesundheit. Behindertes Leben wird damit als minderwertiges Leben gefasst (da nur eingeschränkt auf dem Arbeitsmarkt verwertbar).

Die Public Health Genomic Debatte bezieht sich auf diesen Maßstab. Leider haben aber auch viele Linke längst diese funktionalistische Sicht auf das Leben unter Verwertungsgesichtspunkten übernommen, deutlich wird dies z.B. in den Debatten um die PID (Präimplantations-Diagnostik).

Was sind Eure Forderungen?

Statt Healthy Life Years interessieren uns mehr die Happy Lazy Years, das heißt, wie viel selbstbestimmte freie Lebenszeit, wie viel Glück und Spaß sind das Ergebnis einer Gesellschaft? Der Maßstab der Verwertbarkeit in kapitalistischen Verhältnissen, der in den Healthy Life Years eingeschrieben ist, kann nicht unser Maßstab sein. Was nutzt uns ein langes Leben, wenn wir es in Knechtschaft und Frohn verbringen? Wir wollen dies alles aber weiter diskutieren und würden uns freuen, aus anderen Zusammenhängen zu hören, was sie dazu denken.●

1) www.oekosmos.de/artikel/details/fuer-eine-ganzheitliche-oekologische-genomik/
2) www.utopia.de/blog/oeko-genomic-public-health-genomic-fuer/von-der-publichealth-genomic-zur-oeko

Die Fragen für CONTRASTE stellte Ada Frankiewicz

»Na ja, wir sind vom Gen-Ethischen-Informationsdienst aufgefordert worden, für ihre Jubiläumsausgabe eine satirische Seite zur Kritik aktuellen Genmarketings zu gestalten.

Unsere Idee war dann, das ganze etwas zu drehen. Die Genetikpropagandistlnnen im Bereich der Medizin haben ja längst Kreide gefressen und fordern eine Art »kritische« Affirmation der Genetik. Wir haben kurzerhand den Bundesverband der Genologen gegründet, der sich gegen den Missbrauch genomischer Begrifflichkeiten und für die Förderung einer qualitativ abgesicherten Genomic ausspricht (www.genologen.de). Diese Satire ist uns auch gut gelungen, eine bayerische Genmedizinerin wollte gleich Mitglied bei uns werden. Dann wurde es aber unheimlich.«

Infos

Der AK-BioPolitik (Bremen/Hannover) arbeitet seit über zehn Jahren zur Kritik der BioPolitik (Bevölkerungspolitik / Medizin / Gentechnologie / Körperformierung-Lookism / ..). Er ist aus dem Umfeld der Zeitung »Alaska« und dem Widerstand gegen die Expo 2000 in Hannover hervorgegangen. www.lifekritik.de

Anzeige

DER POLITISCHE KRIMI

Für Anspruchsvolle, die mehr als die Bildzeitung wollen. Alle drei Monate in CONTRASTE.

Von Roman Schweidlenka ● Als die ersten Brunetti-Krimis von Donna Leon erschienen, war die Mischung von anspruchsvoller atmosphärischer Schilderung mehr oder weniger spannender Krimihandlung und der Thematisierung linker Themen etwas relativ Neues, das schnell zu großen Erfolgen führte. Inzwischen nähert sich Commissario Brunetti bald seinem zwanzigsten Fall, die feinfühligen Schilderungen venezianischer Atmosphäre in den Calli und auf den Piazzas, die die ersten Romane prägten, sind verblasst, die immer wieder etwas peinlich anmutenden Schilderungen von Brunettis Kernfamilien-Idylle haben sich erhalten. Was noch blieb sind Appetit anregende Ess- und Trinkbedürfnisse des kulinarisch gebildeten Commissarios und die Thematisierung gesellschaftskritischer Thematiken.

Ob Umweltverschmutzung, Sekten, Kunstbetrug, Rassismus – Donna Leon wird nicht müde, das Böse in der Welt anzuprangern. Markant z.B. der sechzehnte Fall des Commissario, der eigentlich kein Krimi der gewohnten Art ist, sondern eine Aneinandereihung von Schweinereien, gegen die sich Brunetti stemmt: Der illegale Handel mit Babys, der katholisch-erzkonservative Moralismus, der zu illegalen Mitteln greift, um »böse Menschen«, die z.B. schon vor der Ehe Sex praktizierten, zu outen und zu bestrafen, was oft das Leben der »Sünder« zerstörte.

Pikant in diesem Roman mit dem Titel »Lasset die Kinder zu mir kommen« ist die ätzende Schilderung des Chefs der rechtsextremen »Lega Doge«, hinter der/die LeserIn unschwer die inzwischen skandalgebeutelte Lega Nord erkennen kann. Der einen autoritären Führungsstil pflegende »Commandante«, umgeben von unterwürfigen Anhängern, ist ein Saubermann, der alles andere als sauber ist, womit er dem gängigen Typus rechtsextremer Saubermänner entspricht, deren Selbstbereicherungsskandale die Seiten der Medien füllen, bis der nächste fremdenfeindliche Polit-Napoleon die Bühne betritt.

Nun mag Donna Leon inzwischen »mainstream« sein, ihre Krimis mögen eine gewisse Abnutzung erkennen lassen – ihre Geißelung gesellschaftlicher Missstände und ihre Charakterisierung rechtslastiger Organisationen und Personen bleiben ein Lesevergnügen.●

Donna Leon: Lasset die Kinder zu mir kommen. 368 S., 10,90 EUR (und weitere Titel), alle im Diogenes Verlag.

GEGENÖFFENTLICHKEIT

MEDIEN

Warum ausgerechnet Schreiben?

Vom Sinn des Schreibens und vom Wunder CONTRASTE

Manchmal frage ich mich, was ich da eigentlich tue, wenn ich mal wieder einen langen Abend am Computer verbringe und um Worte ringe, oder Artikel anderer AutorInnen bearbeite, satt und komfortabel im Warmen bei einem Glas Rotwein.

Von Elisabeth Voß, Berlin ● Kann ich es vor mir selbst verantworten, unzählige Stunden meines Lebens so behaglich zu verbringen, nur um mit dem Ergebnis die Lebenszeit anderer – der LeserInnen – zu beanspruchen? Ist das mein Beitrag zur dringend notwendigen Veränderung der Welt? Wie eitel und selbstbezogen ist meine Schreibe? Rückzug und Besserwisserei, oder Engagement und Intervention? Kann ich schreibend – oder redend, wenn ich als Referentin eingeladen werde – gesellschaftliche Verhältnisse verändern?

Seit ich in den Wechseljahren bin, stelle ich mir solche grundlegenden Fragen über Sinn und Ziel meines Lebens zunehmend – ähnlich wie vor langer Zeit in der Pubertät. Allerdings mit dem feinen, aber entscheidenden Unterschied, dass damals ein gefühlt endloses Leben vor mir lag, in dem so vieles möglich schien, während ich heute weiß, dass das, was ich noch vor mir habe, unweigerlich immer kürzer wird im Verhältnis zu dem, was ich bereits gelebt habe. Sterben ist nicht nur eine Frage des Alters, es kann jede und jeden in jedem Moment treffen, unverhofft auf einen Schlag oder als Erlösung von langem Leiden. Aber mit zunehmendem Alter kommt es näher. Noch sind es mehr Geburtstage als Beerdigungen, zu denen ich die mir Nahestehenden treffe, aber das Verhältnis verschiebt sich zusehends. Dabei ist es doch noch gar nicht lange her, dass mir 50jährige uralt erschienen, aber heute feiern wir 60. und 70. Geburtstage.

Welch Privileg, immer noch zu leben, und so gut zu leben, trotz allem. Ich kann auf die Straße gehen ohne fürchten zu müssen, erschossen zu werden. Wenn ich mich von meinen Kindern oder FreundInnen verabschiede, habe ich das sichere Gefühl, sie bei einer nächsten Gelegenheit wieder zu sehen. Das ist nicht selbstverständlich. Für viele Menschen auf dieser Welt ist der Tod durch gewalttätige Ereignisse ein täglicher Begleiter. 10 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg, rassistischer oder politischer Verfolgung, Klimakatastrophen, Hunger und Perspektivlosigkeit. Eine Milliarde Menschen hungern, und jeden Tag sterben 24.000 von ihnen daran, eine Kleinstadt, einfach ausgeixt. Wären sie weiß, ginge mit Sicherheit ein Aufschrei durch die Welt. Stattdessen schrie die deutsche Presse in den vergangenen Jahren sensationsheischend wegen Schweinegrippe oder EHEC. Von den Verkehrstoten wird allerdings geschwiegen, von den Toten im Mittelmeer sowieso, die nichts anderes wollen als wir auch: einfach leben.

Das ist nicht gerecht! Dieses Gefühl hatte ich zuletzt so intensiv als Jugendliche, mit 15 oder 16 Jahren, als ich nach einem Besuch des Theaterstücks »Und sie legen den Blumen Handschellen an« von Fernando Arrabal davon träumte, den spanischen Diktator Franco zu ermorden. Das schien mir eine Tat, die meinem Leben Sinn geben könnte. Bevor ich das erste Mal nach Spanien kam, war der Faschist bereits gestorben. Heute träume ich nicht mehr vom Tyrannenmord, habe den Wert der bedingungslosen Anerkennung der körperlichen Integrität ausnahmslos jeder Person wertschätzen gelernt, als Frau, die sich viele Jahre ihres Lebens verletzlich fühlte, verletzt wurde, als junge Frau nicht einmal verstand, was geschah.

Schreibend durch die Jahrzehnte

Dass angesichts des Elends der Welt meine Möglichkeiten sehr begrenzt sind, ist eine banale Einsicht, seit ich denken kann. Einer meiner bescheidenen Versuche, mich politisch einzumischen, ist das Schreiben. Anfang der 1970er Jahre sporadisch in der Jugendzeitschrift »Signal« der Freien Deutschen Jugend Westberlin (das Pendant zur SDAJ in Westdeutschland), dann 1978 – damals, als wir noch jedes Exemplar einzeln von der Matritze rollen mussten – die »Normalzeitung«, die sich unter dem Motto »We want the world and we want it now« als »Obergrundzeitung von/für uns« verstand, ein kleines Mitteilungsblatt für FreundInnen, das eigentlich ein Hausprojekt begründen sollte, aber nach der Nullnummer wieder verschwand.

Kurz darauf, während des Studiums an der Berliner Fachhochschule für Wirtschaft, war ich zeitweilig Autorin und Mitherausgeberin der »emotion«, die ein Teil der Aktivitäten unserer Wilhelm-Reich-Initiative war, neben Veranstaltungen und ersten KörpertherapieWorkshops. Später dann schrieb ich im »Nadelöhr«, dem Mitteilungsblatt, mit dem einige frühere AktivistInnen des legendären selbstorganisierten Alternativen Umweltfestivals Berlin (1978) 10 Jahre danach versuchten, den Kontakt mit ihren ehemaligen MitstreiterInnen zu pflegen.

Ende der 1980er war ich auf der Suche nach kollektiven Lebens- und Arbeitszusammenhängen und fand (stattdessen) die passenden Zeitungen dafür. Die »Ökodorf Informationen« des Informationsdienst Ökodorf verstanden sich als fundamental gesellschaftskritisch in dem Sinne, dass sie Lebensformen anstrebten, die auf umfassender Selbstversorgung und weitgehender Abkoppelung vom Markt basierten. Eine Zeit lang hing ich diesen radikalökologisch begründeten Ideen an, ohne meine Alltagspraxis wesentlich zu verändern. Später landete ich im Projekt A / »WESPE – Werk selbstverwalteter Projekte und Einrichtungen« in Neustadt/Weinstraße, aber das ist eine andere Geschichte.

Im Zuge meiner Ökodorf- und Kommuneaktivitäten kam ich auch zur »Eurotopia – Zeitschrift für das Leben in Gemeinschaft« (später Beilage der »Kurskontakte«, deren MacherInnen heute die »Oya« herausgeben), die hatte jedoch eine so unkritische Offenheit für esoterische Gemeinschaften, dass ich die Redaktion bald wieder verließ.

Schreiben war für mich immer eingebettet in soziale Zusammenhänge, in mehr oder weniger lose Gruppen oder Netzwerke, mit denen ich gemeinsam versucht habe, etwas zu erreichen. Daher habe ich auch nie eine distanzierte, und (zumindest vom Anspruch her) objektive journalistische Schreibe angestrebt. Stattdessen ging es mir immer darum, Ideen für eine andere Welt zu verbreiten und praktische Projekte, die schon heute versuchen, utopische Vorstellungen umzusetzen, zu unterstützen.

Folgerichtig bin ich dann Ende der 1980er Jahre bei CONTRASTE gelandet.

Seit über 20 Jahren bin ich nun schon – mit wechselnder Intensität und immer neben den vielen anderen Dingen, die ich so tue – Redakteurin der CONTRASTE: »Meine« Zeitung, die bundesweit einzige Monatszeitung für Selbstorganisation, klein und randständig, im Medienmarkt fast untergehend und immer kurz vor dem Abgrund, wenn uns nicht Spenden regelmäßig vor dem Aus retten würden. CONTRASTE ist kein Job, es gibt kein Geld für die Arbeit, sie ist eine Herausforderung. Eigene Texte sind klasse, die entwickeln und pflegen den eigenen Namen, schaffen Zugänge für andere Veröffentlichungen, Seminare, Vorträge usw. Aber redaktionelle Arbeit ist natürlich viel mehr: Wenn ich unterwegs bin, bei Veranstaltungen oder zu Besuch bei Projekten, habe ich CONTRASTE immer dabei. Meist einen Rucksack voller Werbeexemplare, die ich gegen Spende abgebe, vielleicht ein Flyer.

Raus aus der Nische?

CONTRASTE kann in ihrer Nische nur mühsam existieren. Diese Nische ist aber nicht nur prekär, sondern leider auch nur begrenzt sichtbar. Aber gibt es nicht auch in der Begrenztheit Unterschiede zwischen dem Rückzug in die Kuscheligkeit, beim Schreiben für eine Szene, in der »wir« uns weitgehend einig sind, und dem Versuch, mich dem kalten Wind gesellschaftlicher Realitäten und möglicher Ablehnungen auszusetzen? Letzteres vielleicht mit der Chance, Menschen zu erreichen, die bisher mit meinen Themen – Selbstverwaltung und Solidarische Ökonomie – nicht viel anfangen können?

Wäre nicht gerade das eine spannende Herausforderung? Mit Frau Meier und Herrn Müller von nebenan zu diskutieren, wie die Welt funktionieren könnte, wenn da nicht schon immer wer da wäre, der oder die sagt, wo es lang geht? Und mit ihnen von diesen Alltagsbeobachtungen ausgehend herauszuarbeiten, welche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systeme dazu führen, dass die Ungerechtigkeiten auf der Welt immer mehr zunehmen? Und dann zu überlegen, welche anderen Systeme wir bräuchten, uns umzuschauen, wo es bereits Ansätze dazu gibt und selbst gemeinsam Schritte zu einer systemverändernden Praxis zu gehen?

Und das alles nicht abstrakt, sondern konkret am eigenen Leben ansetzend. Vielleicht mal über Wohn-Wünsche zu sprechen mit denen, die in ihren Hartz-IV-kompatiblen Einzimmerwohnungen oder in ihren Ein-Familien-Reihenhäuschen glücklich oder unglücklich sind, wer weiß? Nicht gleich unhinterfragt von der Höherwertigkeit des autonomen, kollektiven und selbstverwalteten Wohnens auszugehen, sondern den kleinen Träumen vom Privaten, Familiären, ein ebenso selbstverständliches Recht einzuräumen?

Warum sitze ich und schreibe darüber, wie in Betrieben und Projekten das selbstverwaltete Leben funktioniert, statt meine Kenntnisse und Fähigkeiten ganz praktisch mit denen umzusetzen, die allein dazu nicht in der Lage sind? Wie erreichen wir die Entmutigten, an den Rand Gedrängten, die Armen, die Flüchtlinge, die perspektivlosen Kids? Und was kann eine kleine Zeitung dafür tun? Welche gesellschaftliche Relevanz hat CONTRASTE oder könnte sie haben, und was müssten wir vielleicht dafür tun?

Bei allen Zweifeln bin ich mir allerdings sicher, dass in den Konzepten und Erfahrungen von Selbstorganisation und Selbstverwaltung Antworten liegen, die die Gesellschaft brauchen könnte. Immerhin gibt es eine ganze Bandbreite von real existierenden Beispielen dafür, dass es durchaus möglich ist, den herrschenden Verhältnissen ein Schnippchen zu schlagen, sich jenseits von Gewinnstreben und Konkurrenz zusammen zu tun und gemeinsam etwas wirtschaftlich Tragfähiges auf die Beine zu stellen.

Das Wunder am Leben erhalten

Für mich ist CONTRASTE eins der Wunder dieser Welt. Dieses Wunder besteht darin, dass sie überhaupt noch existiert. Gleich zu Beginn ist sie der drohenden Namensverwechslungsklage des »Handelsblatt« als »Wandelsblatt« entgangen, sie hat die Aufkündigung der Zusammenarbeit mit der Ökobank überstanden und viele innere Zerreißproben überlebt – leider mit menschlichen Verlusten, aber trotz allem als Projekt mit einem kleinen, feinen Stamm von RedakteurInnen, einem solidarischen Umfeld von Projekten und Einzelpersonen, die ihre Inhalte einbringen und auf unsere Hilferufe mit Spenden reagieren, und mit – leider viel zu wenigen – treuen LeserInnen und AbonnentInnen.

Wir schaffen es immer wieder, aus einem Mangel an zeitlichen und finanziellen Kapazitäten eine Fülle an informativen und anregenden Inhalten zusammenzustellen, als kleine Auswahl aus den vielen, zunehmend breiter werdenden Bewegungen selbstorganisierter und anders wirtschaftender Initiativen und Projekte. Immer wieder kommt es dabei zu Situationen von Stress und Überforderung, wenn im letzten Moment Zusagen nicht eingehalten werden oder das Leben der RedakteurInnen gerade andere Prioritäten erzwingt.

Und trotzdem gelingt es immer wieder! Das empfinde ich als etwas ganz Wertvolles, gleichzeitig habe ich immer die Sorge, dass es uns irgendwann nicht mehr gelingen könnte, und dass es eines Tages zu eng wird... Oft höre ich von Älteren erstaunte Sätze wie: »Ach, es gibt CONTRASTE immer noch?« oder: »Das ist ja toll, früher war ich auch mal AbonnentIn.« Da schwingt meist eine Menge Anerkennung mit. Jüngere reagieren eher so: »Da stehen Sachen drin, die habe ich noch nie woanders gelesen«, oder: »So was gibt es? Das habe ich mir schon lange gewünscht.« Warme Worte tun wohl und motivieren, ohne Zweifel. Aber wenn sie nicht irgendwann auch zur ökonomischen Anerkennung in Form eines Abonnements unserer Zeitung führen, dann haben wir – sowohl die CONTRASTE-MacherInnen, als auch die interessierten LeserInnen – ein ernstes Problem, denn ohne einen stabilen Stamm an AbonnentInnen ist CONTRASTE auf Dauer nicht zu erhalten. Ebenso wichtig ist es, dass mehr Menschen bereit sind, tätige Verantwortung für CONTRASTE zu übernehmen, und sich in die Arbeit der Redaktion einzubringen. Mag sein, dass wir Alteingesessenen nicht immer so zugänglich wirken, wie wir es gerne wären, wir sind aber mit Sicherheit kein eingeschworener monolithischer Block, sondern eher ein bunter Haufen versprengter Individuen mit ihren je eigenen Vorlieben und Empfindlichkeiten, und grundsätzlich mit großer Offenheit für neue MitstreiterInnen.●

Dieser Text erschien in einer längeren Fassung in der Doku zur Linken MedienAkademie LiMA) 2011:
Franziska Dähn / Bernd Hüttner / Christoph Nitz (Hrsg.): Grenzenlose Medien. GegenÖffentlichkeit, VSA Verlag, Hamburg, 2012, 210 Seiten, 16,80 EUR.
www.vsa-verlag.de/index.php?id=6576&tx_ttnews[tt_news]=13597

Er kann hier online gelesen werden:
http://elis-voss.de/contraste/2011-LiMA-Voss.pdf

MEDIENGENOSSENSCHAFT OYA

MEDIEN

»Alle für Alle«:

Optimismus als Geschäftskonzept – und als thematische Ausrichtung

Seit 2010 erscheint alle zwei Monate die Zeitschrift »Oya« als vierfarbiges Magazin in einem Umfang von rund 90 Seiten. Das Besondere: Oya wird von einer Lesergenossenschaft, der »Oya Medien eG«, getragen. Der Grundgedanke der Genossenschaft ist die Selbsthilfe »Alle für Alle«. Die ersten Schritte ohne Abhängigkeit vom großen Geld, mit Hilfe der ersten Genossenschaftsmitglieder, wurden gemacht. Aber kann es wirklich gelingen, neben der »taz« und der »jungen welt«, eine weitere Mediengenossenschaft in der deutschen Printmedienlandschaft zu positionieren, bei der die Geschäftsanteile einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung leisten?

Von Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die »Mediengenossenschaft Oya« versteht sich als Trägerin eines kulturkreativen Zeitschriftenprojekts. Konzeption und die Herstellung der ersten Ausgabe – erschienen Ende Februar 2010 – wurde durch die Zeichnung von 150 Genossenschaftsanteilen ermöglicht. Seitdem wächst die Genossenschaft. Ende des Jahres 2011 waren es 284 Mitglieder, die insgesamt 522 Anteile in Höhe von 200 Euro, also ein Genossenschaftskapital von 104.400 Euro aufgebracht haben.

Kulturkreative Zeitschrift

Der Name der Zeitschrift lautet »Oya«. Die Unterzeile erläutert: »anders denken, anders leben«. »Oya« – ist kurz, relativ ungewöhnlich und wirkt einprägsam. In vielen Sprachen haben die drei Buchstaben eine eigene Bedeutung. Beispielsweise ist Oyá im Glauben der nigerianischen Yoruba die Göttin der Transformation. Sie fegt als »Wind des Wandels« über veraltete Strukturen hinweg und lässt dort, wo Ungerechtigkeit und Unterdrückung herrschen, keinen Stein auf dem anderen. Dabei ist sie stets der Wahrheit und Gerechtigkeit verpflichtet. Der Name Oyá symbolisiert damit genau das, was die Redakteure für ihre kulturkreative Zeitschrift gesucht haben. Was zeichnet diese aber sonst noch aus?

- »Oya« erscheint in einem frischen, lebendigen Layout mit einprägsamen Fotos auf einem hochwertigen, ökologischen Papier im Magazin-Format.
- »Oya« enthält ausgewählte Veranstaltungshinweise sowie Buch- und Kulturtipps aus dem kulturkreativen Spektrum.
- »Oya« berichtet über wechselnde Schwerpunktthemen, die zahlreiche Reportagen, Interviews und Gespräche enthalten.

Wirtschaftliche Grundlagen

Damit das Ganze ins Laufen kam, wurde im ersten Jahr ein erheblicher Teil der Leistungen der Redaktion und des Grafik-Teams nicht berechnet. Auch für Leserservice, Akquisition und Verwaltung werden bisher eher symbolische Beträge bezahlt. Hier unterstützt die »Human Touch Medienproduktion GmbH« in Klein Jasedow den Start der Zeitschrift. Auch für viele Artikel, Fotos und Illustrationen bezahlt »Oya« bis heute nur geringe Honorare. Gegenwärtig kann »Oya« bereits auf einen kontinuierlichen Abo-Umsatz aufbauen und möchte deshalb zukünftig alle Leistungen angemessener bezahlen, auch wenn noch immer auf einen erheblichen Teil der Honorare verzichtet wird. Damit das Jahr 2012 mit einem ausgeglichenen Budget endet, werden 172 neue Anteile für die »Oya«-Genossenschaft gesucht. Bisher sind davon ungefähr 100 zusammen.

Doch nicht nur finanziell unterstützen die Genossenschaftsmitglieder das Projekt. Sie geben auch Anregungen für die wirtschaftliche wie inhaltliche Weiterentwicklung der Zeitschrift und helfen vor Ort, wenn es um die Organisation von »Oya-Tagen« geht. Diese bieten LeserInnen, AutorInnen und den Mitgliedern der Redaktion Gelegenheit zu Austausch und persönlichem Kennenlernen. Die Initiatoren wollen nicht vom Anzeigengeschäft abhängig sein. Deshalb ist für die wirtschaftliche Entwicklung nur ein moderater Anzeigenumsatz kalkuliert. Den größten Teil des Umsatzes bestimmen die Abos. Der aktuell geplante Zuwachs ist aus den Erfahrungen der Vorjahre und der bisherigen Entwicklung im Jahr 2012 abgeleitet. Für 2013 bis 2015 wird von einer etwas flacheren Wachstumskurve ausgegangen. Das Potenzial liegt geschätzt mittelfristig bei 6.000 möglichen Abonnenten. Der Verkauf im Bahnhofskiosk wird nur als kleines Zubrot gesehen.

Optimistische Prognose

Die Kosten gliedern sich in zwei Bereiche: zum einen die Herstellung, die Druckkosten und Honorare für die kreativen Leistungen wie Autoren- und Fotohonorare sowie die Leistung des Redaktions- und Grafik-Teams umfasst. Der zweite Bereich umfasst Vertrieb und Verwaltung. Hier machen die Porto- und Frachtkosten den größten Anteil aus, der Rest sind die Beiträge für Leserservice, Akquise, Marketing und Administration. Diese Dienstleistungen werden von Mitarbeitern der »Human Touch Medienproduktion« erbracht. Die »Human Touch GmbH« arbeitet zu einem Freundschaftspreis, der mit steigendem Umsatz der »Oya Medien eG« wachsen soll – ebenso wie die Honorare für die kreativen Leistungen.

Bei einer vorsichtigen Schätzung kann »Oya« ab dem Jahr 2014 ein ausgeglichenes Budget aufweisen. Das Ziel ist kein Gewinn, sondern die Verbreitung der Inhalte der Zeitschrift, eine angemessene Honorierung aller Beteiligten und die Förderung des gesellschaftlichen Wandels. Sollte in der Zukunft ein Gewinn erzielt werden, ist es die Sache der Generalversammlung, zu entscheiden, wie das über die gesetzlichen Rücklagen hinausgehende Kapital verwendet wird: zum Beispiel für weitere Marketing-Aktivitäten, zur Förderung gemeinnütziger Projekte oder für die Organisation von Veranstaltungen, die »Oya«-Diskussionen in die Gesellschaft hineintragen. Bis dahin ist es freilich noch ein weiter Weg.

Kommunitärer Projekthintergrund

Das Zeitschriftenprojekt ist in einen kommunitären Projektzusammhang eingebettet. Die Lebensgemeinschaft, die sich 1997 in Klein Jasedow in Mecklenburg Vorpommern angesiedelt hat, existiert insgesamt seit 35 Jahren und ist damit wohl eine der ältesten Wahlgemeinschaften in Deutschland, in der die Gründer heute noch zusammenleben. In den 15 Jahren intensiver Aufbauarbeit entstanden im Dorf und seiner Umgebung eine Vielzahl an gemeinnützigen Initiativen und Wirtschaftsbetrieben. Außer einer Medienproduktion, die Zeitschriften, Bücher, IT-Dienstleistungen und ein Tonstudio umfasst, hat die »Europäische Akademie der Heilenden Künste« ein Klanghaus eingerichtet, das nicht nur Studiengänge für Musiktherapie beherbergt, sondern auch zu einem kulturellen Zentrum für die Region geworden ist. Eine zweite Genossenschaft, der »Kräutergarten Pommerland«, befindet sich im Nachbardorf.

Titel Oya Mai/Juni 2011

Die Zeitschrift wird inhaltlich vorwiegend von vier Redakteuren aus Klein Jasedow sowie fünf weiteren aus verschiedenen Orten in Deutschland erstellt. Zwei von ihnen, Dieter Halbach und Wolfram Nolte, sind Mitbegründer des »Ökodorf Sieben Linden«. »Oya« will mit ihren Themen einen gesellschaftlichen Wandel kraftvoll unterstützen. Mit viel Optimismus befasst sich die Zeitschrift mit Zeitfragen wie:

- Wo finden wir ermutigende Beispiele zukunftsfähiger Lebensweisen?
- Wie kann sich eine nachhaltige Wirtschaft gestalten, die das Leben fördert, statt Mensch und Natur auszubeuten?
- Wie verbinden sich gesellschaftliches Engagement und persönliches Wachstum?
- Welchen Werten folgt eine lebensfördernde Kultur?
- Welchen Fakten müssen die Menschen heute ins Auge sehen, und welche Utopien treiben sie an?

Das Produktionsteam in Klein Jasedow freut sich: Die aktuelle Oya ist gedruckt! Foto: www.humantouch.de

Inhaltliche Ausrichtung

Noch werden viele Impulse hin zu Veränderungen der Gesellschaft in voneinander getrennten Netzwerken diskutiert und erprobt. Laut der verantwortlichen Redakteurin Lara Malien macht sich kaum jemand bewusst, welcher Reichtum an Praxis und Ideen bereits vorhanden ist: »Es fehlt das zusammenführende Fundament, auf dem das Gesamtbild des Neuen entworfen und in seiner Verwirklichung unterstützt werden kann.« Hier setzt die Zeitschrift »Oya« an. »Oya« will in die Zivilgesellschaft hineinwirken und jenseits aller Szenen mit dem nötigen Ernst und einer gesunden Skepsis und viel Optimismus Menschen unterstützen, gemeinsam die Zukunft zu gestalten.

In »Oya« wird versucht, Menschen und Projekte darzustellen, die sich engagieren ein »gutes Leben« zu realisieren, ob in einem Nachbarschafts-Netzwerk oder Ökodorf, in einem sozialen Unternehmen oder einem regionalen Wirtschaftsnetz, in einer Wildnisschule, in einem interkulturellen Garten oder einem selbstorganisierten Stadtteilprojekt. Ohne einseitige Festlegungen auf bestimmte Szenen oder Ideologien oder Insel-Lösungen sollen Menschen und Orte dargestellt werden, die aktiv in die Gesellschaft hineinwirken. Die MacherInnen der Zeitschrift interessieren engagierte Menschen aus den verschiedensten sozialen Bewegungen. Sie wollen das Engagement von Praktikerinnen und Praktikern ebenso wie Denkerinnen und Denker darstellen, die bereit sind, den westlichen Lebensstil radikal zu hinterfragen, und die nicht davon ausgehen, dass schon alles gut wird, wenn man ein bisschen im Bioladen einkauft.

Jede Ausgabe hat einen Schwerpunkt. Damit gehen die Verantwortlichen das Risiko ein, dass einige Leserinnen und Leser von einer Ausgabe sehr begeistert sind und sich über die nächste ärgern. Anders ist es aber nicht möglich, Themen tiefer zu erschließen. Über nur ein paar wenige Beiträge wäre dies nicht machbar. Bei einer offenen Herangehensweise an ein Thema ist es notwendig, verschiedene Lösungswege aufzuzeigen. Dies lässt sich nur über eine gewisse Vielfalt hinbekommen. Mit Hilfe von Themenheften kann dies leichter realisiert werden. In diesen werden mehrere Perspektiven verdeutlicht. Auch gibt es Platz für praktische Beispiele und Porträts – aber auch für nachdenkliche, vertiefende Essays.

Die ersten Ausgaben zu Themen wie »Gemeingüter«, »Aussteiger und Einsteiger« und »Solidarisch wirtschaften«, »Wildnis« oder »Selbermachen« stießen auf hohes Interesse. Inzwischen sind 15 Ausgaben von »Oya« erschienen. Überleben wird »Oya« allerdings nur, wenn sie weitere Abonnenten und Genossenschaftsmitglieder findet: Auf der Internetseite stehen als PDF-Download die Satzung der Genossenschaft, ein zusammengefasster Geschäftsplan für »Oya« sowie eine Beitrittserklärung – vielleicht gibt es ja bald ausreichend viele lesende MediengenossenschaftlerInnen?●

Info

Das »Oya«-Standard-Abo ist für 36 Euro zu bekommen, für Geringverdiener gibt es einen Preisnachlass auf 26 Euro. Außerdem kann »Oya« durch Förderabos ab 60 Euro unterstützt werden.

Regelmäßig werden 10.000 Exemplare aufgelegt, von denen etwa 3.000 an Abonnenten verschickt werden. Rund 2.000 gehen in den Bahnhofsbuchhandel, der Rest wird als Probehefte verschickt und auf Veranstaltungen oder auf Messen ausgelegt.

Mittlerweile – im August 2012 – gibt es über 312 Genossenschaftsmitglieder, die mehr als 120.000 Euro in den Aufbau des Projekts gesteckt haben.

www.oya-online.de

BEWEGUNG MACHT FERNSEHEN

MEDIEN

»Taktische Medien sind immer involviert«

Die Bewegung in Stuttgart hat sich im Widerstand gegen das verkehrstechnisch rückwärtsgewandte Bahnprojekt »Stuttgart 21« kraftvoll entwickelt. Immer mehr Menschen realisierten die Tricksereien von Bahn und schwarzem Lokalfilz sowie die mit diesem Projekt verbundene, massive Umverteilung von unten nach oben hin zu den Immobilienspekulanten und ihrem Umfeld. Ohne unterschiedliche Projekte neuer Medien wäre die Geschichte des Widerstands jedoch anders verlaufen. Ein Rückblick auf die Entwicklungen am Beispiel des Internet-Senders »fluegel.tv«.

Umzug der zweijährigen Dauer-Mahnwache am Bahnhof Stuttgart wird zur Demo: »Uns werdet Ihr nicht los – wir Euch schon!«

Foto: Alexander Schäfer, www.schaeferweltweit.de

Von Peter Streiff, Redaktion Stuttgart ● Auch zwei Jahre nach dem Schwarzen Donnerstag – der brutalen Polizeiaktion gegen eine angemeldete Demonstration von SchülerInnen mit über 300 Verletzten – lebt die Bewegung in Stuttgart immer noch und ist beeindruckend groß, vielfältig und kreativ. Bevor es um die Geschichte(n) eines bewegungsnahen Internet-Senders geht, hier einige Punkte, die die Mängel des Projekts charakterisieren und die für den Widerstand relevant sind:

- 1994 werden der Öffentlichkeit erstmals Pläne vorgestellt, den oberirdischen Stuttgarter Kopfbahnhof komplett in einen unterirdischen Durchgangsbahnhof umzubauen.
- Kritisiert werden die massiv zu hohen Kosten für einen zu geringen Nutzen sowie die Risiken für die Stuttgarter Mineralwasserquellen.
- 2007 wurde ein Bürgerbegehren in Stuttgart mit 60.000 Unterschriften gegen das Projekt für unzulässig erklärt.
- Inzwischen ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass Stuttgart 21 ein – gesetzeswidriger –Rückbau der Infrastruktur wäre.
- Die Planfeststellung des Kernstücks am Flughafen fehlt seit 10 Jahren.
- Der Widerstand hat sowohl Stresstest, Schlichtung, Volksabstimmung und neuerdings FilderDialog als Farce entlarvt.
- Von der grün-roten Landesregierung fehlen ernst zu nehmende Zeichen, dem DB-Konzern entgegentreten zu wollen, obwohl ein erheblicher Finanzierungsanteil aus der Landeskasse in das Projekt fließen soll.

Der Protest richtet sich mittlerweile nicht nur gegen das Bahnprojekt, sondern gegen viele andere Missstände. Für den Regisseur Volker Lösch – einer der bekannten Köpfe des Widerstands und mitreißender Redner – ist die Bewegung der Ausdruck eines Unbehagens, einer Empörung gegen die bestehenden Verhältnisse. Im Februar 2012 sprach er mit dem Bezug zu den Occupy-Protesten vielen DemonstrantInnen auf dem Stuttgarter Marktplatz aus dem Herzen: »Denn dass das destruktive Projekt Stuttgart 21 gebaut werden soll, ist kein Betriebsunfall einer ansonsten blendend funktionierenden Gesellschaft. Es ist ein herausragendes Symptom einer Gesellschaft in der Krise. Zu dieser Krise gehört aber auch die voranschreitende Verschlechterung der Lebenssituation großer Teile der Bevölkerung durch so genannte Spareffekte zur Finanzierung milliardenschwerer Bankenrettungsschirme.«

»fluegel.tv« als Teil der Veränderung

Nach bald drei Jahren Demonstrationen, Widerstandsaktionen und dem Wachsen einer breit abgestützten Bewegung haben sich in Stuttgart eine ganze Reihe unterschiedlicher Medien aus dem Widerstand oder parallel dazu entwickelt (vgl. Bewegung und ihre Medien). Um der entstandenen Dynamik und dem Wechselspiel zwischen Demos und Aktionen auf der Straße sowie der Entwicklung von Medien näher zu kommen, soll das Beispiel fluegel.tv beleuchtet werden. Die nachfolgenden Zitate stammen aus einem Beitrag in »Soziale Bewegungen und Social Media« (* / vgl. auch CONTRASTE, Januar 2012), verfasst von fluegel.tv-MitstreiterInnen:

»Angefangen hat das Projekt Anfang August 2010 mit der spontanen Eingebung von Robert (Initiator von 'fluegel.tv'), seine Büro-Webcam in das Fenster zu stellen und in die Richtung auf den Stuttgarter Hauptbahnhof zu drehen. Die Webcam beginnt das heftig umstrittene Geschehen vor Ort zu dokumentieren und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche. Die Webcam blickt auf den Nordflügel des Bahnhofs, der zu diesem Zeitpunkt gerade mit einem Bauzaun versehen und trotz heftigsten Bürgerprotesten später abgerissen wird.« Das Interesse an den Live-Bildern war enorm: Zu Spitzenzeiten schalteten sich bis zu 500.000 ZuseherInnen aus sämtlichen Regionen der Erde zu, darunter viele Exil-StuttgarterInnen. »Der Internet-Sender 'fluegel.tv' ist geboren – und wächst rasch zu einem Sprachrohr der zivilen Protestbewegung gegen Stuttgart 21. In kurzen Zeitabständen aktualisiert die Webcam das Bild der Szenerie, sichtbar auf einer eigens eingerichteten ersten Website. Am 5. August 2010 veröffentlicht Robert die Webadresse mit einem kurzen Eintrag auf einer der wichtigsten Kommunikationsplattformen der Stuttgarter Protestbewegung, dem Parkschützerforum: www.parkschuetzer.de.

Gleich in den ersten Tagen geht der Server aufgrund der hohen Zugriffszahlen in die Knie. Das 'Nordflügel-TV' wird auf die Server von ustream.tv übersiedelt, einer Web 2.0-Plattform, über die schon ein dreiviertel Jahr früher viele unibrennt-Live-Streams gelaufen sind. Die Foto-Webcam wird gegen zwei Live-Stream Kameras ausgetauscht, die von da an das Geschehen ununterbrochen per Videostream mitverfolgbar machen. Diesen Entwicklungen folgt bald eine eigens neu gestaltete Website – seither unter der Adresse www.fluegel.tv zu finden.«

»Als uns in Stuttgart ein taktisches Medium passiert ist«

Zur Rolle von »fluegel.tv« innerhalb der Bewegung schrieben die MacherInnen etwa vor einem Jahr: »'fluegel.tv' entsprang anfänglich nicht dem Anspruch und hatte nicht das strategische Konzept, ein alternatives Medienprojekt in Opposition zu Mainstream-Medien sein zu wollen. Das Projekt ist aufgrund der Umstände und Geschehnisse in Stuttgart entstanden und ist nicht mehr als die Antwort auf eine konkrete Situation zu einem konkreten Zeitpunkt. Dementsprechend unsystematisch stellen sich die gesendeten Formate dar. Bis auf wenige Ausnahmen wird spontan entschieden, was gemacht wird.

Die rund 20 Aktiven organisieren sich basisdemokratisch und meist über einen gemeinsamen Mail-Verteiler. Jeder kann Vorschläge einbringen oder Einspruch erheben. Nicht gehört wird nur, wer schweigt. Sind die Fragen rund um Projektleitung, Kamera, Ton, Moderation oder andere Notwendigkeiten geklärt, wird auch schon umgesetzt. Während sich öffentlich-rechtliche und private Sender an Sendezeiten zu halten haben, bleiben bei 'fluegel.tv'-Sendungen ungeschnitten und oft auch unkommentiert. Unsere Idee hinter dieser Praxis ist, der demokratischen, selbstverantwortlichen Entscheidungsfindung Material und Unterstützung zu geben.«

Erfolgreicher Druck von der Basis

Im Oktober nach dem schwarzen Donnerstag wurde in so genannten Schlichtungsgesprächen zwischen den GegnerInnen und BefürworterInnen des Bahnhofprojekts unter der Leitung des Ex-CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler verhandelt. Anfangs erhielt »fluegel.tv« die Zusage, die sechs Schlichtungsrunden live übertragen zu können. Doch kurz vor Beginn sollte es doch nicht sein, wie sich die MacherInnen erinnerten:

»Als drei Tage vor dem Termin die Zusage zurückgezogen wird und nur der Südwestrundfunk (SWR) und Phoenix zugelassen werden sollen, kommt es zu einem Aufstand der 'Parkschützer'. Unter anderem wird die Protestmeldung auf parkschuetzer.de innerhalb weniger Stunden knapp 500 Mal kommentiert, mit unmissverständlich einhelligem Tenor. Die Solidarität ist erstaunlich. Aufgrund des deutlichen Protestes innerhalb der Protestbewegung wird die Entscheidung einen Tag später zurückgenommen und »fluegel.tv« kann übertragen. Hier war zu merken, dass der Druck von der Basis, von unten, von der Parkschützerseite doch einiges bewirken und verändern kann. Der Zuspruch wird zudem via Twitter und vor allem Facebook sichtbar.«

Engagement und Selbstorganisation

Von der breiten Öffentlichkeit in der Stadt wohl als »Kanal der DemonstrantInnen« wahrgenommen, war und ist es »fluegel.tv« jedoch wichtig, auch innerhalb der heterogenen Bewegung unabhängig zu sein: »Obgleich die Entstehung des Senders dem Zusammenschluss einiger S21-Kritiker zu verdanken ist, herrscht unter den AktivistInnen von 'fluegel.tv' große Einigkeit darüber, dass eine möglichst weitreichende Eigenständigkeit bestehen bleiben muss. Es gibt keine direkten wirtschaftlichen oder politischen Abhängigkeiten, der Sender arbeitet allein mit Spenden, ehrenamtlichem Engagement und der Selbstorganisation der Aktiven.«

Und zu Ihrem Selbstverständnis schreiben sie: »Das Team von 'fluegel.tv' hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen Teil zur Demokratisierung der Gesellschaft beizutragen, indem Diskussionen, Kongresse, Demonstrationen und so weiter möglichst live und in voller Länge übertragen werden. Dazu kommen ungehetzte Interviews und Reportagen. Ging es zu Beginn lediglich um das Thema Stuttgart 21, so kamen im Laufe der Zeit auch die Auseinandersetzung mit der Atomkraft und kommunaler Energiegewinnung, Partizipationsformen der Bürgergesellschaft, Politik im Allgemeinen und andere Themen hinzu, die auf das Leben der Menschen und ihrer Umwelt Einfluss haben.«

In ihrer Arbeitsweise lehnt das »fluegel.tv«-Team »das Adaptieren der Vorgangsweise der gängigen Fernsehsender« ab – manchmal blutet dabei den professionell ausgebildeten MitstreiterInnen das Herz – und beschreibt stattdessen, was ihnen wichtig ist:

»• Positionierung ist okay, Polemik oder propagandistisches Verhalten nicht. Die Glaubwürdigkeit ist schnell verspielt und das entgegengebrachte Vertrauen dann verloren.
• Inhalt geht vor Form. Fehler sind Stilmittel eines nicht professionellen Fernsehsenders.
• Eine eigene Handschrift entwickeln, mit den eigenen Stärken arbeiten.
• Effektive Bewerbung der Sendungen und Inhalte in der Mediathek, Information über viele Kanäle.«●

* Soziale Bewegungen und Social Media. Handbuch für den Einsatz von Web 2.0. **Hg. von Hans Christian Voigt und Thomas Kreiml**, mit 47 Autorinnen und Autoren, 2011, 392 Seiten, Paperback, ISBN: 978-3-7035-1462-3, 29,90 EUR.
Texte online auf: www.sozialebewegungen.org

STUTTGART: MEDIEN VON UNTEN

Bewegung und ihre Medien

Parallel zu vielfältigen Aktionen der Stuttgarter Protestbewegung – wie beispielsweise mehr als 140 Montagsdemonstrationen mit jeweils 2.000 bis 3.000 TeilnehmerInnen oder die 24-Stunden-Mahnwache seit zwei Jahren – hat sich aus dem Widerstand eine ganze Reihe unterschiedlicher Medien entwickelt. Eine subjektive Auswahl und kurze Vorstellung der entstandenen Vielfalt.

Von Peter Streiff, Redaktion Stuttgart ● Im August 2010 etablierte sich rund um die wachsenden Proteste gegen den Abriss des Nordflügels am Stuttgarter Bahnhof schnell der Internet-Sender **»fluegel.tv«** als unabhängige Informationsquelle der Bewegung (vgl. »Taktische Medien«). Nach dem Motto »wir zeigen, was im Fernsehen nicht kommt« stehen bereits mehr als 600 Sendungen zur Verfügung: www.fluegel.tv

Einen Monat später startete mit **»Cams21«** der zweite Internet-Sender, der sich als »Plattform für freie und unkommerzielle Berichterstattung« versteht. Legendär sind die verschiedenen Demo-Live-Streamer, die äußerst mobil unterwegs sind und das Geschehen live oder zeitversetzt dokumentieren. Inzwischen streamen sie auch Pressekonferenzen und Veranstaltungen: www.cams21.de

Seit mehr als zwei Jahren ist das **Parkschützerforum** die wichtige Online-Plattform der Bewegung. Neuste Entwicklungen werden kommentiert, zu Demos mobilisiert, Missstände aufgedeckt, aber auch besinnliche Nachtgedichte oder schräge »Räzel« exklusiv veröffentlicht – für viele einfach Kult: www.parkschuetzer.de

Weitere Informationsplattformen mit umfangreichen Links sind die Seiten www.bei-abriss-aufstand.de sowie www.kopfbahnhof-21.de

Das freie **Radio Stuttgart** sendet bereits seit mehr als 15 Jahren als einziges nicht-kommerzielles Radio der Region. In der Sendung **Parkfunk** dreht sich alles um die »wunderbare Welt des Widerstands«: www.freies-radio.de

Freie Medien auch im Printbereich: Vor zwei Jahren gründeten eine Handvoll engagierte JournalistInnen die Zeitung **»einund20«**, die mittlerweile 5.000 AbonnentInnen mit einer unabhängigen Zeitung bedient. Zwar chronisch knapp bei Kasse und daher mit unregelmäßigem Erscheinen, jedoch mit prominenten UnterstützerInnen: www.einundzwanzig.de (Print im Handverkauf)

Nicht direkt aus dem Widerstand um den Bahnhof, aber aus Unzufriedenheit mit dem Monopol der lokalen Tageszeitungen, gründeten einige Profi-JournalistInnen **»Kontext«** als Online-Wochenzeitung, die zudem am Samstag der Süd-taz beiliegt. Ziel ist ein »unabhängiger, investigativer und fairer Qualitätsjournalismus«: www.kontextwochenzeitung.de

Als reines Printprodukt ist der **»BürgerInnenbrief«** von Peter Grohmann nicht mehr von der Montagsdemo wegzudenken. Am Montagnachmittag geschrieben, bissig und frech, dann mit lauter Stimme gegen Spende verteilt, ist er bereits mehr als 100 mal Pamphlet, Ermutigung und Ankündigung in einem.

Stellvertretend für die vielen Blogs rund um den Widerstand sei hier auf die informative Seite des Cams21-Aktivisten und Fotografen *Alexander Schäfer* hingewiesen: www.schaeferweltweit.de●

SACHAMANTA:

MEDIEN

Partizipative Kameraführung und kollektiver Vertrieb

Ein Interview mit der Regisseurin Viviana Uriona zu ihrem Dokumentarfilm über die nordargentinische Kleinbauernbewegung.

CONTRASTE: Viviana, warum habt Ihr den Film »Sachamanta« genannt und was bedeutet das?

Viviana Uriona: »Sachamanta« bedeutet in der indigenen Sprache Quechua »vom Berg«. Das bezieht sich auf die nordargentinische Region *Monte* (spanisch: Berg), in der wir gedreht haben. Das ist eine eher karge, staubige Landschaft, es gibt aber auch viele Oasen. Die sind dann nicht wunderschön grün mit vielen Palmen, aber voller Büsche, Bäume und anderer Pflanzen. Der Titel hat auch mit den Radios der Kleinbauernbewegung zu tun. Ein Radio heißt *Paj Sachama*, das bedeutet »Flug durch den Monte«. Und einer der Radiomoderatoren im Film bezeichnet sich selbst als *Sacha Locutores*, als »Radiosprecher der Region Monte«.

Wie ist die Idee zu dem Filmprojekt entstanden?

Eigentlich fing es 2008 an, als ich in der zapatistischen Region an dem »Treffen der würdevollen Wut« teilgenommen habe, das mich sehr beeindruckt und bewegt hat. 2009 bin ich wegen meiner Doktorarbeit über »Freie Radios als gegenhegemoniales Projekt« nach Argentinien gefahren, was schon lange geplant war. Ich habe mich in Buenos Aires mit den freien Radios getroffen. Dort wurde ich gefragt, ob ich die Bewegung MoCaSe – Via Campesina schon kenne. Sie hatten 2009 bereits vier Radios aufgebaut, nachdem sie auf einer Konferenz im Jahr 2000 beschlossen hatten, dass die Bewegung Radios braucht. Ich bin dann in die Region um Santiago del Estero, also in den Monte, gefahren, um sie kennenzulernen. Und MoCaSe – Via Campesina hat mich eingeladen, sie mit ihrer Kamera zu filmen. So entstanden die ersten drei Stunden Filmmaterial, das waren überwiegend Interviews.

Du hattest also gar nicht geplant, einen Film über die Radios im Monte zu machen?

Nein. Doch als ich wieder in Deutschland war, habe ich das Material gesichtet und festgestellt, dass es sehr schön ist, was die Leute erzählen. Nach einem halben Jahr Planung habe ich die Region Anfang 2010 zwei Wochen lang mit dem argentinischen Kameramann Sebastian Ziccarello bereist. Meine Idee war, nicht nur etwas mitzunehmen, sondern die Leute in der Region vorher zu fragen »Was braucht Ihr? Bei was würdet Ihr gerne mitmachen?«. Deswegen haben wir in dem Film auch mit partizipativer Kameraführung gearbeitet. Am Ende dieser Reise waren es gut 23 Stunden Drehmaterial, das ich dann gemeinsam mit Nora Wetzel, und Karen Francia bearbeitet habe.

Das heißt, der Film war von Anfang als partizipatives Projekt geplant?

Es war von Anfang an klar, dass die Leute in der Region Santiago del Estero, die mir dieses Geschenk machten, ihre Geschichte zu erzählen, auch etwas davon haben sollten. Es war aber nie klar, ob wir den Film wirklich schneiden und fertigstellen können. Das war ein großes Handikap.

Film

»Sachamanta – Kommunale Radios in Nordargentinien«

»Ich würde mein Leben für das Land geben – aber nicht mit dem Gefühl, dass ich es für etwas hergebe, das mir allein gehört«, erklärt ein Kleinbauer zu Beginn des Films »Sachamanta«. In der Region Monte, einer kargen nordargentinischen Landschaft voller Landkonflikte, entstand der 50-minütige Dokumentarfilm von Viviana Uriona. Der Erfolg der Kleinbauernbewegung MoCaSe – Via Campesina, der nicht zuletzt im Aufbau von mittlerweile fünf kommunalen Radios liegt, ist das Thema des unkommentierten Films, der fast ausschließlich aus Interviews mit AktivistInnen besteht.

Am 24. August wurde »Sachamanta« in einem Preview im Berliner Mehringhof gezeigt und stieß auf begeisterte Reaktionen. Von Anfang September bis Ende November 2012 sind Kinovorstellungen u.a. in Freiburg, Bremen, Hannover, Berlin und Dresden geplant. Bisher, wäre zu ergänzen, denn »wer eine Vorstellung organisieren möchte, ist herzlich eingeladen, sich bei uns zu melden und eine Kinovorstellung zu organisieren«, erklärt Viviana Uriona das Vertriebskonzept von »Sachamanta«.

Was bedeutet partizipative Kameraführung? In der Beschreibung auf Eurer Website hört sich das ziemlich kompliziert an.

Kurz gesagt bedeutet es, dass gemeinsam entschieden wird, was gedreht wird. Jede und jeder kann die Kamera in die Hand nehmen, um zu drehen. Sebastian Ziccarello hat uns dabei technisch geholfen.

Und wie funktioniert das praktisch?

Wir hatten ein paar Fragen auf Zettelchen geschrieben und in einen Topf getan. In einen anderen Topf haben wir Zettel mit den Namen der Leute gelegt, die beim Dreh dabei waren. Eine Person hat angefangen zu drehen, dann wurde eine Frage gezogen und vorgelesen, damit alle schon mal darüber nachdenken können. Danach wurde aus dem anderen Topf ein Name gezogen. Diese Person hat die Frage zuerst beantwortet. Danach haben alle anderen gesprochen, die auch etwas zu dieser Frage sagen wollten. Die Person, die zuerst geantwortet hatte, hat anschließend die Kamera übernommen. Danach wurde eine neue Frage gezogen, und so weiter. Und so hat jeder die Kamera mal in der Hand gehabt und gewusst, wie man mit Licht umgeht oder mit der Entfernung zur Kamera. Ein großer Teil des Filmmaterials ist so von den RadiomacherInnen selbst produziert worden.

Die Musik spielt eine wichtige dramaturgische Rolle in dem Film, wie hast Du sie ausgewählt?

Die Musik ist auch ein Wahnsinnsgeschenk und zwar von Raly Barrionuevo. Raly ist ein Musiker, der aus der Region kommt und mit der Bewegung eng verbunden ist. Er ist in Argentinien mittlerweile sehr bekannt. Ein junger Musiker, der eine Mischung aus moderner Musik und Folklore macht, mit Liedern, die sehr militant sind. Irgendwann haben wir zwei Lieder von Raly gehört, die uns gut gefallen haben. Und dann habe ich bei ihm angefragt, ob wir diese Musik benutzen können. Dazu haben wir ihm einen Link zu dem Filmmaterial geschickt. Daraufhin hat er sich gemeldet und gesagt, dass er von dem Filmmaterial sehr beeindruckt ist und uns nicht nur die beiden Stücke zur Verfügung stellt, sondern auch Musik für den Film komponieren wird. Das war schon toll, dass jemand nur das Material sieht und sagt »großartig«. Mit dem Musiker Peteco Carabajal hat er zusätzlich das Stück »Pocoypacha« für den Film aufgenommen.

Bis zur Hälfte des Films es geht ausschließlich um die Landkonflikte im Monte und gar nicht um die Radios, warum habt Ihr diese Struktur gewählt?

Erstmal wollten wir, dass die Leute selbst erzählen, und wir wollten das Material so wenig wie möglich dramaturgisch gestalten. Wir wollten, dass eine Entwicklung entsteht, dass man versteht, in welcher Region man ist, in welchem Kontext die Leute leben, was die Menschen antreibt sich zu wehren. Die Radios waren zwar für mich der Ausgangspunkt, um dorthin zu kommen, aber die Radios sind nur ein Instrument der Bewegung. Sie sind *nicht* das Instrument der Bewegung. Man kann natürlich auch einen Kurzfilm nur über die Radios machen. Aber alles, was die Menschen aus der Bewegung erzählt haben, bedingt sich gegenseitig. Deshalb war es uns wichtig, einen Film über die Bedeutung der Radios für die Bewegung und die Menschen in der Region zu machen.

Dich interessierte also der kollektive Prozess viel mehr als die Radios selbst?

Ja, das kann man so sagen. Ich wollte vor allem die Geschichte dieser Bewegung bekannter machen, die schon seit über 20 Jahren sehr aktiv ist. Aber der Film soll gleichzeitig zeigen, dass es möglich ist, durch diese kollektive Auseinandersetzung etwas zu verändern. Leo und Walter, die in einem der Radios mitarbeiten, sagen das im Film ganz deutlich: früher wurden wir schlecht behandelt, wir wurden sogar als Guerilleros abgestempelt. Aber seitdem wir die Radios haben und über die Landkonflikte, unseren Alltag und unsere Kultur regelmäßig berichten können, werden wir anders wahrgenommen und auch anders behandelt. Die Außenwirkung der Bewegung hat sich um 180 Grad geändert, seitdem es die Radios gibt.

Wie werden die Radios eigentlich finanziert?

Sie werden über Spenden finanziert. Es gibt aber noch keine Radioclubs, so wie in Deutschland. Es gibt Einzelspenden und dann werden die grundlegenden Sachen bezahlt, wie die Strom- oder Telefonrechnung. Radio La Tribu in Buenos Aires – das übrigens von sich selbst sagt, dass es das bekannteste Radio Argentiniens ist, aber am seltensten gehört wird – unterstützte die Radios im Monte von Anfang an. Zum Beispiel bei der Gestaltung von Sendungen oder bei der Konstruktion der Antennen, die alle Radios selbst gebaut haben. Und sie haben auch Soliparties veranstaltet und Anträge gestellt.

Wie ist eigentlich die rechtliche Lage der Radios und gibt es Repression gegen die RadiomacherInnen?

Insgesamt hat sich die Lage der freien Radios und alternativen Medien durch das neue Mediengesetz in Argentinien bereits sehr verbessert, auch wenn das Gesetz noch nicht hundertprozentig angewandt wird. Ein Drittel der Sendefrequenzen soll den alternativen Radios zur Verfügung gestellt werden – das ist sehr viel, das ist revolutionär für die Medienlandschaft. Je ein weiteres Drittel wird den kommerziellen Radios und den staatlichen Sendern zur Verfügung gestellt. Das neue Gesetz beinhaltet auch das Recht, Radioprogramme in der eigenen Sprache zu senden, was früher für indigene Gemeinden nicht möglich war. Außerdem schränkt das neue Mediengesetz die Medienkonzentration ein. Aber dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Viele Medienkonzerne haben die Frequenzen noch nicht freigegeben, weil sie dazu noch bis zum Ende des Jahres Zeit haben.

Und wie sieht die Situation in der Region Santiago del Estero aus?

Das Land ist föderal organisiert, dass heißt, dass jede Provinz eine eigene Regierung hat, die das neue Mediengesetz umsetzen muss. Ein besonderes Problem von Santiago del Estero ist, dass sich die Kleinbauernbewegung MoCaSe –Via Campesina nicht nur mit der Regierung auseinandersetzen muss, sondern auch mit den großen Konzernen. Früher gab es hier nur private oder kirchliche Sender. Der Aufbau der fünf Radios seit 2000 war also nicht einfach. Zum Beispiel wurde Radio *Paj Sachama* letztes Jahr am hellichten Nachmittag überfallen. Zu dem Zeitpunkt waren nur drei Jugendliche im Radio, die zwischen 14 und 18 Jahren alt waren. Sie wurden zusammengeschlagen und es wurde einiges im Radio kaputt gemacht. Da stellt sich natürlich die Frage, wer so etwas macht. Das erleben sie nicht täglich, aber immerhin so oft, dass sie Vorsichtsmaßnahmen treffen müssen. Zum Beispiel übernachtet immer eine Gruppe im Radio.

Würdest Du sagen, dass es konkrete Erfolge der Radios gibt?

Ja, das würde ich auf jeden Fall sagen. Durch die ständige Berichterstattung verändert sich die gesamte Situation in der Region. Es ist klar, dass einzelne Kleinbauern und ihre Familien nicht mehr so einfach überfallen und vertrieben werden können, weil sich ganz schnell ganz viele andere in Bewegung setzen. Und die Kleinbauernbewegung vernetzt sich auch immer stärker international. Zum Beispiel findet vom 8. bis 10. Oktober ein lateinamerikanisches Jugendcamp statt, zu dem Hunderte von Jugendlichen kommen werden, um sich in Landfragen, aber auch im Kommunikationsbereich weiterzubilden. Vor wenigen Wochen haben sie eine große Kampagne gegen das Agrobusiness organisiert und sehr viel Material ins Internet gestellt: Videos, Interviews und Artikel. Ich nehme den ganzen Prozess so wahr, dass sie durch die Öffentlichkeit, die sie herstellen, wirklich an Stärke gewinnen. Und das war auch der Grund, warum ich diesen Film gemacht habe. Denn schon das Material, das wir ganz am Anfang gedreht haben, steckte so voller Mut und Hoffnung.●

Das Interview für CONTRASTE führte Claudia Fix

Viviana Uriona

Regisseurin, Medienaktivistin und Politologin Viviana Uriona wurde 1973 in Argentinien geboren und lebt seit 15 Jahren in Deutschland. Mitte der 1990er Jahre war sie aktiv im Filmclub 813 in Köln, zuletzt erarbeitete sie zahlreiche Radiofeatures. Das dramaturgische Konzept von »Sachamanta« erarbeitete sie gemeinsam mit Karen Francia und Nora Wetzel, die den Film auch geschnitten hat und wie Viviana Uriona Mitglied der Kameradistinnen ist, einer freien Assoziation für Dokumentarfilm und Dokumentarfotografie mit einem kritischen Bewusstsein für Politik und Gesellschaft.
Mehr Informationen und Kinotermine unter: www.kameradisten.de

SOMMERFORUM: NICHTKOMMERZIALITÄT, SELBSTORGANISATION, SELBSTAUSBEUTUNG

Das gute Leben reflektieren

An einem warmen Sommernachmittag im Juli trafen sich ein dutzend (junge) Erwachsene im Tagungshaus Wernsdorf bei Berlin, um im Rahmen des InSeL-Sommerforums über Kommerzialität und wirtschaftliche Alternativen zu reden.

Von Johannes Dietrich, Berlin ● *In*SeL für *Se*lbstbestimmtes *L*ernen nennt sich eine Gruppe bildungskritischer Menschen in Deutschland, die die staatlich regulierte, oft undemokratische Praxis des Lernens und Lehrens in Schulen nicht akzeptieren und die Ausbildung von LehrerInnen selbstbestimmter und demokratischer gestalten wollen.

Da sich alternative Schulformen (demokratische Schulen, freie Schulen) selbst organisieren und finanzieren müssen, ist die Reflexion über (Nicht-) Kommerzialität wichtig. Entsprechend wurde im Workshop, der von Elisabeth Voß geleitet wurde, aufmerksam gelauscht und lebhaft diskutiert. Um dem Thema näher zu kommen, gab es eine Kennenlernrunde, einen fachlichen Input der Workshopleiterin sowie mehrere Gesprächsrunden, bei denen die TeilnehmerInnen ihre Gedanken und eigenen Erfahrungen mit (nicht-) kommerzieller Praxis austauschten.

Bereits in der ersten Runde wurde deutlich, dass sich die TeilnehmerInnen, die aus Berlin, Potsdam, Leipzig, Hamburg und anderen Orten angereist waren, bereits intensiv mit nichtkommerzieller Praxis auseinandersetzen, zum Beispiel durch das Leben in kooperativen Lebens- und Arbeitsstrukturen, Engagement in Umsonst- und Leihläden, in Versorgungsgemeinschaften (CSA = Community Supported Agriculture) oder eben in selbstorganisierten Bildungseinrichtungen wie »InSeL« oder »FilmArche«.

Aufgrund des anschließenden Inputs über die grundlegenden Eigenschaften von kommerziellem und nichtkommerziellem wirtschaftlichen Handeln wurden die wesentlichen Unterschiede der Konzepte deutlich: Grundsätzlich ist Wirtschaft eine Umwandlung von Ressourcen in Produkte durch Arbeit. Bei kommerzieller Ausrichtung steht die geschäftliche Tätigkeit mit Äquivalententausch und Gewinnerzielungsabsicht im Vordergrund. Nicht-kommerzielles Wirtschaften hingegen ist direkt auf die Befriedigung vorhandener Bedürfnisse ausgerichtet.

Die Abgrenzung von Kommerzialität und Nicht-Kommerzialität ist in der Praxis jedoch nicht ganz trivial – wenn mensch beispielsweise bedenkt, dass der erwähnte Gewinn nicht immer monetär sein muss (etwa wenn Konzerne Absprachen zum wechselseitigen Vorteil treffen) oder dass Regionalwährungen und Tauschringe, die eigentlich nichtkommerzielle Alternativen zur Marktwirtschaft darstellen sollen, mittels Äquivalententausch operieren. Zudem spielt natürlich eine große Rolle, wie Einnahmen durch wirtschaftliche Aktivitäten generiert werden – kommerzielle Projekte beuten oft Menschen aus, um Anteilseignern der Unternehmung einen maximalen Profit nach dem Motto »aus Geld (G) mach mehr Geld (G')« zu ermöglichen.

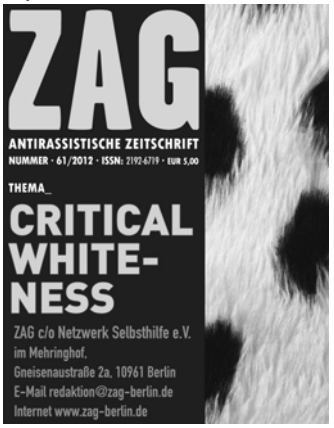
Die Ausbeutung der Arbeitskraft spielt jedoch auch in Strukturen, die an den Bedürfnissen statt an Geld orientiert sind, eine große Rolle. Zu übermäßiger Arbeit bei geringem Lohn motiviert dann jedoch weniger die Gewinnerzielung als vielmehr die Erreichung eines idealistischen Ziels. Diese Problematik wird zum Beispiel bei ArbeiterInnen deutlich, die als LandwirtInnen in Versorgungsgemeinschaften für eine andere Wirtschaft ackern.

Die Reflexionsrunde eröffnete dann die Sicht auf die verschiedenen Perspektiven der TeilnehmerInnen. Rege wurde über die Motivation zum Handeln gesprochen und es wurde deutlich, dass das Arbeiten zur Befriedigung eigener Bedürfnisse als wünschenswerte Alternative zum »Markt-Wirtschaften« angesehen wird. Eine wichtige Motivation für nichtkommerzielles Handeln liegt dabei oft in der Tätigkeit selbst, die der Person Freude bereitet, ohne dass das Ergebnis der Betätigung (ein gepflegter Garten, ein Workshop zu Selbstorganisation, ein repariertes Dach etc.) in jedem Fall für sich selbst beansprucht wird.

Gemeinsam stellten die TeilnehmerInnen die Rolle von Gemeinschaften für die Reflexion von eigenem Handeln und als Alternative zur (Über-) Lebenssicherung durch kommerzielles Tätigsein heraus. Das wechselseitige Vertrauen bzw. der Vertrauensvorschuss ist relevant für die Handlungsfähigkeit der Menschen die in Gemeinschaften leben, insbesondere wenn diese kein oder kaum Investitionskapital besitzen und somit die Formel »G wird zu G'« aufgrund des fehlenden G schon gar nicht aufgehen kann.

Eine nicht zu unterschätzende Chance des auf Bedürfnisse statt auf monetäre Gewinnerzielung ausgerichteten wirtschaftlichen Handelns, so die positive Schlussperspektive der Runde, sei in der »Landgewinnung« für menschliche Auseinandersetzung und das Miteinander zu sehen. Möglicherweise läge gerade darin ein zentraler Aspekt für eine kollektive »Lernkurve« im Hinblick auf eine neue gesellschaftliche Praxis des Produzierens und Konsumierens.●

Anzeige



Anzeige

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Schwerpunktthema in diesem Monat sind Gefängnisse. Wer neben Kurztexten grundlegende Informationen sucht, kann auf www.knast.net oder www.weggesperrt.de.vu nachlesen. Ein Interview mit Hanna Poddig über das Innenleben im Knast findet sich auf www.ngo-online.de/2012/06/12/hannapoddig-interview/

Knast und Gewalt

Überraschendes förderte die Studie nicht zutage: Es gibt viel Gewalt im Knast. Das belegt der ehemalige niedersächsische Justizminister und im Hauptberuf Kriminologie lehrende Professor Christian Pfeiffer zusammen mit Steffen Bieneck in der Mitte August 2012 erschienenen Studie über »Viktimisierungserfahrungen im Justizvollzug« (abrufbar unter www.kfn.de/versions/kfn/assets/fob119.pdf). Danach klagen über 25% der erwachsenen Männer, 25% der Frauen und sogar fast 50% der Jugendlichen, in den letzten vier Wochen des Erhebungszeitraums Opfer körperlicher Übergriffe seitens anderer Gefangener geworden zu sein. Über sexuelle Gewalterfahrungen berichteten 4,5% der Männer, 3,6% der Frauen und 7,1% der Jugendlichen (mehr unter http://de.indymedia.org/2012/08/334004.shtml).

Die Zahlen dürften jedoch noch zu niedrig angesetzt sein, denn es wurde nur nach Gewalt unter Gefangenen gefragt. Die Gewalt durch Knastbedienstete kommt hinzu. Trotzdem hat ausgerechnet die Zeitung »Lichtblick«, von Gefangenen unter Aufsicht von der Knastleitung erstellt, die Zahlen angezweifelt, um den Ruf der Strafanstalten zu retten. Das wird die Herrschenden freuen, wenn die Unterdrückten die PR-Arbeit für sie machen.

Entlarvende Willkür gegen Gefangenen

Das Landgericht Bonn hat ein Reststrafengesuch von Peter (»Pit«) Scherzl, dem Gründer und Vorsitzenden der »Interessenvertretung Inhaftierter« (Iv.I.), abgelehnt. Die Begründung: Der Inhaftierte hätte zu viele Rechtsbeschwerden eingelegt. Die seien zwar legal, aber solche Leute will der Staat nicht: »Das Erstreiten seines Rechts bei subjektiv erlebten Verletzungen habe dabei so ein dominantes Ausmaß angenommen, dass es sein Handeln in wesentlicher Weise determiniere. Hierbei verkennt die Kammer nicht, dass – anders als in Freiheit – ein Dialog auf Augenhöhe im Vollzug nicht oder nur kaum möglich ist und der Verurteilte daher auf förmliche Anträge und Eingaben verwiesen ist. Sie verkennt auch nicht, dass der Verurteilte – soweit ersichtlich – ausschließlich von ihm eingeräumten Rechten Gebrauch macht.« Trotzdem sei alles ein Grund, ihn weiter einzusperren (Bericht: http://de.indymedia.org/2012/08/333713.shtml). So lieferte das Gericht ein deutliches Beispiel für die Logiken von Knast und Strafe und ein weiteres Argument für die Forderung: Weg mit allen Knästen!

Polizei und Knast als Heilsbringer?

Eine seltsame Häufung der Befürwortung harter Strafen und des Einsperrens von Menschen fand sich in den Sommermonaten auf Indymedia (z.B. http://de.indymedia.org/2012/08/333786.shtml, http://de.indymedia.org/2012/06/331214.shtml, http://de.indymedia.org/2012/08/333730.shtml). Wenn Antifa-Gruppen auf Papi Staat und seine willigen VollstreckerInnen in Robe und Uniform hoffen, um die Welt von Nazis frei zu halten, so ist das allein schon eine denkwürdige Geschichtslosigkeit angesichts dessen, dass kein Nährboden für das Wiedererstarken des Faschismus besser ist als eine autoritär aufgeladene Gesellschaft.

Dass die Indymedia-KontrolleurInnen aber mehrfach solche Texte auch noch auf die Titelseite hoben und ihnen damit das Siegel besonderer Güte verliehen, irritiert dann doch. Zum Glück ist die Befürwortung von Strafe, Polizeihärte und Gefängnis nicht überall Standard. Eine Kritik an der Befürwortung des Einsperrens von Nazis erschien auf Indymedia im März 2012: http://de.indymedia.org/2012/03/327015.shtml.

»Anarchie«-Buch darf nicht in Knast

Mit einer Anhalteverfügung hat der Leiter der »Justizvollzugsanstalt« (wie die Stätte des sozialen Mordens formal heißt) Rheinbach am 5.7.2012 einem Gefangenen die Zusendung des Buches »Anarchie« (Seiten-Hieb-Verlag) verwehrt. Die Begründung: Das Buch sei »demokratie- und reglementierungsfeindlich«. Genauer auf http://de.indymedia.org/2012/08/333344.shtml.

»Mauerfall« wiederbeleben?

Jahrelang war der »Mauerfall« eine wichtige Austauschquelle und unzensierte Sammlung von Texten von Gefangenen für Gefangene. Umgesetzt wurde sie von einer kleinen Gruppe aktiver KnastgegnerInnen vor allem aus dem Kölner Raum. Nach einigen Monaten erschöpfungsbedingter Pause soll ein neues Team den Faden wieder aufnehmen. Als vorläufige Kontaktadresse dient die Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, kobra@projektwerkstatt.de. Wer werkelt mit an Abtippen, Zusammenstellen, Drucken, Verschicken???

Literaturhinweis zum Thema:

Wie bleibt der Rand am Rand, von Robert Sommer (2011, Mandelbaum in Wien, 178 S., 9,90 EUR)

Das Besondere am Buch ist die Gesamtbetrachtung verschiedener Phänomene von Ausgrenzung und Stigmatisierung, die üblicherweise – auch in politischen Protestbewegungen – zerstückelt und unabhängig voneinander wahrgenommen und »behandelt« werden. Dargestellt werden aber weniger die gesellschaftspolitischen Hintergründe. Die Kapitel beinhalten vor allem Reportagen, d.h. Berichte aus dem Leben von Betroffenen – auf der Straße, im Gefängnis oder der Zeit danach, bei Polizeiübergriffen gegen vermeintliche AusländerInnen (an Beispielen aus Österreich). Hinzugefügt sind Texte über die Entwicklungen im Allgemeinen, wie sie z.B. in Medien dargestellt werden.

Weitere Themen:

Streits um Versammlungsrecht

Mit bemerkenswerter Plattheit versuchen Versammlungsbehörden (Ordnungsämter bzw. Polizei) immer wieder, selbst Demonstrationen (dieses ohnehin nur reichlich seichte Protestmittel, was aber zur langweiligen Politbewegung dieses Landes ganz gut passt) zu verhindern.

In Bochum wurde das Grundrecht auf Autofahren von Polizei und dann auch vom Verwaltungsgericht höher bewertet als das Versammlungsrecht. Ganz normale Parkbuchten wurden schnell mal zu »Behinderten«parkplätzen umgedeutet, Lautsprecher verboten, weil sonst die durch die Demo Kritisierten gestört werden könnten usw. (http://de.indymedia.org/ 2012/08/333984.shtml).

In Magdeburg schützte ein Gericht die wegen einer Gewahrsamnahme von DemonstrantInnen verklagte Polizei, in dem weder die Beklagten noch irgendein Zeuge erscheinen musste. Eine Beweiserhebung fand einfach gar nicht statt, stattdessen legte das Gericht fest, dass in Sachsen-Anhalt die Verhaftung von DemonstrantInnen auch nach Polizeirecht zulässig sei (http://de.indymedia.org/2012/07/332545.shtml).

Zum Glück treffen die Rechtsmacker immer häufiger auf geübte AktivistInnen kreativer Antirepression. So werden die Auseinandersetzungen noch einige Pirouetten nehmen (siehe auch www.demorecht.de.vu)

Verfahrenseinstellungen: Offensive Prozessführung zahlt sich aus

Die kreative Antirepression erzielt seit Monaten gute Ergebnisse bei Strafverfahren. Etliche Verfahren z.B. in Lüneburg, Oschersleben, Haldensleben und anderen Orten wurden eingestellt, nachdem die RichterInnen mit aufmüpfigem Publikum und offensiv die Strafprozessordnung ausnutzenden Angeklagten konfrontiert wurden – oftmals zudem unterstützt von LaienverteidigerInnen. Zudem können Prozesse so politischer geführt werden als im klassischen Modus (Maul halten, AnwältIn machen lassen). Tipps zur offensiven Prozessführung unter www.prozesstipps.de.vu.

Akteneinsicht nach UIG

Eine neue Broschüre bietet Hilfe für alle, die selbst Spürhunde sein wollen. Das Bundesumweltministerium hat diese zum Akteneinsichtsrecht nach Umweltinformationsgesetz herausgegeben. Lässt sich gratis in Papierform bestellen oder downloaden unter www.bmu.bund.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/broschuere_aarhus_bf.pdf●

Jörg Bergstedt

SIEBEN THESEN ZUR WIRSCHAFTS- UND FINANZKRISE

Die Finanzkrise ist eine Krise der Arbeitsgesellschaft

Von Norbert Trenkle, Nürnberg

1. Die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sind nicht in der Spekulation und der Verschuldung zu suchen. Umgekehrt gilt: die gewaltige Aufblähung der Finanzmärkte war und ist Ausdruck einer tiefgreifenden Krise von Arbeit und Kapitalverwertung, deren Ausgangspunkt gut 30 Jahre zurückliegt.

2. Seit dem Crash an den Finanzmärkten im Jahr 2008 ist es zu einer Art Volkssport geworden, »den Spekulanten« und »den Bankern« ihre »Gier« und ihre »Profitsucht« vorzuwerfen. Tatsächlich jedoch ist die Jagd nach immer höheren Profiten das grundlegende Antriebsmotiv der kapitalistischen Produktionsweise insgesamt. Diese funktioniert nach dem Prinzip »aus Geld muss mehr Geld werden« (G – W – G'). Man nennt das Kapitalverwertung. Die Produktion von Waren und die Verausgabung von Arbeitskraft in der Warenproduktion ist nur das Mittel für diesen Zweck. Vom Standpunkt der Kapitalverwertung ist es daher gleichgültig, was produziert wird (z.B. Streubomben oder Nudelsauce), wie es produziert wird (z.B. ständig wachsende Arbeitsverdichtung, Prekarisierung oder Kinderarbeit) und welche Konsequenzen dies hat (z.B. Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen).

3. Der kapitalistischen Verwertungslogik ist ein grundsätzlicher und unauflöslicher Selbstwiderspruch inhärent. Auf der einen Seite muss immer mehr Arbeitskraft in der Produktion von Waren vernutzt werden um die Kapitalverwertung in Gang zu halten; denn der Selbstzweck der Vermehrung des Geldes durch Vernutzung von Arbeitskraft ist abstrakt-quantitativ und kennt daher in sich selbst keine logische Grenze. Auf der anderen Seite erzwingt die allgegenwärtige Konkurrenz eine ständige Steigerung der Produktivität durch »Rationalisierung« der Produktion. Und das bedeutet: immer mehr Produkte pro Zeiteinheit herzustellen, also die notwendige Arbeitszeit zu reduzieren und Arbeitskraft »überflüssig« zu machen.

4. Die grundsätzliche Krisenpotenz, die in diesem Widerspruch angelegt ist, konnte bis in die 1970er Jahre hinein durch eine Beschleunigung des Wachstumstempos immer wieder in die Zukunft verschoben werden. Durch die Ausdehnung der Kapitalverwertung auf die ganze Welt und auf neue Produktionszweige wurde der Bedarf an Arbeitskräften absolut gesteigert und dadurch der Rationalisierungseffekt kompensiert. Die »dritte industrielle Revolution« (auf Grundlage der IT-Technologien) hat diesen Kompensationsmechanismus jedoch außer Kraft gesetzt. Sie führte zu einer massenhaften Verdrängung von Arbeitskräften quer durch alle Bereiche der Produktion. Trotz einer weiteren Ausdehnung des Produktausstoßes und einer Globalisierung der Produktion wurden weltweit immer mehr Menschen für die kapitalistische Verwertung »überflüssig« gemacht. Damit kam ein grundlegender Krisenprozess in Gang, der die Grundlagen der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise unaufhaltsam untergräbt.

5. Wie hängt die Aufblähung der Finanzmärkte damit zusammen? Krise der Kapitalverwertung heißt zunächst, dass Kapital keine ausreichenden Anlagemöglichkeiten mehr in der »Realwirtschaft« findet. In der Folge weicht es an die Finanzmärkte aus und bewirkt dort eine Aufblähung des »fiktiven Kapitals« (Spekulation und Kredit). Genau das ist seit Beginn der 1980er Jahre geschehen. Dieses Ausweichen auf die Finanzmärkte stellte nichts anderes als eine Form des Krisenaufschubs dar. Überflüssiges Kapital fand eine neue (wenn auch »fiktive«) Anlagemöglichkeit und entging so der drohenden Entwertung. Gleichzeitig schuf die Aufblähung von Kredit und Spekulation aber auch zusätzliche Kaufkraft, die ihrerseits eine Ausweitung der Produktion induzierte (z.B. Industrialisierungsboom in China).

6. Der Preis dieses Krisenaufschubs war jedoch die Anhäufung eines immer größeren Krisenpotentials und eine extreme Abhängigkeit von den Finanzmärkten. Die »Akkumulation« von fiktivem Kapital musste immer weiter gehen. Wenn eine Blase platzte, blieb den Regierungen und Zentralbanken gar nichts anderes übrig, als die Banken und Investoren zu retten und massenhaft ungedeckte Liquidität in die Märkte zu pumpen, um eine neue Blase aufzublasen. Es ist deshalb auch eine bloße Selbsttäuschung, wenn nun quer durch alle politischen Lager eine weitgehende Einschränkung der Spekulation gefordert wird. Punktuelle Maßnahmen der Regulation sind vielleicht möglich. Insgesamt aber gilt: Spekulation und Kredit müssen weitergehen, weil das kapitalistische System nur noch auf dieser »Grundlage« funktionieren kann. Es ist daher auch kein Zufall, dass die »Realpolitik« sich genau nach diesem Muster verhalten hat und die Finanzmarktdynamik wieder angekurbelt wurde.

7. Die aktuelle Krise stellt einen qualitativen Einschnitt dar, denn der Crash konnte nur durch eine massive Aufblähung der Staatsverschuldung aufgefangen werden. Daher schlägt die Krise jetzt als Krise der Staatsfinanzen auf die Gesellschaft zurück (»Sparprogramme«). Wenn jetzt aber gesagt wird, es müsse gespart werden, weil »wir über unsere Verhältnisse gelebt« hätten, dann stellt das den Zusammenhang auf den Kopf. Wenn mit immer weniger Arbeit immer mehr stofflicher Reichtum geschaffen werden kann, dann eröffnet das an und für sich die Möglichkeit eines guten Lebens für alle Menschen. Unter kapitalistischen Verhältnissen aber führt es zu einer Einschränkung der Wertproduktion. Daraus und nur daraus folgt der »Sparzwang« für eine Gesellschaft, die von eben dieser Wertproduktion abhängig ist. Die gigantische Verschuldung ist also Ausdruck davon, dass die vom Kapitalismus geschaffenen Produktivpotentiale seine eigene Logik sprengen und dass die kapitalistische Reichtumsproduktion nur noch gewaltsam aufrechterhalten werden kann. Die Gesellschaft muss sich von dieser Form der Reichtumsproduktion befreien, wenn sie nicht zusammen mit ihr in den Abgrund gerissen werden will.●

Hinweis

Die Thesen sind aus dem Jahre 2010, die aktuellen Entwicklungen wie Eurokrise und Zuspitzung der Sparpolitik sind noch nicht berücksichtigt.
Mehr Informationen unter
www.krisis.org

Buchtipp

Ernst Lohoff / Norbert Trenkle (Gruppe Krisis) Die große Entwertung Warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind. Unrast-Verlag, 2012, 300 S, 18 EUR

WAS IST DER TIEFSTE GRUND VON ÖKONOMISCHEN KRISEN?

Doppelte Entwertung

Was ist der tiefste Grund von ökonomischen Krisen? Oft wird gesagt, der produzierte Wert könne mangels Kaufkraft nicht realisiert werden. Aber warum gibt es zu wenig Kaufkraft? Weil in Wirklichkeit zu wenig Wert produziert wird und deshalb die regulären Löhne und Profite zu gering sind.

Von Robert Kurz ● Und warum wird zu wenig Wert produziert? Weil die Konkurrenz auf dem Weltmarkt durch technologische Entwicklung und betriebswirtschaftliche Kostensenkungsprogramme zu viel Arbeitskraft überflüssig gemacht hat. Es ist aber gerade die Arbeitskraft als Kapitalbestandteil, die allein neuen Wert produziert. Insofern ist die Freisetzung von Arbeitskraft nicht bloß ein Problem für die Betroffenen, sondern ein Problem des kapitalistischen Systems.

Die Krise beginnt also mit der Entwertung von Arbeitskraft. Wenn aber mit immer weniger Arbeitskraft immer mehr Waren produziert werden, sinkt auch deren Wert. Weil dann in der Konkurrenz weniger Wert verteilt werden kann, entstehen Überkapazitäten der Produktion. Jetzt werden auch die Waren entwertet. Immer mehr Unternehmen gehen bankrott oder müssen Fabriken schließen, deren Sachkapital (Produktionsmittel) ebenfalls der Entwertung anheimfallen. Wenn nicht neue Produkte wieder Massen von Arbeitskraft mobilisieren, eskaliert die Krise in einer Entwertungsspirale.

Eigentlich haben wir es heute weltweit mit einem solchen Entwertungsprozess zu tun. Aber die Krise wurde angestaut. Verschuldungs- und Finanzblasen schienen auch ohne Anwendung von Arbeitskraft neuen Wert ohne Ende hervorbringen zu können. Seit sich das weitgehend »arbeitslose« Geldkapital in Finanzkrächen und Schuldenkrisen zu entwerten beginnt, sind die Notenbanken in die Bresche gesprungen. Sie pumpen weltweit aus dem Nichts geschöpftes Geld mit immer längeren Laufzeiten in das Bankensystem. Die EZB hat die Ausleihfrist von maximal drei Monaten zuerst auf ein Jahr, inzwischen auf drei Jahre erhöht und unter dieser lockeren Bedingung in zwei Tranchen binnen eines Vierteljahrs mehr als eine Billion Euro an die Banken verteilt. Der größte Teil dieses Geldes verhindert die Entwertung der faulen Kreditmasse, hält die maroden Bilanzen von Banken wie Konzernen über Wasser und treibt die Aktienkurse. Damit wurde ein gewaltiges Inflationspotential aufgebaut, das vorläufig im Finanzüberbau verharrt.

Auf der anderen Seite reicht aber der Stau bei der Entwertung von Schulden und Wertpapieren allein nicht aus, um die Entwertung der realen Kapitalbestandteile weiter aufzuschieben. In der EU hat die Arbeitslosigkeit den höchsten Stand der Nachkriegsgeschichte erreicht. Die Ökonomie der Schuldenstaaten stürzt ab und droht die Weltkonjunktur mitzureißen. Großbankrotte wie bei der Drogeriekette Schlecker kündigen einen neuen Schub in der Entwertung des Sachkapitals an. Die gesamte französische Autoindustrie steht auf der Kippe, in Deutschland geht Opel schon wieder die Luft aus.

Sobald sich aber die Geldschwemme der Notenbanken über die Rettung der Bilanzen hinaus in reale Nachfrage verwandelt, wird das Inflationspotential abgerufen. Weil die Krise so lange angestaut wurde, könnte es sogar sein, dass zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus gleichzeitig eine Entwertung des Geldmediums selbst und großer Teile des Kapitals (Waren, Produktionsmittel, Arbeitskraft) stattfindet. Diese doppelte Entwertung würde bedeuten, dass die »auf dem Wert beruhende Produktionsweise« (Marx) als Ganzes ihren historischen Bankrott anmeldet, weil sie keine gesellschaftliche Reproduktion mehr tragen kann.●

Nachdruck aus Neues Deutschland

Weitere Informationen unter:
www.exit-online.org

Buchtipps

Kurz, Robert: Das Weltkapital – Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems. edition TIAMAT, 2005, 480 S.; 18 EUR

Kurz, Robert: Geld ohne Wert – Grundrisse zu einer Transformation der Kritik der politischen Ökonomie. Horlemann Verlag 2012, 420 S., 16,90 EUR

Anzeige

ÜBERWACHUNGSTECHNIK

Ortung durch Stille SMS

Das Mobilfunknetz kann nicht nur zum kommunizieren genutzt werden sondern auch zur Lokalisierung eines Handys. Dies hat Vorteile: In Not geratene Skifahrer können sich von der Bergwacht orten lassen und Reisende sich über Standortdienste das nächste Hotel oder Restaurant auf den Schirm rufen. Doch die Nachteile überwiegen mal wieder in Form der allzeit vom Staat vorgenommenen Eingriffe in unsere Privatsphäre. Denn mit stillen SMS können nicht nur hilfesuchende Personen sondern jeder lokalisiert, über die IMSI-Nummer der SIM-Karte identifiziert und Bewegungsprofile erstellt werden.

Von Fredi Büks ● Dies geschieht so: Wenn zwischen Handy und Netz ein Traffic Channel existiert, kann aus der Signalstärke die Entfernung zu den drei nächsten Basisstationen bestimmt und damit die Position des Telefonierenden ermittelt werden. Dem unbeobachteten Aufbau eines solchen Channels dienen stille SMS, die beim Empfang weder Nachricht noch Signalton hinterlassen und im Speicher des Handys unter normalen Bedingungen nicht sichtbar sind. Die entsprechenden Verbindungsdaten können Polizei und Geheimdienste dann ohne richterlichen Beschluss vom Provider einziehen. Obwohl dies nach 100a Strafprozessordnung nur bei im Einzelfall schwerwiegenden Straftaten mit sonst schwerer Aufklärbarkeit möglich ist, wurden schon öfter polizeiliche Verstöße dagegen bekannt, darunter auch solche, die mit »Gefahr im Verzug« gerechtfertigt wurden.

Die Ortungsgenauigkeit von Handys liegt derzeit noch bei über 100 Metern, steigt aber mit der Engmaschigkeit des Netzes. Das EU-Parlament fördert seit 2003 die Nutzung stiller SMS und fordert eine höhere Genauigkeitsbestimmung. Seither wurden auch politische Menschen wie der Sprecher des Hamburger Schanzenfestes und autonome Aktivist Andreas Blechschmidt per stiller SMS beschattet.

Letztendlich ist die Lokalisierung in Not Geratener kein Argument für eine Stille SMS, denn es würde ihnen bestimmt nichts ausmachen, in ihrer Notlage eine offene SMS etwa mit der Nachricht »Mit dieser SMS wurden Sie lokalisiert. Der Rettungsdienst ist unterwegs.« zu erhalten. Eine stille SMS macht nur Sinn, wenn der Handynutzer seine Lokalisierung nicht bemerken soll. Bei dieser Technik ist Missbrauch aber sehr wahrscheinlich, da der Betroffene als Kontrollinstanz ausfällt und Polizei und Geheimdienste sich ausschließlich selbst – also gar nicht – kontrollieren. Hier jedoch eine neue Behörde zu fordern, die dann aufwendig die Akten der Polizei durchwühlt, ist eher unpraktisch. Es darf einfach nicht die Möglichkeit zur Anwendung dieser verhängnisvollen Überwachungstechnologie geben.●

SOLARGENOSSENSCHAFT ROSENHEIM EG

Eine Energiegenossenschaft im Wandel

Von der Energieproduktion zur ÖkostromVertriebsgemeinschaft

Die Energieversorgung über Genossenschaften kann auf eine mehr als 100-jährige Tradition zurückschauen. Mittlerweile gibt es in Deutschland über 600 erfolgreiche neue Energiegenossenschaften. Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und andere Interessierte ergreifen so die Chance, an der Gestaltung ihrer zukünftigen Energieversorgung aktiv mitzuwirken. Die Solargenossenschaft Rosenheim eG war bei der Eintragung ins Genossenschaftsregister im Jahr 2004 eine der ersten neu gegründeten Energiegenossenschaften: Zeit für einen Rückblick und eine Vorausschau auf die Zukunft.

Von Robert Freund, Red. Genossenschaften ● Die Initiative für die Solargenossenschaft Rosenheim entstand in der lokalen Agenda 21-Gruppe. Unterstützung kam vom Rosenheimer Solarförderverein, der bereits seit 1993 aktiv für die Energiewende arbeitet. Als sich dann im Jahr 2004 die Möglichkeit auftat, das Dach eines Schulgebäudes am nördlichen Stadtrand von Rosenheim für eine PV-Gemeinschaftsanlage zu nutzen, war dies der Startschuss für die Solargenossenschaft Rosenheim eG. In zwei Ausbaustufen wurde eine PV-Leistung von insgesamt 31,4 kWp installiert. Die Stadt gewährt die Nutzung der Dachfläche kostenfrei.

Der produzierte Strom wird ins das Netz eingespeist und gemäß Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) vergütet. Entsprechend ihrer Satzung verfolgt die Solargenossenschaft den Ausbau von dezentraler und regenerativer Stromerzeugung. So sollen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und die regionale Wirtschaft gestärkt werden. Knapp 100 Mitglieder haben das Genossenschaftskapital in Höhe von über 100.000 EUR gezeichnet.

Schwierige Umbruchphase

In den vergangenen Jahren wurden seitens des Vorstands der Solargenossenschaft eine Reihe weiterer potentieller Gemeinschaftsprojekte identifiziert und vorangetrieben – bisher jedoch ohne Umsetzungserfolg. Einige Beispiele: Im Fall der beabsichtigten Reaktivierung einer stillgelegten Kleinwasserkraftanlage konnten die Befürchtungen des Gebäudeeigentümers im Hinblick auf Schäden am Gebäude nicht aus dem Weg geräumt werden. Bei der Errichtung einer PV-Gemeinschaftsanlage auf dem Dach eines Schulgebäudes kam ein Wettbewerber zum Zug.

Die seitens der Bundesregierung im März 2012 auf den Weg gebrachten, drastischen Reduzierungen bei der Vergütung für Strom aus PV-Anlagen machen es zudem schwierig, eine für den Gebäudeeigentümer attraktive Vergütung für die Dachnutzung zu zahlen. Das Projekt einer PV-Gemeinschaftsanlage auf dem Dach eines – ursprünglich vorgesehen in der zweiten Hälfte 2012 – neu zu errichtenden Sportheims wird deshalb wohl nicht zustande kommen. Es bedarf daher neuer Ansätze, um Gemeinschaftsprojekte im Bereich der Nutzung Erneuerbarer Energieträger zu entwickeln, die für alle Beteiligten attraktiv und somit realisierbar sind.

Die Solargenossenschaft bietet seit 2008 die Versorgung von Haushaltskunden mit Ökostrom unter der Marke »rostrom« an. Sie versteht sich hierbei als regionales Unternehmen, das Haushalte im südostbayerischen Raum mit Ökostrom aus TÜV zertifizierten Quellen versorgt. Dieser Geschäftszweig gewann im zurückliegenden Jahr beträchtlich an Bedeutung. Erträge aus dem Stromhandel stehen – eine entsprechende Entscheidung der Mitgliederversammlung vorausgesetzt – grundsätzlich für die Unterstützung bei der Umsetzung von Erneuerbare Energien-Projekten durch die Solargenossenschaft zur Verfügung.

Im Hinblick auf den Stromhandel kooperiert die Solargenossenschaft mit einem Dienstleistungsbüro, das bei den Stadtwerken in Schwäbisch Hall angesiedelt ist. Der Dienstleister kümmert sich um Vertragsmanagement und Abrechnung und fungiert auch als erste Ansprechstelle für die Bezieher von »rostrom«.

Die Solargenossenschaft Rosenheim übernahm mit ihrer Gemeinschaftsanlage auf der Schule Westerndorf eine Pionierfunktion für die gegenwärtige energiegenossenschaftliche Gründungswelle

Vision eines virtuellen Kraftwerks

Der in der Gemeinschaftsanlage der Solargenossenschaft produzierte Strom wird in das Netz eingespeist. Mit sinkender Einspeisevergütung für zukünftig in Betrieb gehende PV-Anlagen gewinnt der Aspekt der Vermarktung von selbst produziertem Strom jedoch mehr und mehr an Bedeutung. Es ist denkbar, durch den Zusammenschluss von mehreren Erneuerbare Energien-Anlagen ein virtuelles Kraftwerk zu bilden, das als ein Marktteilnehmer auftritt. Kooperationen mit anderen Genossenschaften oder Anlagenbetreibern können hierbei zielführend sein. Die damit verbundenen Möglichkeiten will der Vorstand der Solargenossenschaft prüfen und bei Erfolgschancen weitere Schritte auf den Weg bringen.

Befragung der Mitglieder

Einen Ausbau des eigenen Anlagenbestands tragen die Mitglieder der Solargenossenschaft mit. Dies zeigen Ergebnisse einer Befragung, die im Zeitraum Nov. 2011 bis Jan. 2012 im Rahmen eines Forschungsprojekts der Wirtschaftsuniversität Wien durchgeführt wurde. Für mehr als 70% der Mitglieder ist es wichtig, dass die Genossenschaft weitere Erneuerbare Energien-Projekte umsetzt. Knapp drei Viertel der Mitglieder würden in diesem Fall auch neue Anteile zeichnen. Für nur ein Viertel der Mitglieder ist es von Bedeutung, dass eine möglichst hohe Dividende ausgeschüttet wird. Dagegen ist es für mehr als 80% der Befragten relevant, dass die Solargenossenschaft die gewählte Rechtsform einer Genossenschaft hat – und nicht etwa beispielsweise als GmbH agiert. Besonders geschätzt werden hierbei demokratische Struktur und Mitspracherecht.

An der Befragung beteiligten sich rund 40% der Mitglieder der Solargenossenschaft Rosenheim. Die Fallstudie mit den Ergebnissen aus der Befragung steht als Download auf der Website der Energiegenossenschaft zur Verfügung:

www.solargenossenschaftrosenheim.de.●

Von der Energieproduktion (Logo der Genossenschaft) zum Energievertrieb (Logo Rostrom)

FACHTAG WINDENERGIE

Akzeptanzmotor

Energiegenossenschaften organisieren mehr Bürgerbeteiligung beim Ausbau der Windkraft

Mit einem Aufruf an die Landespolitik zu mehr Bürgerbeteiligung beim Ausbau der Windkraft endete am 29. Juni die 3. Fachtagung »Energiewende jetzt« in Mannheim. »Die Bürger vor Ort wollen an der Energiewende beteiligt sein und selbst davon profitieren«, sagte Dietmar von Blittersdorff von der veranstaltenden Evangelischen Kirche der Pfalz. Windkraftprojekte würden zukünftig ohne Rückhalt der Bürger immer schwieriger zu realisieren. Veranstalter der Tagung waren das Netzwerk »Energiewende jetzt – Energiegenossenschaften gründen«, die innova eG, die Evangelische Kirche der Pfalz und als Kooperationspartner der Bundesverband WindEnergie e.V. Das Wirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz förderte die Tagung.

Von Rainer Lange, Red. Genossenschaften ● Energiegenossenschaften bieten im Unterschied zu Investoren und großen Projektentwicklern die Chance echter Bürgerbeteiligung bei Windkraftprojekten, so Burghard Flieger, Vorstand der innova eG, in seinem Vortrag. »Bürgerinnen und Bürger sind über die Genossenschaft Betreiber und Miteigentümer. Sie haben Mitsprache, übernehmen die Geschäftsführung und die Kontrollrechte.«

»Kampf« bei der Flächensicherung

Derzeit boomt der Ausbau der Windenergie vor allem im Süden. In Rheinland-Pfalz will das Land die Stromerzeugung aus Windenergie bis 2020 auf etwa 7.500 Megawatt verfünffachen, das Land Baden-Württemberg will im gleichen Zeitraum den Anteil der Windenergie von derzeit 0,8 auf 10 Prozent steigern. Rheinland-Pfalz setzt beim »Megathema Energiewende« auch auf Bürgerenergiegenossenschaften. Dabei erleben die Bundesländer einen Kampf um die Windkraftstandorte. »Alle machen Flächensicherung, teilweise mit unrealistisch hohen Pachtversprechen«, sagte Sylvia Pilarsky-Grosch, Vizepräsidentin des Bundesverbandes WindEnergie e.V. in ihrem Vortrag. Bürgerenergiegenossenschaften haben hier Nachteile, weil sie nicht die gleichen personellen und finanziellen Ressourcen wie Wettbewerb haben. Die Chance für Genossenschaften sah Pilarsky-Grosch in der regionalen Verwurzelung.

»Sie können ein Akzeptanzmotor beim Ausbau der Windkraft sein.« Investoren und große Projektentwickler kämen mit fertigen Konzepten, Genossenschaften hingegen können frühzeitig Bürger einbinden, um dann den besten Standort umzusetzen.

Karl Heinz Röscher ist engagierter Projektentwickler für Energiegenossenschaften

Wertschöpfung in der Region

Den mehr als 60 Verantwortlichen von Energiegenossenschaften auf der Tagung empfahl die Vizepräsidentin des Bundesverbandes WindEnergie e.V., in den Kommunen die Vorteile von Bürgerwindrädern für die regionale Wertschöpfung deutlich zu machen. »Die Gesellschaft ist vor Ort, die Kommune erzielt Gewerbesteuereinnahmen, Bürger sind am Windrad beteiligt und lokale Unternehmen am Bau.«

Hohes Risiko in der Startphase

Allerdings sei die Projektierung von Windkraftanlagen ein risikoreiches Unterfangen. Für die Realisierung sei ein gutes Projektmanagement erforderlich, um die Sicherung des Grundstückes, die Standortanalyse, die Finanzierung, das Genehmigungsverfahren, den Bau usw. gut zu bewältigen. Dabei sei es sinnvoll und notwendig, Profis von außen hinzuzuziehen. Die Verantwortlichen in der Genossenschaft bräuchten einen langen Atem. »Es ist ein schwieriges Verfahren, das Personen mit Beharrungsvermögen braucht, die auch in schwierigen Situationen sagen: Weiter.«

Burghard Flieger stellte in seinem Vortrag verschiedene Modelle vor, wie Energiegenossenschaften Windkraftprojekte realisieren, beginnend mit der finanziellen Beteiligung an Anlagen als Kommanditist. Manche Genossenschaften gehen mit Partnern die Projektentwicklung systematisch an. Ein Beispiel lieferte in einem der Workshops nachmittags die hessische »Energiegenossenschaft Starkenburg« aus Heppenheim. Zusammen mit der »Odenwälder Energiegenossenschaft« finanzierten und betreiben die Starkenburger zwei Windräder. Damit sie Windkraftprojekte erfolgreich umsetzen können, müssten Genossenschaften die eigenen Wertschöpfungspotentiale in der Entwicklung und Planung optimieren, so Flieger. »Das Entscheidende für die Genossenschaft ist Erkundung und Flächensicherung, dann kann sie auch auf die Entwicklung des Projektes Einfluss nehmen.«●

Weiterbildung

Promotoren einer genossenschaftlichen Energiewende

Ende Oktober 2012 startet in Nordrhein-Westfalen die Weiterbildung zu »Projektentwickler/innen für Energiegenossenschaften«. Die Teilnehmer/innen erwerben in vier Monaten die Kompetenzen, um Energiegenossenschaften selbst zu initiieren und bei ihrer Gründung zu unterstützen. Die Weiterbildung ist eine Kooperation der Energieagentur NRW und des Netzwerkes »Energiewende jetzt« mit der innova eG als Partner. Die Termine der Präsenzphasen sind: 24. bis 26. Oktober 2012, BEW Essen, 04. bis 07. Dezember 2012, BEW Essen, 04. bis 06. Februar 2013, BEW Essen.

Weitere Informationen:
www.energiegenossenschaften-gruenden.de

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Zwischennutzung – Protest und Modernisierung

Was soll mit den Brachen und den baulichen Ruinen des Dienstleistungs- und des Industriefordismus geschehen? Eine Antwort, die in den letzten Jahren zwar vermehrt, aber immer noch vereinzelt gegeben wird, lautet »temporäre« oder »Zwischennnutzung«: Immer wieder entstehen Zwischenzeiten in Immobilien: Die vorherige Nutzung ist abgeschlossen, eine neue lässt auf sich warten. Doch diese Problemlage kann eine Chance bedeuten, wenn Leerstände und Brachflächen als Möglichkeitsräume begriffen und ZwischennutzerInnen zur Verfügung gestellt werden. Zwischennutzungen aktivieren Leerstände und Brachflächen nach dem Prinzip »vergünstigter Raum gegen befristete Nutzung« und schaffen so ideale Bedingungen für kleine Unternehmen, Initiativen und Vereine. Nicht selten entstehen dadurch aus Zwischennutzungen langfristige Mietverhältnisse und aus ZwischennutzerInnen werden feste MieterInnen.

Das vierköpfige Team der in Bremen angesiedelten *ZwischenZeitZentrale* will mit seinem Buch hinter die Kulissen, auf die AkteurInnen und die Wirkungen von »second hand spaces« blicken. Die HerausgeberInnen und auch etliche Beiträge benutzen den Begriff »second hand spaces« (oder auch: »Nutzung vakanter Räume«) um sich für einen erweiterten, wenn nicht neuen, Begriff von Zwischennnutzung stark zu machen. Fokussiert Zwischennnutzung unwillkürlich auf die zeitliche Befristung des ganzen Unterfangens, so weitet »second hand spaces« den Blick und macht Aspekte von Interaktion und Partizipation stark: »zwischen« also verstanden als Brücke und als Kooperation zwischen verschiedenen Ebenen und Menschen.

Das Buch enthält neun Artikel, je drei zu Rahmenbedinungen, AkteurInnen und Wirkungen von »second hand spaces«. Dazwischen werden jeweils fünf konkrete Beispiele vorgestellt, unter anderem aus Basel, Berlin, Bremen, Frankfurt, Freiburg und Hamburg. Hier kommen bekannte und weniger bekannte Beispiele ins Bild: »Prinzessinengärten«, »tentstation« und »RAW« aus Berlin oder das Frappant und das Gängeviertel in Hamburg – aber auch Brachen in Bremen oder eine Wagenburg in Freiburg.

Einige Beiträge, vor allem die aus der prekären Zwischennutzungsszenerie selbst, fragen nach den Spaltungen innerhalb von Zwischennutzungen und nach den Ambivalenzen diesbezüglicher Forderungen. Ist die Nutzung von »second hand spaces« nun eine Wiederaneignung der Gemeingüter (Commons) und damit des gesellschaftlich produzierten Reichtums oder doch nur »Leben« vom aktuell Übrigseienden und Unbenötigten und damit das Begnügen mit dem Rest und seiner kreativen Verwertung? Der Hamburger Historiker Arndt Neumann etwa fragt deutlich danach, wer die durch temporäre Nutzungen erzeugten Aufwertungsprofite schlussendlich bekommt.

Durch das Buch wird eine Utopie deutlich, was Stadt auch sein könnte, nämlich ein Raum, der tagtäglich durch seine NutzerInnen neu produziert wird. Es zeigt aber auch, dass eine Nutzung vakanter Räume ohne ein Bündnis mit aufgeschlossenen Segmenten der Verwaltung und womöglich der Immobilienwirtschaft nur schwer möglich ist. Die Verwaltung wiederum braucht den politischen Druck, der durch soziale Proteste und Bewegungen erst entsteht: Die altbekannte Mehrdeutigkeit von Protest und Modernisierung, von Revolte und Rekuperation also.●

Bernd Hüttner

Oliver Hasemann, Michael Ziehl, Sarah Oßwald,, Daniel Schnier (Hg.): second hand spaces – über das Recyceln von Orten im städtischen Wandel. DEUTSCH/ENGLISCH, 464 Seiten, mit ca. 350 Abbildungen, Broschur, 29,95 EUR, ISBN 978-3-86859155-2, Jovis Verlag, Berlin 2012
Link: www.zzz-bremen.de

Geschichte der BäuerInnen in Österreich

Zeitlich wird der Bogen in diesem Buch weit gespannt. Er reicht von der Kolonisation des Landes nach dem Rückzug der römischen Truppen im 5. Jahrhundert bis zu den aktuellen neoliberalen Angriffen der Agrarindustrie. Die politischen und rechtlichen Verhältnisse werden ausführlich referiert, Krisen und Interessenlagen dargestellt. Der »Mensch in seinem Kampf gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Fremdbestimmung« soll »im Zentrum dieses Buches« stehen. So lautet ein zentraler Vorsatz. Er wird nur leider nicht umgesetzt. Handelnde Akteure, auch solche aus dem bäuerlichen Milieu, kommen kaum vor. Stattdessen finden sich – im Stile einer Sozial- oder Strukturgeschichte – viele Statistiken oder detaillierte Reflektionen zur Agrarpolitik der Sozialdemokratie (und ihren Defiziten).

Die ersten beiden Kapitel sind überarbeitete Texte von Krammer aus dem Jahre 1976: Im ersten Viertel des Buches wird die Landwirtschaft in vorkapitalistischen Verhältnissen – bis 1848 –thematisiert: Die Zerstörung der Allmende, Bauernaufstände, Guts- und Grundherrschaft oder Absolutismus stehen hier im Fokus. Manche Passagen oder Sätze bleiben aber auch dem (agrar)historisch Interessierten unverständlich.

Der Hauptteil, der als zweites Kapitel etwa die Hälfte des gesamten Buches ausmacht, hat dann die Landwirtschaft im Kapitalismus zum Gegenstand: So wird zum Beispiel der Widerspruch in der österreichischen Landwirtschaft zwischen den Regionen mit Getreidebau und denen mit Grün- bzw. Viehwirtschaft behandelt und die Entstehung und Entwicklung der landwirtschaftlichen Interessensorganisationen und der Genossenschaften gestreift. Zentrales Thema ist der Kompromiss zwischen Landwirtschaft und Industriekapitalismus. Er lautet: Die herrschende Klasse braucht Loyalität und Soldaten, die Landwirtschaft Schutz vor billigen Importen. Also wird der sog. Bauernschutz eingeführt, v.a. durch Schutzzölle, im Gegenzug sichern agrarische Bünde und die christlichsoziale Partei politische Loyalität. Radikalliberale Strategien einer puren Anpassung an den Markt werden marginalisiert. Hauptinstrument des österreichischen Bauernschutzes waren aber, so die Autoren, die Genossenschaften, nicht Zölle.

Das dritte Kapitel reflektiert eher agrarsoziologisch und sozialpsychologisch die Situation der Landwirtschaft und die Widerstände, auf die agrarsolidarisches und agraroppositionelles Handeln, dem die beiden Autoren sich verpflichtet fühlen, stößt. Zentral ist – nicht nur in Österreich – hier der sog. Vorspannmechanismus. Dieser bestehe, so die Autoren, darin, dass »Fördergeld öffentlich auf den Namen der ärmeren Bauern vom Staat eingefordert und begründet, dann aber verdeckt für reichere Großagrarier, Handel und die Industrie verwendet« wird. Dies führe zu einer inneren Spaltung »der« Bauern, denn viele Betriebe würden kaum und flächenstarke weit überdurchschnittlich von den Zahlungen profitieren. Wer dies kritisiere, werde dann als Spalter diffamiert, da er »der« Landwirtschaft in den Rücken falle. Dieser Mechanismus habe immense negative Folgen für das Verhältnis der Menschen in der Landwirtschaft untereinander. Krammer leitete 28 Jahre die berühmte österreichische Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Rohrmoser war ein bekannter Autor und Aktivist in Sachen (eigenständiger) Regionalentwicklung. Insofern hätte von diesem Buch schon etwas mehr erwartet werden können, denn in seinem agrarhistorischen Teil ist das Buch – zumindest für den Rezensenten – eher eine Enttäuschung. Es atmet den von der neomarxistischen Dependenztheorie und vom französischen Linkssozialismus (Bernard Lambert: Bauern im Klassenkampf) beeinflussten Geist der Agrardebatte der 1970er Jahre. Seitdem erfolgte Forschungen und entwickelte Ansätze werden nicht berücksichtigt.●

Bernd Hüttner

Krammer, Josef / Rohrmoser, Franz: Im Kampf um ihre Rechte. Geschichte der Bauern und Bäuerinnen in Österreich. Wien: Promedia Verlag, 2012, ISBN: 978-3-85371-342-6; 200 S., 17,90 EUR

Protest vor Ort

Die 80er Jahre in Bremen und Göttingen

Die Forschungslage zu den neuen sozialen Bewegungen in Bremen ist mehr als bescheiden. Obwohl Bremen seit den 1970er Jahren (die Universität wurde 1971 gegründet) eine Hochburg der alternativen und grünen wie auch der traditionskommunistischen und der maoistischen Linken war, gibt es dazu wenig greifbare eigenständige Literatur. Die einzigen beiden Ausnahmen sind das 1992 erschienene und eher enzyklopädisch angelegte Buch »Neue soziale Bewegungen in einer alten Stadt: Versuch einer vorläufigen Bilanz am Beispiel Bremens« das von Christoph Butterwegge und Hans G. Jansen herausgegeben wurde und mit einem Vorwort des späteren grünen Umweltsenators Ralf Fücks versehen ist. Außerdem legte Romina Schmitter 1998 »Zur Neuen Frauenbewegung in Bremen« vor, eine Publikation grauer Literatur, in Kooperation mit Bremer Frauenmuseum e.V. und dem Staatsarchiv Bremen. Umso gespannter konnten die Interessierten auf die Ergebnisse eines studentischen Forschungsprojektes zum Protest in den 1980er Jahren sein, das in Bremen und Göttingen parallel und über zwei Semester stattfand. In Bremen wurde es von Prof. Inge Marszolek und Dr. Eva Schöck-Quinteros geleitet. Um es gleich zu sagen, das Ergebnis ist – selbst wenn man den Ausbildungsstand der AutorInnen und das Marketinggeschrei des Verlages in Rechnung stellt – ernüchternd, ja stellenweise enttäuschend bis hin zu ärgerlich.

Das beginnt schon bei der Gestaltung: Lieblos und offensichtlich angelehnt an eine studentische Seminararbeit, was wohl weniger dem jungen Layouter, der vermutlich zu unbezahlter Arbeit angehalten wurde, als dem wahrscheinlich mit einem nennenswerten Druckkostenzuschuss versehenen Verlag vorgeworfen werden muss, der dies so akzeptierte. Die Artikel enthalten zwar Fußnoten mit Nachweisen, aber keinerlei Literaturverzeichnis, teilweise wird schlampig zitiert und bekannte einschlägige Literatur übergangen. Angaben zu den vielen AutorInnen sucht die LeserIn ebenfalls vergeblich – dies sind Kritikpunkte und Mängel, die auch auf das Konto der vier HerausgeberInnen gehen.

Der Band enthält nach einem Vorwort drei Artikel über Göttingen und acht zu Bremen. Die drei zu Göttingen behandeln einige Hausbesetzungen, eine Widerstandsaktion gegen die Erweiterung eines militärischen Übungsgeländes und beleuchten Protestbriefe gegen die Ende 1978 bekannt gewordene Unterwanderung des *Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie* durch zwei beamtete Polizeispitzel.

Drei der Bremer Artikel thematisieren nicht wie naheliegend das Handeln von Protestbewegungen, sondern untersuchen den Umgang der Bremer SPD mit bzw. die Berichterstattung der Bremer BILD-Zeitung über die Proteste gegen die Rekrutenvereidigung am 6. Mai 1980 im Weserstadion. Der dritte berichtet über die Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Bremer Bürgerschaft zum 6. Mai. Die weiteren fünf Beiträge untersuchen die Bremer Anti-AKW-Bewegung, die autonome Frauenbewegung und die umfangreichen Friedensaktivitäten an der Universität sowie die Inhalte von Kontaktanzeigen im alternativen *Bremer Blatt*. Der Beitrag zur Gewaltdiskussion in der Bremer Linken nach dem 6. Mai 1980 zeigt, dass damals wie heute die Gewaltfrage als Spaltungs- und Disziplinierungsinstrument genutzt wird. Einige Texte enthalten auch schlicht Fehler, so ist die Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen selbstverständlich nicht aufgelöst (S. 167) und das »Alternativmedium« *Bremer Blatt* stellte sein Erscheinen nicht 1989 ein, sondern existiert mit einem veränderten Konzept als Konsumberatungsillustrierte BREMER bis heute (S. 323).

Die Problematik der Repräsentativität der Quellen, also »welche Aussage steht für was und was ist daraus abzuleiten?« wird überraschenderweise überhaupt nicht reflektiert. Dies wäre aber bei einer Beschäftigung mit den neuen sozialen Bewegungen besonders wichtig. Diese Bewegungen sind ja nicht herrschaftsförmig und nach innen homogenisiert, etwa im Gegensatz zu Institutionen und Parteien, sondern sind getragen von inneren Kämpfen. Letztere verfügen über gewählte SprecherInnen, die durch Hauptamtlichkeit und/oder Wahl Autorität und Repräsentativität beanspruchen können. Dies ist in den sozialen Bewegungen – meist – ganz politisch bewusst nicht der Fall.

Ein konkretes, ähnlich gelagertes Beispiel dazu: Bei dem Beitrag über die Kontaktanzeigen wird angenommen, dass die dort genannten (gewünschten)Eigenschaften eine Re-Traditionalisierung von Geschlechterrollen und -bildern dokumentieren, ohne auch nur einen Gedanken daran zu verschwenden, ob diejenigen, die solche Anzeigen aufgeben, wirklich repräsentativ für den geistigen Zustand einer qua Definition heterogenen Bewegung sind, oder ob die AnzeigenschreiberInnen nicht eher nur einen Ausschnitt aus selbiger darstellen.

Die »bewegungszentrierten« Beiträge zur Gewaltdiskussion und zur Anti-AKW-Bewegung sind solide, bieten aber leider auch nichts wirklich neues. Zusammengefasst macht auch dieses Buch deutlich, welche Forschungslücken weiterhin existieren, es bietet, im Gegensatz zu seinem ambitionierte Titel bestenfalls erste Ansätze zu einigen Aspekten einer Protestgeschichte Bremens der 1980er Jahre.●

Bernd Hüttner

Sabine Horn, Inge Marszolek, Maria Rhode, Eva Schöck-Quinteros (Hrsg.): »Protest vor Ort. Die 80er Jahre in Bremen und Göttingen«. Klartext Verlag, Essen 2012, 336 S., 29,95 EUR

Interview Prof. Inge Marszolek zu »Protest vor Ort« auf Radio Bremen:
www.radiobremen.de/nordwestradio/sendungen/nordwestradio_journal/audio92760popup.html

Dezentrale Konzepte zur Energiewende

Conrad Kunze, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Sozialwissenschaftliche Umweltfragen, der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus, sieht im forcierten Umschwenken auf erneuerbare Energien kein kurzzeitiges Ereignis. Die Nuklearkatastrophe von Fukushima war nur der letzte Anstoß, der auch die etablierten Parteien zum Handeln bewegte.

Diese Entwicklung sei laut Kunze vorhersehbar gewesen und habe sich angekündigt. Die große Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung hatte sich mehrfach für einen Umstieg auf erneuerbare Energien ausgesprochen. Ein Anteil von 20 Prozent erneuerbaren Stroms an der Elektrizitätsproduktion im Jahr 2011 bot zudem eine realistische Ausgangsposition.

Für Conrad Kunze steht die große Umwälzung der zentralisierten Energieproduktion noch aus. In einer Studie hat er eine steigende Zahl eigenständiger und selbstbestimmter Projekte zu Energiegewinnung im ländlichen Raum beobachtet. Eine ostdeutsche Energieregion mit sieben unterschiedlichen Kommunen, die vom demographischen Wandel stark betroffen sind, hat er näher untersucht.

Sehr detailliert stellt Kunze die Ausgangssituation, die handelnden Akteure, ihre Motivation und Ziele und die Art der Partizipation von Interessensgruppen vor. Zum Schutz seiner Gesprächspartner, die ihm sehr freizügig berichteten, hat Kunze die Gemeinden und handelnden Personen mit Phantasienamen anonymisiert. Das ist verständlich und gleichzeitig zu bedauern, da es weitere Recherchen und Kontaktaufnahmen erschwert.

Als Vorbild diente den untersuchten Gemeinden die österreichische Kleinstadt Güssing. Dem 3.800-Einwohner-Ort ist es Anfang der 1990er Jahre mit EU-Fördergeldern gelungen, ein Energiekonzept zur unabhängigen und nachhaltigen Energiegewinnung umzusetzen. Güssing kann so Einfluss auf seine Energiepreise nehmen. Kaufkraftabfluss durch Energieimporte wurde verhindert. Neue Arbeitsplätze in der Region konnten entstehen.

Kunze präsentiert eine ambitionierte Studie, die sich gegen zentralistische Lösungen zur Überwindung der Energiekrise ausspricht. Stattdessen favorisiert er dezentrale Konzepte: Über Wind- und Solarparks sollte nicht in entfernten Verwaltungen, sondern in jedem betroffenen Dorf selbst entschieden werden. Eine Rückübertragung der politischen Gewalt auf die Ebenen der Gemeinderäte und Dörfer sei wünschenswert. Eine dezentrale Verteilung der Verantwortung habe den Vorteil, das Risiko einer politischen Blockade der Energiewende auf Bundes- oder EU-Ebene zu verringern. Mehr Eigenverantwortung für Dörfer fördere »kollektive soziale Lernprozesse«.

Das »soziale Vakuum« der industrialisierten Landwirtschaft, das viele Dörfer in Ansammlungen nebeneinander lebender Menschen verwandelt habe, könne wieder zu einem »lebendigen Gemeinwesen« gemacht werden. In einer selbstbestimmten, autarken, regionalen Energieversorgung sieht Kunze eine »Chance für die Zivilgesellschaft«. Sie wird wiederbelebt und ihr wird eine neue Perspektive geboten.●

Kai Böhne

Conrad Kunze: Soziologie der Energiewende. Erneuerbare Energien und die Transition des ländlichen Raums. 186 Seiten, 24,90 EUR, ibidem-Verlag, Stuttgart 2012, ISBN 978-3-8382-03478

Gendering 9/11

In der Berichterstattung über »Terror« und »Krieg gegen den Terror« in den Medien schwingt auch immer eine Konstruktion von Geschlechtern mit. Dies ist neben der Entmenschlichung und Diabolisierung des Feindes ein wichtiger Bestandteil in der Konstruktion des Feindes, aber auch in der Darstellung von Frauen lediglich als »Opfer« – im Kontrast zu heroischen Männern als Beschützerfiguren – finden sich die gleichen Mechanismen wieder. Die geschlechtliche (gender) Ebene aufzuzeigen, ist eines der Anliegen der feministischen orientierten Konfliktforschung.

Die Politikwissenschaftlerin Andrea Nachtigall greift diesen Gedanken auf und untermauert jene feministische Kritik in einer fundierten Analyse der Berichterstattung über den 11. September und die Legitimation des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr in den beiden Leitmedien »FAZ« und »Der Spiegel«. In ihrer an Michel Foucault orientierten Diskursanalyse analysiert sie die Berichterstattung unter einem feministisch, gender-sensiblen Zugang, wobei sie sowohl den Text als auch die in den dazu abgedruckten Bildern vermittelte Botschaft analysiert. Sie zeigt dabei sehr gut auf, wo und wie welche Geschlechterbilder verhandelt und konstruiert werden. Einzelne Auslegungen scheinen allerdings diskussionswürdig und hinterfragbar – z.B. wenn sie die These aufstellt, dass in der Figur des Osama Bin-Ladens auch die Konstruktion von Homosexualität zu finden ist, aber im generellen ist es eine Arbeit, welche sicherlich wichtige Impulse für die Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Medien, Geschlecht und Krieg bieten kann.

Dabei weißt diese Methode der Medienanalyse immanent – meiner Auffassung nach – eine Reihe von blinden Flecken auf. So wird z.B. die Trennung von Text-und Bildredaktion nicht problematisiert und auch die Grundlagen des journalistischen Arbeitens und Alltags komplett ignoriert. Ein Beispiel für diese Diskrepanz ist z.B. die Kritik an der Personalisierung von Artikeln, die gerade im Journalismus aber zum guten Ton in der Vermittlung von Inhalten gehören. Auch wird der Leser und sein Lese- und Kaufverhalten komplett ausgeblendet. Diese Kritik tangiert auch die vorliegende Arbeit, ohne dass ich mit dieser Kritik ihren generellen Gehalt schmälern möchte.●

Maurice Schuhmann

Andrea Nachtigall: Gendering 9/11. Medien, Macht und Geschlecht im Kontext »War on Terror«. transcript Verlag Bielefeld 2012, ISBN: 978-3837621112, Preis: 34,80 EUR, 474 Seiten

PROJEKTE

Kommune Uthlede: politische Kommune auf dem Land (20 Min. bis Bremen) sucht neue MitkommunardInnen. Wir wollen mehr werden!
Einige Arbeitsbereiche gibt's schon, einige sind noch im Aufbau – auf jeden Fall gibt's viel Raum für eure eigenen Ideen!
Infos unter ☎(0 42 96) 74 82 25
oder info@kommune-uthlede.org

Mediation für Gruppen, Initiativen, Projekte, WGs und Hausgemeinschaften in Köln und Umgebung.
☎(02 21) 52 76 86
mediationehrenfeld@gmx.de

MitKommunardInnen gesucht
Kommune im Wendland zwischen Lüchow und Salzwedel sucht weitere KommunardInnen, gerne auch kleine Gruppe, mit oder ohne Kinder. Wir leben auf einem großen Hof mit vielen Ausbaumöglichkeiten, Platz für großen Gemüsegarten, Handwerksbetrieb, kleine Produktionsstätte, für Bauwägen, Ateliers. Wir haben einen großen Veranstaltungsraum für Yoga, Sport, Diskussion und Seminare. Wir sind seit Mitte 2011 hier, schmeißen unser Einkommen in einen Topf und entscheiden im Konsens. Einige arbeiten außerhalb, andere innerhalb des Projekts: drei Frauen und vier Männer zwischen 41 und 56 sowie drei Kinder zwischen knapp drei und 15.
Kontakt über:
info@aufbruchlandung.de
oder ☎(0 58 83) 989 95 11

GESCHICHTE(N) BEWAHREN – ein Generationen verbindendes Projekt:
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
☎(02 21) 31 57 83

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über den CONTRASTE e.V., Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, Internet: www.ricardabuch.de, E-Mail: mail@ricardabuch.de, und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail**: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich**: **AT-8010 Graz**, Brigitte Kratzwald, ☎ (0043-699) 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at / **AT-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: **79102 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften**: **13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinghausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (0 62 21) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

**Wir können auch anders!
Leben in der Kommune**

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 14.-16.12.2012

Anders leben, anders arbeiten, anders entscheiden
Gelebte Utopie im gesellschaftlichen Kontext

Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen herauszufinden, welche Vorstellungen und Wünsche sie für ihre Zukunft haben.
Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:

- zusammen leben und arbeiten;
- gemeinsame Ökonomie;
- Entscheidungsfindung im Konsens;
- gemeinsame Verantwortung füreinander;
- nachhaltige Wirtschaftsweise.

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist auf Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluss zu nehmen und ob sie Anregungen für die Lebens- und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Termin: 29.10.-2.11.2012
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, 34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
tagungshaus@kommune-niederkaufungen.de
www.kommune-niederkaufungen.de

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Neuer Kongress 2013
Im Februar 2009 fand in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt – etwa 1.000 aktive TeilnehmerInnen kamen zu den über 130 Workshops, Vorträgen, Foren, Lesungen, Theaterstücken u.v.m. (s. CONTRASTE Nr. 296, Mai 2009).
Termin: 22.-24.2.2013
Ort: BOKU Wien
Newsletter oder Mailingliste über:
info@solidarische-oekonomie.at
Mehr: www.solidarische-oekonomie.at

GENOSSENSCHAFTEN

Genossenschaften international
7. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte

Im Internationalen Jahr der Genossenschaften soll die jährliche Tagung zur Genossenschaftsgeschichte den internationalen Beziehungen der Genossenschaften und bemerkenswerten Entwicklungen im Genossenschaftsleben anderer Länder gewidmet sein.
Termin: 9.-10.11.2012
Ort: Warburg-Haus, Heilwiegstr. 116, 20249 Hamburg
Information & Anmeldung:
boesche@kaufmann-stiftung.de

LITERATURMESSE

17. Linke Literaturmesse in Nürnberg
2.11. bis 4.11.2012, K4
Information:
www.linke-literaturmesse.org

DIY

Do it yourself

In den neuen Räumen und Netzwerken postindustrieller Produktivität wird der herrschende Ökonomismus in Frage gestellt. Hinwendung zur Natur, Entschleunigung, Selbermachen und die Wiederentdeckung von Gemeinschaft und Gemeingütern kennzeichnen eigensinnige Alltagspraxen. Die Tagung bietet Gelegenheit zu Diskussion und kritischer Reflexion – eine Wissensallmende entsteht. Tagung der Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis in der Evangelischen Akademie Tutzing.
Termin: 26.-28.10.2012
am Starnberger See
www.anstiftung-ertomis.de

FILMFESTIVAL

Rio de Janeiro's Internationales Uranium Film Festival macht kommenden Oktober erstmals in Deutschland Station – in Berlin. Vom 4. **bis 12. Oktober** werden in den Kreuzberger Kinos »Eiszeit« und »Moviemento« die interessantesten und besten Dokumentar- und Spielfilme der Uranium Film Festivals von 2011 und 2012 gezeigt. Natürlich sind auch die Gewinner der »Gelben Oscars« von 2012 mit dabei.
Programm:
www.uraniumfilmfestival.org

NICARAGUA

Nicaragua-Konferenz

Vom **19. bis 21. Oktober 2012** wird in Wuppertal ein großes Nicaragua-Bundestreffen stattfinden. Organisiert wird die Tagung von Menschen und Gruppen der Nicaragua-Solidarität aus dem gesamten Bundesgebiet. Mit der inhaltlichen Klammer, wie Solidaritätsarbeit heute und morgen aussehen kann und welche Perspektiven gegenseitiger Unterstützung denkbar sind, wird es um folgende Themen gehen: Fairer / Solidarischer Handel; Kooperativen und ländliche Entwicklung; Gewalt gegen Frauen; Zuckerrohr und Agrosprit; Klimawandel, Energiepolitik und alternative Energien in Nicaragua; Wirtschaftspolitik zwischen IWF und ALBA; soziale Bewegungen; Freihandel und Assoziierungsabkommen und ihre Alternativen.

Bei Fragen oder Interesse an einer Mitarbeit:
info@informationsbuero-nicaragua.org
Mehr Infos:
www.informationsbuero-nicaragua.org

HERRSCHAFTSKRITIK & UTOPIE

Lesung und Diskussion »Freie Menschen in Freien Vereinbarungen: Theorie der Herrschaftsfreiheit«

Wie kann eine herrschaftsfreie Welt aussehen? Diese Frage beschäftigt PhilosophInnen, manch zukunftsorientierteN PolitikerInnen oder AktivistInnen, Roman- und Sachbuchschreiberlinge. Doch ein kritischer Blick zeigt meist: Zukunftsdebatten sind eher ein Abklatsch heutiger Bedingungen mit netteren Menschen in der Führung. »Freie Menschen in freien Vereinbarungen« ist radikal anders: Mit scharfem, analytischem Blick werden die Bedingungen seziert, unter denen Herrschaft entsteht, wie sie wirkt und was sich wie ändern muss, damit Menschen aus ihrem Streben nach einem besseren Leben (Eigennutz) sich nicht nur selbst entfalten, sondern genau dafür die Selbstentfaltung aller Anderen brauchen und deshalb mit herbeiführen. Aus Konkurrenz wird Kooperation, das Normale weicht der Autonomie. Der Autor des im Frühjahr 2012 erschienenen Buches »Freie Menschen in freien Vereinbarungen« wird der Frage nachgehen, warum Herrschaft weder zur Natur des Menschen passt noch zukunftsgewandt ist. Es geht um Aspekte, wie eine herrschaftsfreie Welt organisiert sein müsste und wie der Weg dorthin aussieht. Der Vortrag ist eine Mischung aus kurzen Lesungen, verbindenden Worten und der Möglichkeit zu Nachfragen und Diskussion.
Wer schon vorher etwas lesen will:
www.herrschaftsfrei.de.vu
Termin: 19.10.2012, Berlin
(KuBiZ, Bernkasteler Str. 78, Berlin-Weißensee)

»Herrschaftsfreiheit – Traum oder anstrebenswerte Zukunft?«

Herrschaftsfreiheit, Graswurzelrevolution, Basisdemokratie sind Begriffe, die seit den 68er Jahren über die Neuen Sozialen Bewegungen bis zu heutigen Alternativbewegungen einen zentralen Bezugspunkt politischen Handelns bilden. Und auch aktuelle Bewegungen, wie die weltweite Occupy-Bewegung oder vor ihr die Antiglobalisierungsbewegungen rekurrieren immer wieder auf sie. Doch was ist damit gemeint. Was verstehen wir unter den Begriffen, welche Theorien bilden ihren Hintergrund und welche praktischen Erfahrungen wurden gemacht? Ist Herrschaftsfreiheit ein anarchistischer Traum oder eine verstaubte Theorie oder ist sie die Zukunft (oder Teile von Ihr bereits Wirklichkeit?) in der globalisierten Welt? Wir wollen diesen Fragen auf den Grund gehen, eine Einführung und Kritik bieten aber vor allem auch einen individuellen, ganz persönlichen Erfahrungsaustausch.
Dazu bedienen wir uns vielfach aus dem Repertoire kreativer und nicht-hierarchischer Bildungsmethoden.
Termin: 20. und 21.10.2012, Berlin
Ort: w.o.
Information und Anmeldung
tagungshaus@projektwerkstatt.de
oder ☎ (0 64 01) 90 32 83

FEMINISMUS

4. **Feministische Herbstakademie**
Occupy feministisch: Zur Wiederaneignung des Arbeitsbegriffs, des politischen Raumes und der sozialen Beziehungen
Zielgruppe: parlamentarisch wie außerparlamentarisch feministisch und frauenpolitisch Engagierte; Multiplikatorinnen u.a. aus Bewegungen, Parteien, Wissenschaft, Bildungsarbeit und Gewerkschaften.
In den letzten Jahren haben jeweils 40 bis 60 Frauen aus der gesamten Bundesrepublik, Österreich sowie der Schweiz teilgenommen.
Ziele:
• Die Teilnehmerinnen diskutieren Bedingungen und Widersprüche feministischer Realpolitik; sie reflektieren ihre Rolle als »eingreifende Intellektuelle« und erarbeiten Ansätze und Strategien für ihre politische Praxis. Sie erarbeiten marxistischfeministisch fundierte Gesellschaftskritiken, Zukunftsentwürfe und weiterführende Fragen.
• Zudem schafft die Akademie, das haben die vorhergehenden Akademien gezeigt, einen Raum für Vernetzung. Die Teilnehmerinnen initiieren und stärken dezentrale wie überregionale kontinuierlich wirkende Arbeitszusammenhänge und Lernkollektive.
Arbeitsweise: Die Arbeitsweise ist teilnehmerinnenorientiert und partizipativ. Die Teilnehmerinnen lernen und arbeiten gemeinsam in Workshops, sie engagieren sich in der Vorbereitung, Durchführung und Ergebnissicherung. Neben klassischen Moderationsmethoden werden Methoden wie szenisches Spiel und Erinnerungsarbeit genutzt.
Termin: 19.-21.10.2012
Ort: Bildungszentrale der ver.di Jugend, Unter den Linden 30, 34311 Naumburg
Info: www.inkrit.org/tagungen/tagungen-index.htm

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

FRAUEN

1. Frankfurter ProstitutionsTage

Zehn Jahre nach Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes scheint die rechtliche Gleichstellung von Frauen in der Prostitution wieder in weite Ferne gerückt.
Statt eines Abbaus rechtlicher Diskriminierung kündigt sich unter Stichworten wie »Reglementierung« und »Erlaubnispflicht von Prostitutionsstätten« eine neue repressive Wende an. Soll Prostitutionspolitik künftig wieder von Polizei und Innenministerien bestimmt werden? Eine von Quoten und Auflagezahlen diktierte einseitige mediale Berichterstattung setzt nach wie vor auf die Verbreitung von Vorurteilen und Klischees. Öffentlich wird über ein Verbot der Prostitution debattiert. Wollen wir hinnehmen, dass nicht nur das Prostitutionsgesetz, sondern darüber hinaus die Legalisierung von Prostitution wieder in Frage gestellt wird?
Statt einer Anerkennung von Prostitution als Beruf erleben wir tagtäglich einen diskriminierenden Umgang mit unserer Profession. Kontrollen und Razzien sind nur die Spitze des Eisbergs. Wollen wir uns wieder als Menschen zweiter Klasse behandeln lassen?
Eine grundlegende Positionsbestimmung und das Nachdenken über Perspektiven sind heute notwendiger denn je. Die Frankfurter ProstitutionsTage wollen dazu einen Beitrag leisten. Interessierte sind eingeladen und aufgefordert darüber zu beraten, wie das Recht auf freie, ungehinderte Berufsausübung für Frauen in der Prostitution gestärkt werden kann.
Termin: 16.-18.11.2012
Infos:
Doña Carmen e.V. – Verein für soziale und politische Rechte von Prostituierten – Elbestraße 41, 60329 Frankfurt/Main
☎(0 69) 76 75 28 80, Fax: 76 75 02 28
E-Mail: DonaCarmen@t-online.de
www.donacarmen.de

GEBURTSHAUS-GEBURTSTAG

Immer wieder – und noch immer – guter Hoffnung

Das Geburtshaus Charlottenburg wird 25 Jahre alt! Wir feiern mit einer Fachtagung zum Thema »Was uns trägt, hält und umtreibt in der außerklinischen Hebammengeburtshilfe« und einem anschließenden großen Fest mit Büffet und Tanz, zu dem wir alle Hebammen und Ärzte, Partner, Freunde, Wegbegleiterinnen und Interessierte herzlich einladen!
Termin: 17.10.2012, Fachtagung 13-17.30 Uhr, Fest (Festzelt) ab 18 Uhr
Ort: Geburtshaus Charlottenburg, Spandauer Damm 130, 14050 Berlin
Infos: www.geburtshausberlin.de
Anmeldung an:
buero@geburtshausberlin.de

STIFTUNG MITARBEIT

Alle im Boot?!
Schwer erreichbare Zielgruppen in Bürgerbeteiligungsprozesse einbeziehen

Die Veranstaltung ist stark praxisorientiert und richtet sich an Prozessverantwortliche in Beteiligungs- und Kooperationsprozessen.
Im Mittelpunkt des Seminars steht die Frage, wie es gelingen kann, diejenigen Menschen in Partizipationsprozesse einzubeziehen, denen Beteiligung nicht »nahe liegt« und die unter Bedingungen leben, die politische Teilhabe erschweren. Wie können wir z.B. Migrant/innen, benachteiligte Jugendliche und Menschen, die am Rande unserer Gesellschaft leben, für Beteiligung gewinnen und sie dabei unterstützen, ihre Interessen zu artikulieren? Welche Methoden können sinnvoll eingesetzt werden und wie müssen Prozesse entsprechend ausgestaltet werden?
Termin: 26.-27.10.2012
Ort: Mülheim an der Ruhr
Information:
www.mitarbeit.de/alleimboot.html

ISOE-TAGUNG

Das ISOE-Institut für sozial-ökologische Forschung lädt am **Freitag, den 16. November 2012**, zur Tagung »wahrhaft nützlich. Was kritische Nachhaltigkeitsforschung ausmacht« ein. Sie ist Teil der Reihe »Transformatives Wissen schaffen« im Wissenschaftsjahr 2012. Die Tagung des ISOE steht unter der Leitfrage »Was für eine Nachhaltigkeitsforschung brauchen wir, und in welchem Verhältnis muss sie zu Gesellschaft und Politik stehen, um die globalen sozialökologischen Herausforderungen der Zukunft besser bewältigen zu können?«. **Ort:** Haus am Dom, Frankfurt am Main
Info:
www.isoe.de/presse-aktuelles/veranstaltungen/va-single/wahrhaftnuetzlich-was-kritische-nachhaltigkeitsforschung-ausmacht/

SYMPOSIUM

Eigenverantwortlich und selbständig
Individuum und Gesellschaft in der sich wandelnden Arbeitswelt

Das diesjährige DASA-Symposium in der Reihe »Constructing the future of work« widmet sich aus vorwiegend soziologischer Perspektive der Frage nach dem antagonistischen Wechselspiel zwischen Individuum und Gesellschaft in der sich wandelnden Arbeitswelt. Die bekannten Rollen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern verlieren zunehmend ihre scharfen Konturen, die Arbeitnehmer werden »Arbeitskraftunternehmer«. Sie sind Virtuosen des Selbstmanagements, flexibel und hochmotiviert.
Zwischen eigenverantworteter Freiheit und neuen Abhängigkeiten, Leistungsverdichtung und biographischen Unsicherheiten entstehen neue Arbeitsformen, aber auch neue Phänomene der Belastung. Wie gehen die Menschen damit um und bleiben gesund und leistungsfähig? Wie kann man diesem Wandel auch aus gesellschaftlicher Sicht begegnen? Wie reagieren wir auf diese Herausforderungen? Diesen und anderen Fragen stellt sich das DASA-Symposium 2012 in gewohnter Manier: interdisziplinär, auf Kommunikation mit dem Publikum setzend, innovativ, als »Think Tank« mit hochkarätigen Rednern und Diskutanten. Die Veranstaltung richtet sich an ein breites, sozialpolitisch interessiertes Publikum sowie an Personalverantwortliche und in der Organisationsberatung Tätige, Berater und Entscheidungsträger in Wirtschaft und Politik.
Termin: 8.-9.11.2012
Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
Friedrich-Henkel-Weg 1-25, Dortmund
Tagungsbüro und Anmeldung:
☎(02 31) 90 71 26 28, Fax 90 71 22 67
groegor.annegret@baua.bund.de

VERANSTALTUNGSREIHE

Kapitalismus in der Krise

Die weltweite Wirtschaftskrise geht ins fünfte Jahr. Sie begann als Immobilienkrise, spitzte sich als Bankenkrise zu und weitete sich zu einem dramatischen Rückgang von Produktion und Handel aus. Die leichte Erholung wurde von der Euro-Krise und Fast-Staatspleiten abgelöst. Jetzt tobt sie als verheerender Einbruch mit Massenarbeitslosigkeit in Südeuropa, der längst auch Frankreich erfasst hat und an Deutschland nicht vorbeigehen wird. Die Erscheinungsformen der Krise ändern sich, doch die Mehrheit der Menschen und die Natur leiden nach wie vor – ein Ende ist nicht in Sicht.
Wenn nicht alles täuscht, sind Dauer, Schwere und Ausweglosigkeit mit der großen Weltwirtschaftskrise von 1929 vergleichbar. Ein Crash dieser Dimension muss weltweit dramatische politische Veränderungen hervorrufen. Das können katastrophale sein, wie sie das Jahrzehnt nach 1929 geprägt haben. Es können aber auch emanzipatorische, fortschrittliche Veränderungen sein, die das Ende des Kapitalismus einläuten. Diese herbeizuführen, betrachten wir als unsere Herausforderung. Wer in einer solchen Situation im Interesse der Lohnabhängigen handeln will, muss den Charakter der Krise, die Zusammenhänge zwischen ihren verschiedenen Erscheinungsformen und die möglichen Folgen verstehen.
Dazu soll unsere Veranstaltungsreihe einen Beitrag leisten. Für dieses Projekt haben sich Organisationen aus dem linken Spektrum zusammengefunden und kompetente Fachleute (u.a. Winfried Wolf, Werner Seppmann, Lucas Zeise, Arnold Schölzel) gewonnen. Unser Ziel ist es, möglichst viele Fragen zu diskutieren und zu klären. Kontroversen sollen schonungslos offengelegt werden, damit wir gemeinsam einer Lösung näherkommen.
Ort: Hamburg
Termine bis Ende November 2012 unter: www.kapitalismus-in-der-krise.de

WEITERE TERMINE

Auf unserer Webseite:
contraste.org/terminka.htm

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.